



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Handlungsspielräume im europäischen
Gleichgewichtssystem –
Kaunitz und das Renversement des alliances“

Verfasser

Christoph Schramm

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt.
Studienblatt:

A 190 313 406

Studienrichtung lt.
Studienblatt:

Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde,
Polit.Bildg. UF Mathematik

Betreuerin / Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Karl Vocelka

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
I. Das Gleichgewichtssystem	6
1. Die Theorien	6
a) <i>Ursprünge des europäischen Gleichgewichts der Kräfte</i>	6
b) <i>Klassifikation der Theorien vom europäischen Gleichgewicht</i>	11
2. Die Akteure	18
a) <i>Frankreich</i>	19
b) <i>Großbritannien</i>	24
c) <i>Österreich</i>	33
d) <i>Russland</i>	41
e) <i>Preußen</i>	48
3. Die Konfliktfelder	55
a) <i>Hannover</i>	55
b) <i>Nordamerika</i>	56
c) <i>Schlesien</i>	57
d) <i>Polen</i>	58
e) <i>Südosteuropa</i>	60
f) <i>Baltikum</i>	61
II. Kaunitz	62
1. Kaunitz' politischer Werdegang	62
2. Die Großmächte im Urteil Kaunitz'	72
a) <i>Seemächte</i>	72
b) <i>Russland</i>	80
c) <i>Frankreich</i>	84
d) <i>Preußen</i>	87
3. Außenpolitische Ziele der Kaunitz'schen Politik	90
III. Handlungsspielräume	98
1. Einschränkungen durch das Gleichgewichtssystem	98
2. Politischer Gestaltungswille als Streben nach Freiräumen	101
3. Erfolge und Ernüchterungen	108
Schlussgedanken	115
Quellen und Literatur	118

Einleitung

Die internationalen Beziehungen im Europa des 18. Jahrhunderts waren von großen Ambitionen der wenigen wichtigen Akteure, England, Frankreich, Preußen, Russland und dem Habsburgerreich, und ihren neuen politischen Vorgehensweisen gekennzeichnet. Das dadurch entstandene politische Klima dieser Zeit übte in den kommenden Jahrhunderten auf eine ganze Schar Historiker einen starken Reiz aus – dem auch ich mich offenbar nicht entziehen konnte, sonst gäbe es diese hier vorliegende Arbeit wohl nicht. Interessierte können heute aus einer Fülle an Werken sowohl des 19. als auch des 20. Jahrhunderts schöpfen. Darin findet man eine Vielzahl verschiedener Ansätze, Theorien und Schlussfolgerungen.

Die stark auf (zumeist männliche) Staatsoberhäupter und (durchwegs männliche) leitende Minister fokussierte Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts zum Beispiel stellt den einzelnen Politiker in das Zentrum ihres Interesses und beurteilt Veränderungen zumeist als persönliche Erfolge oder Niederlagen. Um es mit Treitschke zu sagen: „Personen, Männer sind es, welche Geschichte machen“¹.

Im Gegensatz dazu werden Gleichgewichtsmodelle erstellt, die sich meist als die Weiterentwicklung von seit Jahrhunderten populären Theorien sehen. Dabei sind die einzelnen Politiker Akteure in einem komplexen System: Sie können zwar Veränderungen bewirken, aber den fixen Rahmen des Systems nicht sprengen. Somit müssen sie auf die jeweils entstandenen Verschiebungen reagieren, um so das Gleichgewicht innerhalb dieser starren Bewegungsgrenzen wieder herzustellen.

Diese beiden Ansätze gelangen zu sehr unterschiedlichen Interpretationen dessen, was in der vorliegenden Arbeit im Mittelpunkt steht: der österreichische Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz und das Renversement des alliances.

Die „Diplomatische Revolution“, zweifelsohne eines der am besten untersuchten Ereignisse der internationalen Beziehungen des 18. Jahrhunderts, birgt trotz aller wissenschaftlichen Aufarbeitung noch einige „weiße Flecken“, moderne Fragestellungen, die diese Arbeit ansatzweise beantworten möchte. Es sollen hier die Handlungsspielräume im Rahmen des Renversements anhand des Staatskanzlers Kaunitz, seiner Überlegungen und seiner Handlungsweise exemplarisch für diese Zeit aufgearbeitet werden. Der Untersuchungszeitraum

¹ Heinrich von *Treitschke*, Politik. Vorlesungen gehalten an der Universität zu Berlin. Hg. von Max *Cornicelius* (Leipzig 1922) Bd. I, 6.

erstreckt sich vor allem auf die 1740er und 1750er Jahre, wobei einige vorausgehende Entwicklungen des 16., 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts nachgezeichnet werden müssen. Mit der „Diplomatischen Revolution“ 1756 wird ein relativ klarer zeitlicher Schlusstrich gezogen, über dessen Grenzen man nur in Einzelfällen blicken wird.

Im ersten Teil dieser Arbeit wird es darum gehen, die Ursprünge des europäischen Gleichgewichtssystems nachzuzeichnen, es in seinen unterschiedlichen Varianten im Laufe der Jahrhunderte zu skizzieren und es in seiner Ausgestaltung im 18. Jahrhundert zu charakterisieren. Nach den eher theoretischen Ausführungen über mögliche Gleichgewichtsmodelle und deren Entwicklung sollen die einzelnen Akteure, also Staaten, vorgestellt werden, die einen bedeutenden Einfluss auf das europäische Gleichgewicht im 18. Jahrhundert hatten. Dazu wird es einer eingehenden Analyse der beteiligten Staaten bedürfen, die der demographischen Entwicklung, den territorialen Gegebenheiten, der Finanzgebarung, der Wirtschaft, den militärischen Kapazitäten sowie spezifischen Besonderheiten jedes einzelnen Staates Platz einräumt. Anschließend werden deren jeweilige außenpolitische Strukturen unter die Lupe genommen und ein Einblick in die Entscheidungsabläufe, die wichtigsten handelnden Personen, diplomatische Entwicklungen und ihre außenpolitischen Zielsetzungen gewährt. Ambitionierte Außenpolitik führte zumeist zu Konflikten mit anderen europäischen Großmächten, daher dürfen die wichtigsten Konfliktfelder hier nicht außer Acht gelassen werden.

Ein zweiter Teil wird sich mit der Person des österreichischen Staatskanzlers Wenzel Anton von Kaunitz beschäftigen, um einen der Hauptprotagonisten des europäischen Gleichgewichtssystems in den Mittelpunkt zu rücken. Der Beschäftigung mit seiner Person und der Betrachtung seines politischen Werdegangs wird eine Analyse seiner Sicht auf jede einzelne der europäischen Großmächte, „die Gesinnung, und Absichten der auswärtigen Höfen“ folgen, um zu zeigen, was man sich „von einem jeden Hof zu hoffen, oder zu befürchten haben dürfften.“ Kaunitz selbst begründete seine detaillierten Betrachtungen damit, dass nicht verborgen bliebe, ob er von der „Beschaffenheit, und Gedenckens-Art der grösten Mächten in Europa, einen wahren oder falschen Begrieff“ gefasst habe, und damit man beurteilen könne, ob seine Vorschläge für „das künfftige Staats-Systema

[...] aus irrigen, oder gegründeten Suppositis herfließe“². An diese Kaunitz'sche Beurteilung Frankreichs, Preußens, Russlands und der Seemächte soll sich eine Untersuchung seiner außenpolitischen Ziele anschließen, um in dieser Gesamtheit der Überlegungen das europäische Gleichgewichtssystem aus der Sicht der Zeit zeigen und darüber hinaus einen Blick aus der Innenperspektive einer der handelnden Personen ermöglichen zu können.

Den Handlungsspielräumen wird ein dritter und abschließender Teil gewidmet sein, um einerseits die Einschränkung der Handlungsspielräume der einzelnen Akteure durch das Gleichgewichtssystem darzustellen, andererseits die Freiräume aufzuzeigen, die sich für die handelnden Personen ergeben konnten und anhand des Beispiels des „Renversement des alliances“ sowohl Erfolge als auch Ernüchterungen in den internationalen Beziehungen des 18. Jahrhunderts nachzeichnen zu können.

² Reiner *Pommerin*, Lothar *Schilling* (Bearb.), Denkschrift des Grafen Kaunitz zur mächtropolitischen Konstellation nach dem Aachener Frieden von 1748. In: Johannes *Kunisch* (Hg.), Expansion und Gleichgewicht. Studien zur europäischen Mächtropolitik des Ancien régime (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 2, Berlin 1986) 165-239, hier 169.

I. Das europäische Gleichgewichtssystem

1. Theorien des europäischen Gleichgewichtssystems

a) Ursprünge des europäischen Gleichgewichts der Kräfte

Die Frage nach den Ursprüngen des europäischen Gleichgewichts ist eine vielfach bearbeitete und dementsprechend mannigfaltig interpretierte Thematik. Während einige Autoren bereits in den antiken griechischen Republiken – hier wird zum Beispiel auf den attischen Historiker Thukydides verwiesen, der in seinem ersten Buch über den Peloponnesischen Krieg Folgendes schrieb: „Nun sind gegen uns alle zusammen die Athener stark genug, einer einzelnen Stadt aber bei weitem überlegen. Wenn wir ihnen daher nicht gemeinsam, jeder Stamm und jede Stadt, einmütig entgegentreten, werden sie uns einzeln mühelos überwinden“³ –, andere bei den Diadochenstaaten oder bei den Römern frühe Anwendungen eines Gleichgewichtssystems erkennen wollen, lehnen es die meisten ab, schon im Altertum davon zu sprechen.⁴

Im Mittelalter sehen nur sehr wenige Autoren Ansätze von Gleichgewichtspolitik (etwa bei Theoderich dem Großen, Heinrich dem Löwen und Friedrich I.), wohingegen sich eine Vielzahl von Forschern für das Verhalten der italienischen Stadtstaaten in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts als früheste Form einer Gleichgewichtspolitik ausspricht. „Es ist die Vorstellung von einem System und einem Gleichgewicht der italienischen Staaten, die als Analogie zu dem Gleichgewichtssystem der europäischen Staaten unser Interesse beansprucht. [...] in diesem politischen Mikrokosmos, den man so dem europäischen Makrokosmos gegenüberstellen kann, [...] habe es, so] der gelehrte Staatsmann Rucellai, der Schwager Lorenzos von Medici, [...] damals, in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, vier mächtige italienische Staaten gegeben. Einer von diesen, Venedig, habe ‚seit hundert Jahren‘ seine Macht ständig erweitert und die übrigen,

³ „οἰστὸν ἂν ἦν· νῦν δὲ πρὸς ξύμπαντάς τε ἡμᾶς Ἴ�θηναῖοι ἰκανοὶ καὶ κατὰ πόλιν ἔτι δυνατώτεροι ὄσπερ, εἰ μὴ καὶ ἄθροοι καὶ κατὰ ἔθνη καὶ ἕκαστον ἄστρῳ μιᾷ γνώμῃ ἀμυνόμεθα αὐτούς, δίχα γε ὄντας ἡμᾶς ἀπόνως χειρώσονται.“ *Thucydides*, Der Peloponnesische Krieg (Stuttgart 2004) Erstes Buch § 120 (2).

⁴ Früheste außereuropäische Beispiele finden sich je nach Interpretation auch schon in der Hinduliteratur des vierten vorchristlichen Jahrhunderts, siehe hierzu etwa Wolf D. Gruner, Deutschland und das europäische Gleichgewicht seit dem 18. Jahrhundert. In: Wolf D. Gruner (Hg.), Gleichgewicht in Geschichte und Gegenwart (Hamburg 1989) 60-133, hier 73.

Florenz, Mailand und Neapel, dadurch sämtliche bedroht. Diese hätten deshalb mehrere Kriege gegen Venedig ‚pro communi libertate‘ geführt. [...] König Ferdinand von Neapel und Lorenzo von Medici [...] haben] ‚nach ihren eigenen Worten‘ mit allen Kräften das Ziel verfolgt, daß die politischen Verhältnisse Italiens in einem Zustand der Ruhe und des Gleichgewichts erhalten blieben.“⁵ Schon in der frühen Neuzeit wurde diese Ansicht häufig vertreten; später schrieb William Robertson in seiner 1769 erschienenen „history of the reign of the emperor Charles V.“: „They [the Princes and statesmen of Italy] had discovered the method of preventing any monarch from rising to such a degree of power, as was inconsistent with the general liberty; and had manifested the importance of attending to that great secret in modern policy, the preservation of a proper distribution of power among all the members of the system into which the states of Europe are formed.“⁶ Die Bildung der Liga von Venedig 1495 wird gerne als Beleg angeführt; manche sehen auch Lorenzo de Medici als Ausgangspunkt.

Im 16. Jahrhundert wiederum sehen einige Autoren in der Auflehnung mehrerer europäischer Fürsten gegen die universalmonarchistischen Bestrebungen Karls V. die ersten Anzeichen einer Gleichgewichtspolitik; eine französische Flugschrift aus dem Jahre 1584 stellte dies folgendermaßen dar: „La Maison de France & la Maison d’Autriche sont celles aujourd’hui, à cause de leurs grandeurs, en la paix ou guerre desquelles toute la Chrétienté est paisible ou troublée: il importe donc grandement, pour le repos d’icelle, qu’elles soient tenues, autant qu’il se peut, entre deux fers.

Mais particulièrement à la Maison de France, qui en sentiroit le premier danger ou dommage, de penser à bon escient à ses affaires, d’autant que, depuis quelques années, non-seulement elle s’est affoiblie par la perte de beaucoup de sang, mais aussi celle d’Autriche s’est grandement renforcée & accrue, & de réputation, & de Pais: tellement que la balance est sans doute trop chargée d’un côté, & s’en va temps de peser un peu sur l’autre, qui ne veut que notre France en soit enfin emportée.“⁷ 1779 meinte M. E. Tozen mit Blick auf das 16. Jahrhundert:

⁵ Ernst *Kaeber*, Die Idee des europäischen Gleichgewichts in der publizistischen Literatur vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts (Berlin 1907) 12.

⁶ William *Robertson*, The history of the reign of the emperor Charles V. with a view of the progress of society in Europe, From the Subversion of the Roman empire, to the Beginning of the Sixteenth Century (London 1769) Vol. 1, 112.

⁷ „Discours au Roi Henri III, Sur les moyens de diminuer l’Espagnol. Du 24 Avril 1584.“ In Simon *Goulart*, Memoires de la Ligue contenant les événements les plus remarquables depuis 1576, jusqu’à

„Vormals bekümmerte sich ein Staat wenig oder gar nicht um den andern und hatte fast keine Gemeinschaft und Verbindung mit den weit entlegenen. Aber als im sechszehnten Jahrhundert Spanien zu einer so fürchterlichen Größe gelangte; so ward ganz Europa darüber aufmerksam und unruhig. Franz I verband sich wider Carl V mit sehr weit entfernten Mächten, mit den Türken, mit Dänemark und Schweden. Damals ward auch in Europa der Grundsatz angenommen, daß die zu große Macht eines Staats der Freyheit und Unabhängigkeit der andern gefährlich sey, und daß man sich ihm mit vereinigten Kräften widersetzen müßte, wenn er andere unterdrücken, und sich dadurch noch mehr vergrößern wollte. Hierauf gründet sich das Europäische Gleichgewicht“⁸.

Andere erblicken erste Anzeichen für ein Gleichgewichtssystem frühestens in der Reaktion auf die große Macht Frankreichs unter Karl VIII. und Franz I.; Francis Bacon etwa schrieb: „During that triumvirate of kings, King Henry the Eighth of England, Francis the First King of France, and Charles the Fifth Emperor, there was such a watch kept, that none of the three could win a palm of ground, but the other two would straightways balance it, either by confederation, or, if need were, by a war“⁹. Eine ganze Reihe von Historikern sieht erst in der ausgleichenden Stellung Englands unter Heinrich VII., Heinrich VIII. und Elizabeth I. als „Zünglein an der Waage“ zwischen dem Habsburgerreich und Frankreich Frühformen von Gleichgewichtspolitik.¹⁰ Stellvertretend sei hier der Historiker William Camden zitiert, der über das Jahr 1577 schrieb: „And true it was which one hath written, *that France and Spain are as it were the Scales in the Balance of Europe and England the Tongue or the Holder of the Balance.*“¹¹ Allerdings gibt es Forscher, die Theorien, es gäbe im 16. Jahrhundert schon frühe Formen von Gleichgewichtspolitik, entgegneten, wie etwa John B. Wolf, der meinte: „A closer look at the century of Charles V. and Philipp II. reveals that it did not achieve a political order whereby the Habsburg hegemony was checked or thwarted by the concerted efforts of the rest of

la Paix accordée entre le Roi de France & le Roi d'Espagne, en 1598. Nouvelle édition (Amsterdam 1758) 596-605, hier 596.

⁸ M. E. Tozen, Einleitung zur allgemeinen und besondern Europäischen Staatskunde (Bützow und Weimar 1779) 98f.

⁹ Francis Bacon, Of Empire. In James Spedding, Robert Leslie Ellis, Douglas Denon Heath (Hg.), The Works of Francis Bacon (London 1857-74) VI, 420.

¹⁰ Otto Mayr, Uhrwerk und Waage. Autorität, Freiheit und technische Systeme in der frühen Neuzeit (München 1987) 172.

¹¹ William Camden, The History of the Most Renowned and Victorious Princess Elizabeth, Late Queen of England; containing All the most Important and Remarkable Passages of State, both at Home and Abroad (so far as they were linked with English Affairs) during her Long and Prosperous Reign (London 1688) 223.

Europe.“¹² Erst in der gemeinsamen Auseinandersetzung einiger europäischer Staaten mit dem Hegemonialanspruch erhebenden Frankreich Ludwigs' XIV. in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sehen diese Forscher die Ursprünge eines europäischen Gleichgewichtssystems. Wilhelm III. tritt dann zumeist als jene Herrscherpersönlichkeit auf, die eine den Grundsätzen des europäischen Gleichgewichts verpflichtete Politik betrieben hat; so wendete er sich vor Beginn des Spanischen Erbfolgekrieges mit folgender Mahnung an das Parlament: „Ich will nur dies hinzufügen – Wenn ihr in vollem Ernst wünscht, England als das Zünglein an der Waage Europas zu sehen, so wird es mit Eurer Erlaubnis in den Krieg eintreten und die gegenwärtig günstige Gelegenheit vorteilhaft nutzen“¹³. Auf diese erstmalige Erwähnung des Gleichgewichts durch einen englischen König beziehen sich auch jene Autoren, die mit dem Eintritt Großbritanniens in den spanischen Erbfolgekrieg 1702 erst den Beginn einer Gleichgewichtspolitik erblicken.

Die große Bandbreite der möglichen Betrachtungsweisen der Ursprünge des europäischen Gleichgewichts liefert einen ersten Eindruck der Verschiedenartigkeit der dahinterliegenden Vorstellungen. Zusätzlich wird es, spätestens seit 1758 Johann Heinrich Gottlob von Justi's „Die Chimäre des Gleichgewichts von Europa, eine Abhandlung, worinnen die Nichtigkeit und Ungerechtigkeit dieses zeitherigen Lehrgebäudes der Staatskunst deutlich vor Augen gelegt,...“¹⁴ erschien, in seiner tatsächlichen Existenz in Frage gestellt. Eine uneinheitliche Terminologie beschreibt das Gleichgewicht in verschiedenen Zusammenhängen als „Phantom“, „Hirngespinnst“, als „neues raffiniertes Kunststück der Politik“ und „von uralten Zeiten her bekannte Staatsregel“ oder vermutlich erfunden „von dem klügsten aller Teufel“, als „modische Metapher“, „Mythos“ und „Schlagwort“; daneben wird es als wissenschaftliche „Theorie“, als abstrakte „Idee“ oder konkretes „System“ beziehungsweise „Politik“, „Strategie“, „Parole“, „Prinzip“, „historisches Gesetz“, „Lehre“, „Grundsatz“, „Konzept“ oder „Ideologie“ bezeichnet.¹⁵ Gleichgewicht wird zum Beispiel gleichzeitig als „Formel“, „Politik“, „Gedanke“ und „Ordnungsprinzip“ verstanden: „Die Formel [vom Gleichgewicht] hat ihre eigentliche geistige Heimat in

¹² Zitat *Strohmeyer*, Interaktion 41.

¹³ Zitat *Mayr*, Uhrwerk 173.

¹⁴ Johann Heinrich Gottlob von *Justi*, Die Chimäre des Gleichgewichts von Europa, eine Abhandlung, worinnen die Nichtigkeit und Ungerechtigkeit dieses zeitherigen Lehrgebäudes der Staatskunst deutlich vor Augen gelegt, und dabey allenthalben neue und rührende Betrachtungen über die Ursachen der Kriege und dem wesentlichen Grunde, worauf die Macht eines Staats ankommt, beygebracht werden (Altona 1758).

¹⁵ Arno *Strohmeyer*, Theorie der Interaktion. Das europäische Gleichgewicht der Kräfte in der frühen Neuzeit (Wien/Köln/Weimar 1994) 26-29.

Großbritannien, und es kann keine Frage sein, daß – ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit – die führenden englischen Politiker in der Erhaltung des vorhandenen bzw. eines jeweils neu auszutarierenden europäischen Gleichgewichts eine Hauptaufgabe der britischen Politik gesehen haben – denn das machte ja den Kern des Gleichgewichtsgedanken aus, daß jede präsumptive Veränderung, jede regionale Störung das Ganze gefährdete und das als regulativ verstandene Ordnungsprinzip deswegen der ständigen Überwachung durch die Mächte oder einen Kreis von Mächten bedurfte.“¹⁶ Auf den Punkt brachte diese sprachliche Verwirrung A. F. Pollard: „The balance of power may mean almost anything; and it is used not only in different senses by different people, or in different senses by the same people at different times, but in different senses by the same person at the same time.“¹⁷

Auch die Frage, ob das europäische Gleichgewicht eher dem Kriege oder dem Frieden dienlich ist, wird sehr unterschiedlich beantwortet. Christian Stisser schrieb 1746: „Sind diese Feindseligkeiten lauter Kriege, welche dahin abzielen, daß das Gleichgewicht unter den Staaten verrückt werde? oder sind es lauter Kriege, welche darüber entstehen, daß das Gleichgewicht bereits wirklich verrückt worden, und welche folglich die Wiederherstellung des verrückten Gleichgewichts zur Absicht haben? oder sind endlich einige dieser unter den christlichen Mächten Europens herrschender Feindseligkeiten solche Kriege, in welche die Bemerkung des Gleichgewichts einen Einfluß hat, andere aber, und zwar die meisten, solche Kriege, die ohne Absicht auf das beschädigte oder unbeschädigte Gleichgewicht ausbrechen, und von welchen man also ganz andere, als solche Gründe, die man auf der politischen Wage oder der Balance Europens abgewogen, aufweisen muß?“¹⁸ Darüber entspann sich im 18. Jahrhundert eine völkerrechtliche Diskussion, deren Beginn Ernst Kaeber so umschrieb: „Erst im spanischen Erbfolgekriege war die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts zu einem vor allem in England, Holland und Deutschland allgemein anerkannten politischen Dogma geworden, mit dem Anspruch, die in seinem Namen geführten Kriege vor der Welt zu

¹⁶ Heinz *Duchhardt*, England-Hannover und der europäische Friede 1714-1748. In: Adolf M. *Birke*, Kurt *Kluxen* (Hg.), England und Hannover (München/London/New York/Oxford/Paris 1986) 127-144, hier 128f.

¹⁷ A. F. *Pollard*, The Balance of Power. In: *Journal of the British Institute of International Affairs* 2 (London 1923) 51-64, hier 58.

¹⁸ Christian Friedrich *Stisser*, Fortsetzung der freimütigen und bescheidenen Erinnerungen wider des berühmten Göttingischen Professors, Herrn Doctor Kahle, Abhandlung von der Balance Europens, als der vornehmsten Richtschnur des Krieges und des Friedens (Leipzig 1746) 64f.

rechtfertigen. [...] Den Hebel, mittelst dessen das Gleichgewicht in das Völkerrecht einbezogen wurde, bildete die Lehre vom gerechten und ungerechten Kriege, nach der es einen absoluten Unterschied zwischen erlaubten und unerlaubten Kriegen gab, der im einzelnen durch das natürliche Völkerrecht bestimmt war.“¹⁹ Abschließend resümierte er: „Den letzten Grund nahm dann der ganzen Lehre der Nachweis, daß sie gerade das erreiche, was sie vermeiden wolle, ewigen Krieg und Blutvergießen.“²⁰ Endgültig lässt sich die Frage, ob das europäische Gleichgewicht eher dem Frieden oder dem Krieg gedient habe, wohl nicht beantworten, es wurden auch in den darauf folgenden Jahrhunderten Publikationen beider Anschauungen verfasst; ob allerdings „das multipolare System“ als ein „prinzipiell auf Konflikt angelegtes internationales System“²¹ charakterisiert werden kann, darf bezweifelt werden.

b) Klassifikation der Theorien vom europäischen Gleichgewicht

Aufgrund der Vielzahl existierender Theorien vom europäischen Gleichgewicht kommt man am Versuch einer Einteilung in verschiedene Klassen kaum vorbei; obschon es einige Autoren gibt, die meinen, es gäbe nur eine einzige Theorie vom europäischen Gleichgewicht, die etwa folgendermaßen aussieht: „The new European equilibrium was complex and difficult to uphold. In the first place, there had previously been a simple equilibrium with only two major components: France had opposed the Habsburgs of Spain and Austria, while the states of the second rank joined one side or another. But the eighteenth century saw the emergence of several new powers: by 1763 five can be recognised – Britain, France, Austria, Prussia and Russia. Secondly, the extension of Anglo-French rivalry to territories overseas meant that, for the first time, the balance of power acquired a colonial dimension. For both these reasons its maintenance became more difficult. Yet, at the same time, the near-equality of the great powers (with the exception of Britain because of her immense colonial and commercial gains) made the balance of power more important as a restraint. Any gain by one state was a matter of concern for all the other powers because of their near-equality. In this way the balance of power came to operate against the smaller, weaker states. For if a state could not be prevented from making

¹⁹ Kaeber, Idee 144f.

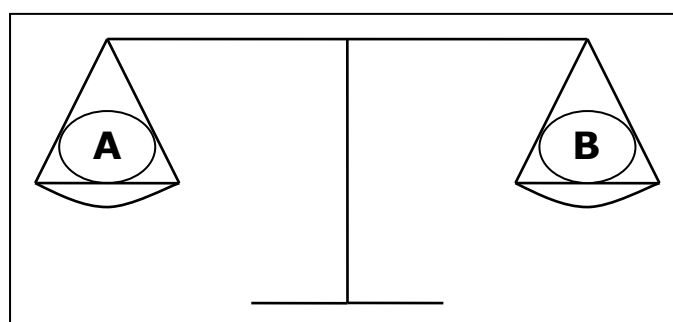
²⁰ Kaeber, Idee 153.

²¹ Gottfried Niedhart, *Handel und Krieg in der Britischen Weltpolitik 1738-1763* (München 1979) 140f.

a territorial gain, the principle of equilibrium required that other states should make an equivalent gain. This idea was most forcefully expressed in the three partitions of Poland at the end of the eighteenth century. As the author of *The Political State of Europe* (first published in 1750) wrote: „The struggle for the balance of power is, in effect, the struggle for power.“²²

Als brauchbares Kriterium einer Kategorisierung erweist sich die Unterscheidung nach der Art des dargestellten Gleichgewichts; hier finden wir vier Typen: zweipolige, potentiell zweipolige, mehrpolige und von einer dritten Kraft geregelte Theorien.²³ Es bieten sich auch andere Einteilungen an, etwa ob das Gleichgewicht aus einer Innen- oder Außenperspektive betrachtet wird; eine rein zeitliche Ordnung greift in den meisten Fällen jedoch zu kurz, wenn auch die hier gewählten Kategorien im Laufe der Jahrhunderte einander in der Häufigkeit ihres Auftretens abwechseln und somit Überschneidungen mit einer zeitlichen Einteilung auftreten.

Das Gleichgewicht wird in einer ganzen Reihe von Theorien, ähnlich dem Bild einer Waage, als zweipolig beschrieben, wobei in jede Waagschale ein Land gelegt und nach verschiedenen Kriterien bemessen wird; die Waage hält dann entweder das Gleichgewicht oder schlägt – je nach Einschätzung des Verfassers – in eine der beiden Richtungen aus (siehe Modell 1).



Modell 1: Gleichgewichtsmodell der real zweipoligen Theorien. Das Gleichgewicht wird durch die tatsächlich bestehende Machtgleichheit zweier Staaten (A, B) erreicht.²⁴

²² Derek McKay, Hamish M. Scott, *The rise of the great powers 1648-1815* (London 1997) 212. Vergleiche auch Martin Mandler, Wolfgang Schwegler-Rohmeis, *Strategie des Gleichgewichts: Bedingung des Friedens oder Schritt zum Krieg? Zur Ideengeschichte von Machtpolitik*. In: Reiner Steinweg (Hg.), *Kriegsursachen* (Frankfurt am Main 1987) 151-190, hier 154.

²³ Strohmeier, *Interaktion* 128.

²⁴ Diese vier Modelle sind den Modellen in Strohmeier, *Interaktion* 129-136 nachempfunden.

„Das Bild der beiden austarierten Waagschalen umschreiben die Begriffe ‚aequilibras‘, ‚aequipondium‘, ‚aequilibrium‘, ‚arbitrium‘, ‚Balance‘ und ‚Gleichgewicht‘.“²⁵ Als Beispiel mag hier eine bereits zitierte französische Flugschrift – „Discours au Roy Henri III, Sur les moyens de diminuer l’Espagnol. Du 24 Avril 1584.“ – dienen: „Tous Etats ne sont estimés forts & foibles, qu’en comparaison de la force ou foiblesse de leurs Voisins; & pourtant les sages Princes entretiennent le contrepoids tant qu’ils peuvent; tant qu’il y demeure, ils peuvent demeurer en paix & en amitié ensemble; comme il vient à faillir, aussi-tôt la paix & l’amitié se dissolvent, n’étant icelles fondées entr’eux, que sur une mutuelle crainte ou estime l’un de l’autre.“²⁶ Diese allgemeinen Prinzipien werden vom Autor anschließend auf die Gegenwart angewendet: Von Frankreich und Österreich hänge, ob ihrer Größe, Frieden oder Krieg in Europa ab, daher solle man sie, um die Ruhe der Christenheit zu bewahren, soweit möglich zwischen zwei Eisen halten; momentan sei die Waage aber zweifellos auf der Seite Österreichs schwerer beladen, daher müsse der, der Frankreich nicht ganz überboten sehen will, ein wenig auf die französische Seite drücken. Diese Theorien sind in zahlreichen Schriften des 17. und vereinzelt auch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu finden, danach spielten sie nur mehr eine untergeordnete Rolle.²⁷

Eine ein wenig komplexere Theorie geht auch vom Bild der Waage mit den beiden Waagschalen aus, bringt jedoch einen dritten Akteur als so genanntes „Zünglein an der Waage“ mit ins Spiel. Dieser kann selbst deutlich schwächer als jeder der beiden Hauptakteure sein, bedingt durch seine Entscheidung für die jeweils schwächere Seite allerdings, dass das Gleichgewicht aufrechterhalten wird (siehe Modell 2). Die Stellung Venedigs als Regulativ zwischen den beiden in Europa dominierenden Staaten, Frankreich und Spanien, gilt als Grundstein dieser – möglicherweise ältesten – in die Mitte des 16. Jahrhunderts zurückreichenden Form einer europäischen Gleichgewichtstheorie.²⁸ England, prädestiniert durch seine isolierte geopolitische Lage, wird in vielen dieser Theorien als Musterbeispiel eines

²⁵ Reiner *Pommerin*, Das europäische Staatensystem zwischen Kooperation und Konfrontation 1739-1856. In: Helmut *Neuhaus* (Hg.), *Aufbruch aus dem Ancien Régime. Beiträge zur Geschichte des 18. Jahrhunderts* (Köln/Weimar/Wien 1993) 79-99, hier 89.

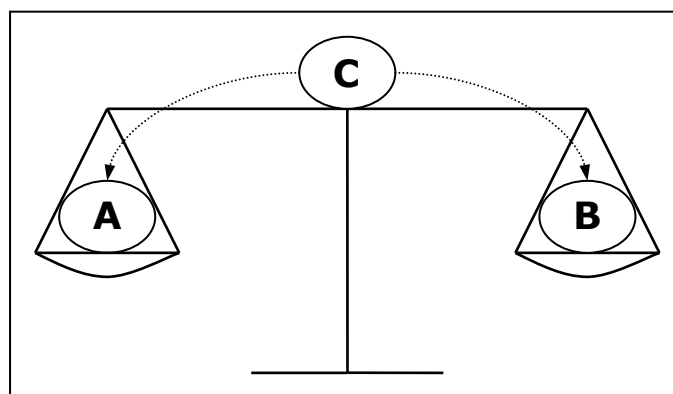
²⁶ „Discours au Roi Henri III, Sur les moyens de diminuer l’Espagnol. Du 24 Avril 1584.“ In Simon *Goulart*, *Memoires de la Ligue contenant les événements les plus remarquables depuis 1576, jusqu’à la Paix accordée entre le Roi de France & le Roi d’Espagne, en 1598. Nouvelle édition* (Amsterdam 1758) 596-605, hier 596.

²⁷ *Strohmeyer*, *Interaktion* 129.

²⁸ *Strohmeyer*, *Interaktion* 130.

Züngleins an der Waage gesehen. Diese Vorstellung drang tief in das englische Bewusstsein ein, um sich etwa in der von 1727 bis 1867 in den die Aufgaben des englischen Heeres beschreibenden „Mutiny Acts“ vertretenen Formulierung „Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa“ zu manifestieren.²⁹

In diesen, die gesamte frühe Neuzeit präsentieren, in der zweiten Hälfte des 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ihren Verbreitungshöhepunkt erreichenden Gleichgewichtstheorien mit einer dritten regelnden Kraft wurde fast allen europäischen Staaten die Rolle dieses Züngleins an der Waage zugewiesen; den Niederlande etwa zwischen Dänemark und Schweden oder im Verbund mit England, als Seemächte, in ganz Europa; Frankreich, als eigentliches Zünglein an der europäischen Waage; Österreich, Preußen und sogar dem Papst.³⁰



Modell 2: Gleichgewichtsmodell der Theorien mit der Vorstellung einer dritten regelnden Kraft. Dem „Zünglein“ (C) obliegt die Aufgabe, durch Unterstützung der jeweils schwächeren der beiden Mächte (A, B) das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten.

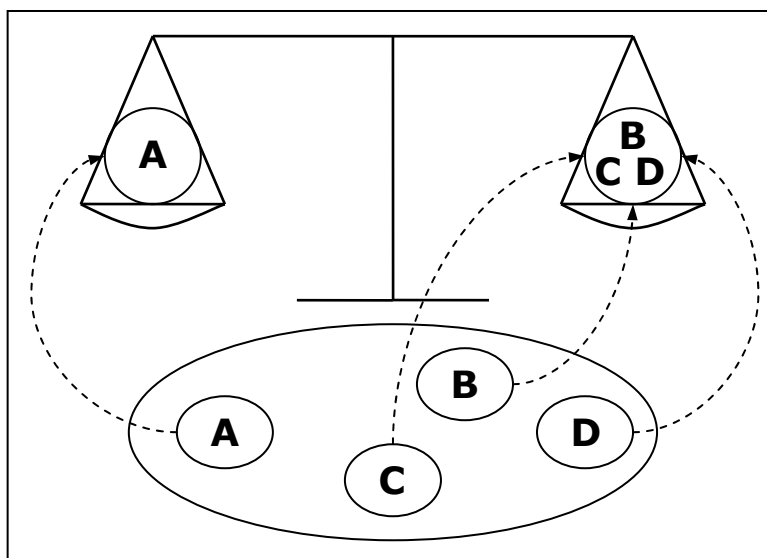
Potentiell zweipolige Theorien nehmen in ihrer Struktur auf zweipolige Theorien Bezug, erlauben aber, um beim Bild der Waage zu bleiben, mehrere Staaten in jeder der beiden Schalen; dadurch können mögliche Bündnissysteme gegeneinander aufgewogen, oder ein übermächtiger Gegner kann durch den Zusammenschluss mehrerer kleinerer Staaten im Gleichgewicht gehalten werden. Adam Christian Gaspari beschrieb 1803 seine Vorstellungen über ein europäisches Gleichgewicht der Kräfte mit folgenden Worten: „Gleichgewicht unter Staaten besteht in dem Verhältnisse der militairischen Kräfte gegen einander, welches so

²⁹ Martin *Wight*, *Machtpolitik* (Power Politics, übersetzt von Alfred Weber, Bayreuth 1948) 57.

³⁰ *Strohmeier*, *Interaktion* 131f.

abgemessen seyn muß, daß kein Staat die übrigen überwältigen oder von sich abhängig machen könne. Dies ist Gleichgewicht der Macht. Es beruht, da unmöglich alle Staaten einander gleich gemacht werden können, auf dem Beystande, welchen andere Staaten dem minder mächtigen gegen den mächtigern zu rechten Zeit leisten“³¹ (siehe Modell 3). Eine wichtige Regel, die von Friedrich Gentz (1764-1832), einem der bedeutendsten Vertreter dieses Theorietyps, aufgestellt wurde, war, dass „die Furcht vor gemeinschaftlichem Widerstande oder gemeinschaftlicher Rache der Andern in der Regel schon hinreichend seyn müsse, um Jeden in seinen Schranken zu halten“³².

Diese Variante der Theorien vom europäischen Gleichgewicht trat vom Ende des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts nur selten auf, erlebte erst nach dem Siebenjährigen Krieg einen deutlichen Aufschwung, um im Gefolge der napoleonischen Kriege und in den Jahren nach dem Wiener Kongress die am häufigsten publizierte Art der Gleichgewichtstheorien zu werden.

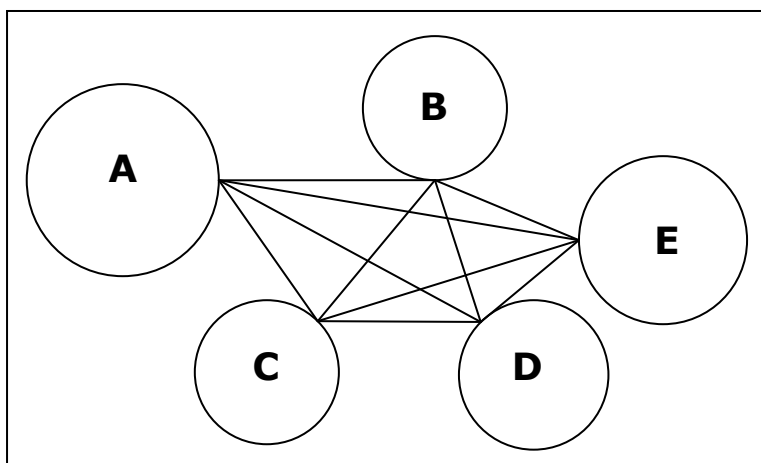


Modell 3: Gleichgewichtsmodell der potentiell zweipoligen Theorien. Das Gleichgewicht, das im Fall einer Bedrohung durch den mächtigsten Staat (A) von den schwächeren Staaten (B, C, D) gebildet wird, soll die friedliche Existenz aller Mächte (A, B, C, D) gewährleisten.

³¹ Adam Christian Gaspari, *Der Deputations-Receß. mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen und einer Vergleichungs-Tafel* (Nachdruck der Ausgabe Hamburg 1803, Hans-Jürgen Becker (Hg.), *historia scientiarum: Fachgebiet Geschichte und Politik*, Hildesheim 2003) Bd. I, 5.

³² Friedrich von *Gentz*, *Fragmente aus der neusten Geschichte des Politischen Gleichgewichts in Europa* (St. Petersburg 1806) 7.

Am komplexesten sind so genannte mehrpolige Theorien, da sie nicht mehr davon ausgehen, zwei Staaten oder Mächtegruppen – potentiell oder real – gegeneinander zu setzen und diese möglicherweise noch durch ein Zünglein auszugleichen, sondern mehrere Akteure unterschiedlicher Stärke und Zielsetzung miteinander in Beziehung zu setzen suchen. Dies führt unweigerlich auch dazu, dass das in den vorangegangenen Theorien verwendete Modell der Waage hier nicht mehr zum Einsatz kommen kann und komplizierteren Denkschemata weichen muss. Die Ausführungen der Autoren sprechen von einer „Zentralkraft“ und mehreren „Seitenkräften“³³; von einem Gleichgewicht von fünf Hauptmächten, welches durch die Wechselwirkung fünf verschiedener „Gravitationssysteme“³⁴ (Einflusssphären) in Balance gehalten wird (siehe Modell 4); beziehen ihr System auf alle Staaten Europas und sehen Gleichgewicht als „proper distribution of power among all the members of the system“³⁵ oder als ständig wogendes Verhältnis von Stoß und Gegenstoß.³⁶ Diesen Theorien erschienen, auch wenn sie in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zum ersten Mal formuliert worden waren, erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts häufiger.



Modell 4: Die zwischenstaatlichen Beziehungen der fünf Hauptmächte, die das europäische Staatensystem beherrschen (A, B, C, D, E), bilden das Kräftegleichgewicht.

³³ Carl Friedrich von dem *Knesebeck*, Denkschrift, betreffend die Gleichgewichts-Lage Europa's, beim Zusammentritte des Wiener Congresses (Berlin 1854) 9.

³⁴ ... *Goldmann*, Die europäische Pentarchie (Leipzig 1839) 21.

³⁵ *William Robertson*, The history of the reign of the emperor Charles V. with a view of the progress of society in Europe, From the Subversion of the Roman empire, to the Beginning of the Sixteenth Century (London 1769) Vol. 1, 112.

³⁶ *Strohmeyer*, Interaktion 137.

Die Literatur zum europäischen Gleichgewicht ist uferlos, als guter Einstieg mögen Arno Strohmeiers Monographie „Theorie der Interaktion. Das europäische Gleichgewicht der Kräfte in der frühen Neuzeit“ (Wien 1994) oder die schon etwas in die Jahre gekommene Studie Ernst Kaebers, „Die Idee des europäischen Gleichgewichts in der publizistischen Literatur vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts“ (Berlin 1907), dienen.

2. Die Akteure im europäischen Gleichgewichtssystem des 18. Jahrhunderts

In einem zweiten Punkt sollen nun, nach den eher theoretischen Ausführungen über mögliche Gleichgewichtsmodelle und deren Entwicklung, die einzelnen Akteure, also Staaten, vorgestellt werden, die einen bedeutenden Einfluss auf dieses europäische Gleichgewicht im 18. Jahrhundert hatten. In einem ersten Teil wird jeweils der demographischen Entwicklung, den territorialen Gegebenheiten, der Finanzgebarung, der Wirtschaft, den militärischen Kapazitäten sowie spezifischen Besonderheiten der einzelnen Staaten Platz eingeräumt, um dann in einem zweiten Teil auf die Strukturen der Außenpolitik zu fokussieren und einen Einblick in Entscheidungsabläufe, die wichtigsten handelnden Personen und diplomatische Entwicklungen zu geben.

Die europäische Staatenwelt bietet eine Vielzahl von Akteuren, von denen diejenigen festzumachen sind, die aufgrund ihres herausragenden Einflusses als Zentralmächte bezeichnet werden können (wobei selbstverständlich gegen jede Einteilung dieser Art Einwände vorgebracht werden können). In den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts stachen Frankreich, Österreich und Großbritannien aus der Masse der europäischen Staaten als die deutlich gewichtigsten heraus und können somit als „Zentralmächte“ bezeichnet werden. Russland stieß als vierte Großmacht in den folgenden Jahren hinzu und Brandenburg-Preußen machte spätestens mit der Eroberung Schlesiens deutlich, dass es von nun an ebenso zu den einflussreichsten Mächten des Kontinents gezählt werden musste. Andere Staaten wie etwa Spanien oder das Osmanische Reich, welche in den vorangegangenen Jahrhunderten die Geschichte Europas entscheidend geprägt hatten, oder die Niederlande, die das Potential gehabt hätten, im 18. Jahrhundert zu einer Zentralmacht aufzusteigen, schafften es nicht, in ähnlichem Maße auf die Geschehnisse der europäischen Staaten Einfluss zu nehmen und können daher in diesem Rahmen leider nicht behandelt werden, wenn sie auch an einigen Schauplätzen im 18. Jahrhundert nicht unbedeutende Beteiligte waren.

a) Frankreich

Politisches und kulturelles Ansehen, Bevölkerungszahl, militärisch-politische Stärke und außenpolitische Dynamik stellten das Königreich Frankreich Anfang des 18. Jahrhunderts an die Spitze der europäischen Staaten. „Nach seinen territorialen Erwerbungen in der Regierungszeit Ludwigs XIV. umfaßte das französische Staatsgebiet über 510.000 km², auf dem der ersten gesamtfranzösischen Volkserhebung durch die königlichen Intendanten von 1697–1700 zufolge knapp unter 20 Millionen Menschen lebten“³⁷. Die französische Bevölkerung wuchs im 18. Jahrhundert relativ kontinuierlich, mit einem geringeren Wachstum in den 1740er Jahren, um 1755 etwa 25 Millionen Menschen zu erreichen.³⁸ Das französische Staatsgebiet konnte im 18. Jahrhundert als relativ sicher betrachtet werden, wurde durch den Erwerb Lothringens 1766 und so genannte Grenzausgleichsverträge mit den Nachbarstaaten weiter arrondiert und nur durch ganz wenige Enklaven in seiner territorialen Integrität beeinträchtigt.

Wirtschaftlich hingegen zählte Frankreich keineswegs zur absoluten europäischen Spitze; im Vergleich mit den großen Handelsnationen nahm sich Frankreichs Welthandel eher bescheiden aus.

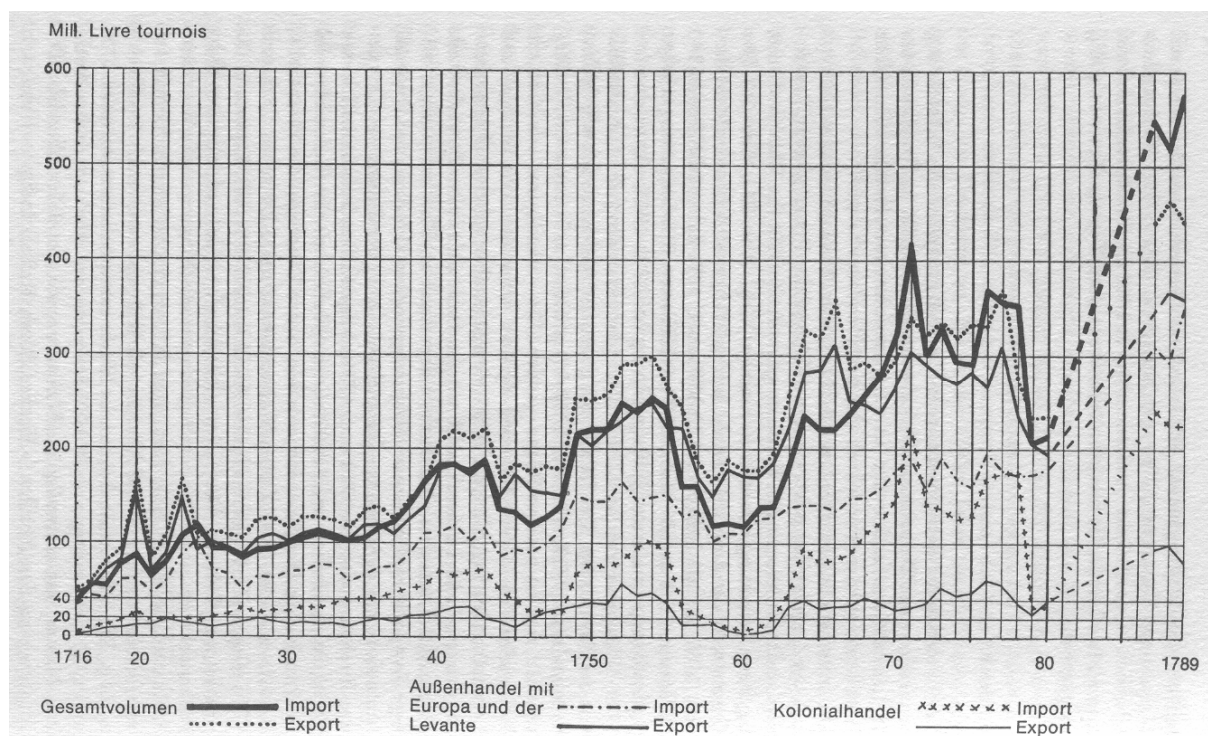


Abb. 1: Französischer Außenhandel (1716-1789)

³⁷ Heinz *Duchardt*, *Balance of Power und Pentarchie, Internationale Beziehungen 1700-1785* (Paderborn/Wien u.a. 1997) 128.

³⁸ Wolfgang *Mager*, *Frankreich vom Ancien Régime zur Moderne. Wirtschafts-, Gesellschafts- und politische Institutionengeschichte 1630-1830* (Stuttgart 1980) 32.

Der Außenhandel, den zu einem guten Teil niederländische oder englische Kaufleute, deren Gewinne wieder außer Landes flossen, besorgten, steigerte sich allerdings zwischen 1715 und 1789 mit Europa und der Levante um das Fünffache, mit den Kolonien sogar um das Zehnfache (vergleiche Abb. 1)³⁹.

Es gab zwar zahlreiche Bemühungen, das Kolonialreich noch kräftig auszubauen, die energischen französischen Bemühungen setzten allerdings deutlich zu spät ein. Auch gab es mit dem *Conseil de Commerce* den Versuch, Kolonialprodukte zu forcieren, aber „da in Frankreich im Unterschied zu Großbritannien zwischen Wirtschaft und Kapital einerseits und Legislative und Hof andererseits immer ein tiefer Graben blieb, vermochte die Kolonialpolitik dort nie der europäischen Großmachtspolitik den Rang abzulaufen.“⁴⁰

Das französische Heer, welches im 18. Jahrhundert einen guten Ruf besaß, zählte ca. 160.000 Mann – angeworbene Söldner, was einen Ausländeranteil von ca. 25% zur Folge hatte –, konnte aber im Kriegsfall noch deutlich aufgestockt werden;

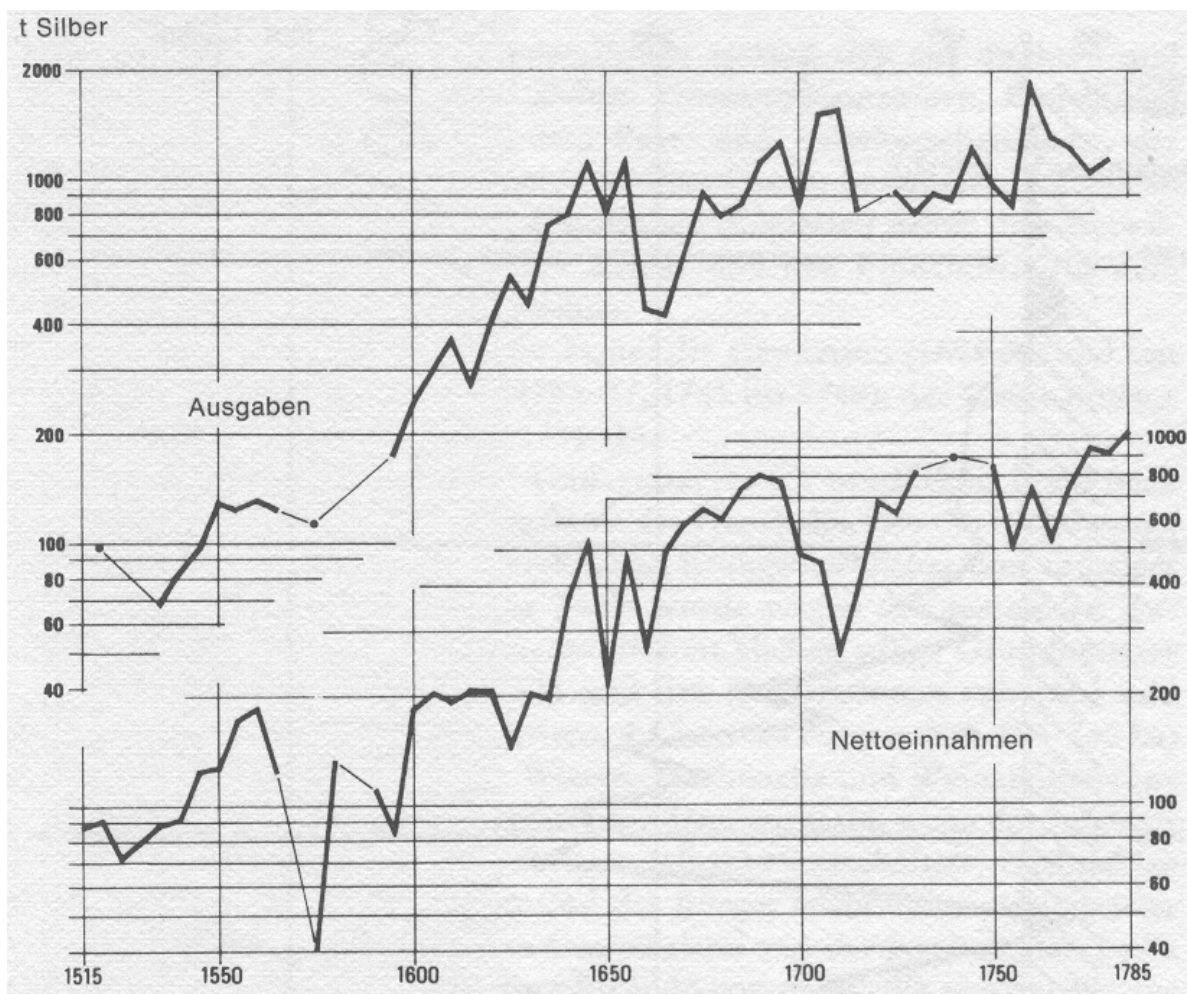


Abb. 2: Ausgaben und Nettoeinnahmen der französischen Regierung (1515-1785)

³⁹ Mager, Frankreich 175.

⁴⁰ Duchhardt, Balance of Power 129.

die Sollstärke betrug 1756 213.000 Mann. Zusätzlich bestand die Möglichkeit, bei Bedrohungen ein allgemeines Lehensaufgebot und regionale Milizen aufzustellen. Das stehende Heer wurde zu einer der Säulen der königlichen Gewalt und nahm deshalb in starkem Maße polizeiliche Aufgaben wahr.⁴¹ Die französische Marine fand im Gegensatz zum Heer nie wirklich große Beachtung; erst gegen Mitte des 18. Jahrhunderts, bedingt durch die stärkere Rivalität zu Großbritannien, besserte sich dies leicht, und die französische Flotte verfügte in der Folge über rund 100 Einheiten.⁴²

Die französischen Staatsfinanzen (vergleiche Abb. 2) konnten zwar im ausgehenden 17. Jahrhundert durch eine Reihe von kräftigen Steuererhöhungen Ludwigs XIV. einnahmenseitig gestärkt werden, doch die Einnahmen reichten für den Schuldendienst (1788 mehr als die Hälfte der Einnahmen⁴³), die Unterhaltung des stehenden Heeres, die Kriegsführung, den Ausbau des Festungssystems, aber auch für die Administration und die Wirtschafts- und Infrastrukturförderung bei Weitem nicht aus, sodass sich ein stetig wachsender Schuldenberg ansammelte. Der daraus resultierende enge finanzielle Spielraum blieb auch nicht ohne Einfluss auf die Außenpolitik, vor allem die Zahlung von Subsidien an Verbündete war davon betroffen.

Strukturen der französischen Außenpolitik

Außenpolitik und Kriegsführung zählten selbstverständlich zu den ureigensten Agenden der französischen Könige, die hier – vor allem in Regierungszeiten ohne einen Premierminister – versuchten, ihre alleinige Zuständigkeit durchzusetzen. Der *Conseil d'en haut* – er tagte neben den Privatgemächern des Königs im ersten Stock seiner Residenz, daher der Name – war das einzige zentrale Gremium, das den König in außenpolitischen Belangen beriet; diese sehr kleine, nur aus Vertrauten des Königs bestehende Gruppe umfasste im Schnitt nicht mehr als fünf Personen und war bis auf wenige Ausnahmen in innenpolitisch-kritischen Phasen absolut loyal. „Die Position des Premierministers Fleury [1726-1743] hing – wie das vor ihm bei Richelieu und Mazarin der Fall war – vom Vertrauen des Königs ab. ‚Sa compétence universelle faisait de lui le premier personnage de l’Etat, inspirateur de la politique

⁴¹ Mager, Frankreich 152.

⁴² Duchhardt, Balance of Power 133-135.

⁴³ Mager, Frankreich 114.

générale, coordinateur, régulateur et animateur de l'action gouvernementale."⁴⁴ Darüber hinaus versuchte natürlich eine große Zahl unterschiedlichster Personen und Gruppen, von Hoffraktionen über Handelskompanien bis zur Mätresse, Einfluss auf die Außenpolitik zu nehmen; diese Einflüsse zurückdrängen zu können machte die französische Außenpolitik im internationalen Vergleich zu einer der effizientesten.⁴⁵ Die Generalstände hatten über weite Teile des 18. Jahrhunderts keinen Einfluss auf die Außenpolitik, da sie bis 1788 nicht einberufen wurden.

Die praktische Umsetzung der Außenpolitik lag bei den Staatssekretariaten für auswärtige Angelegenheiten, für Krieg und für Marine, wobei die Finanzkontrolle bei größeren Vorhaben natürlich meist mit eingeschaltet werden musste. Den bürokratischen Unterbau des Staatssekretariates für auswärtige Angelegenheiten bildete ein Amt mit bis zu zehn Sekretären, in dem die *comis* und *premiers comis* durch ihre meist jahrzehntelange Tätigkeit für Kontinuität sorgten. Die Instruktionen an die französischen Diplomaten ergingen zumeist vom Staatssekretariat für auswärtige Angelegenheiten, auf das das Marineministerium zwar einwirken konnte, das aber nur in einigen Ausnahmefällen (Agenden, welche Spanien, Portugal oder das Osmanische Reich betrafen) befugt war, selbständig Anweisungen zu senden. Neben dem Diplomatischen Corps, das über einen exzellenten Ruf und ein Netzwerk, das dichter als das jedes anderen Staates gesponnen war, verfügte, und dem französischen Heer diente noch eine intensive Propaganda, die sich vornehmlich dem Mittel der Flugschrift bediente, der Unterstützung der außenpolitischen Zielsetzungen. Hohe Subventionen an fremde Fürsten, um die eigene Außenpolitik abzusichern, die noch im 17. Jahrhundert Millionen Livre verschlungen hatten und dabei meist die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnten, waren im 18. Jahrhundert aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich.⁴⁶

Die Außenpolitik Frankreichs in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts kurz zu charakterisieren, ist ob der regen außenpolitischen Tätigkeit immer schwierig. Am Anfang des 18. Jahrhunderts gelang es, im Spanischen Erbfolgekrieg die eigene

⁴⁴ Klaus *Malettke*, Grundlegung und Infragestellung eines Staatensystems: Frankreich als dynamisches Element in Europa. In: Peter *Krüger* (Hg.), Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit (Schriften des historischen Kollegs, Kolloquien 35, München 1996) 27-62, hier 41.

⁴⁵ *Duchhardt*, Balance of Power 131f.

⁴⁶ Eberhard *Weis*, Frankreich von 1661-1789. In: Fritz *Wagner* (Hg.), Europa im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung (Handbuch der europäischen Geschichte 4, Stuttgart 1968) 164-303, 202.

Dynastie auch in Madrid einzusetzen und sich trotz schwerer militärischer und finanzieller Bedrängnis relativ heil aus der Auseinandersetzung zu retten. Nach dem Frieden von Utrecht und dem Frieden von Rastatt kam es zu einer britisch-französischen Kooperation, die als vorrangiges gemeinsames Ziel die Durchsetzung der Friedensbestimmungen nach dem Spanischen Erbfolgekrieg hatte. Der Tod Ludwigs XIV. und die darauf folgende unsichere Nachfolgeordnung hatten eine Schwächung Frankreichs zur Folge, und die Durchsetzung des Friedens von Rastatt barg eine Menge an Konfliktpotential mit den Verwandten in Madrid. Nach dem Zerbrechen des britisch-französischen Bündnisses trat der Gegensatz zu London, das die folgenden Jahrzehnte der französischen Außenpolitik – wie schon in früheren Jahrhunderten – bestimmen sollte, immer deutlicher zum Vorschein und führte vor allem in den überseeischen Kolonien zu einer Reihe kleinerer Auseinandersetzungen. Der Aufstieg Russlands bedrohte klassische Verbündete Frankreichs (Schweden, Preußen und das Osmanische Reich), und Frankreich versuchte mit diesen Staaten eine so genannte *Barrière de l'Est* gegen Russland zu errichten. Die Gegnerschaft zu den Habsburgern war im Deutschen Reich, vor allem durch die Unterstützung antihabsburgischer Parteien, aufrechterhalten worden, und im Österreichischen Erbfolgekrieg wurde wieder der Versuch unternommen, Österreich auf Dauer zu einer kleineren Macht zu degradieren und von der deutschen Kaiserkrone zu verdrängen. Nach dem Scheitern dieses Projekts und einer Annäherung zwischen dem mit Frankreich verbündeten Preußen und Großbritannien, dessen Konflikt mit Frankreich in Nordamerika immer stärker zu eskalieren drohte, kam es zu einer Annäherung und schließlich zu einem Bündnis mit Österreich: das so genannte *Renversement des alliances*. Der Gegensatz dieser beiden europäischen Mächte reichte bis in die frühe Neuzeit zurück und war bis dahin eine der festen Größen in den Beziehungen der europäischen Staaten untereinander gewesen. In weiterer Folge wurde auch ein Bündnis mit dem ehemaligen Feind Russland geschlossen, das allerdings ob des schon beschriebenen Gegensatzes zwischen Russland und den klassischen französischen Verbündeten nicht lange halten konnte. Der Siebenjährige Krieg führte zu einer deutlichen Niederlage in Übersee; auch die militärischen Ziele auf dem Kontinent konnten nicht verwirklicht werden. In weiterer Folge sah sich die französische Außenpolitik mit einer deutlichen Reduzierung ihres Handlungsspielraums konfrontiert und wandte sich in Ermangelung starker Bündnispartner und eines

geringen finanziellen Spielraums eher einer Erhaltung des Status quo zu; vereinzelt schielte sie nach einer Revanche an Großbritannien, die aber im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg nur äußerst bedingt gelingen sollte.⁴⁷

b) Großbritannien

Die Bevölkerung Großbritanniens lag deutlich hinter der Frankreichs oder gar Russlands zurück, obgleich im 18. Jahrhundert ein stattlicher Anstieg festzustellen ist; in England und Wales stieg die Bevölkerung zwischen 1695 und 1801 von 5,5 auf 9,168 Millionen Menschen an, in Irland von 1,32 1672 gar auf 4 Millionen Menschen 1780, einzig Schottland, das erst 1780 mehr als eine Million Menschen zählte, zeigte keine derart starke demographische Entwicklung.⁴⁸

Das britische Militär war deutlich kleiner als jenes aller vergleichbaren europäischen Großmächte, und zwar aus mehreren Gründen. Es lag sowohl an der Insellage als auch an der mangelnden Bereitschaft des britischen Parlaments, in Friedenszeiten größere Truppen unter Waffen zu halten – ein deutlicher Unterschied zu den starken stehenden Heeren auf dem Kontinent; die Erfahrung der späten 1680er Jahre, als Jakob II. versucht hatte, die Armee zu einem Werkzeug seines Absolutismus zu machen, trug wohl ihren Teil dazu bei. Die Stärke des britischen Heeres bewegte sich zwischen 31.254 Mann 1702⁴⁹ und 45.000 Mann Ende der 1760er Jahre; in Kriegszeiten schnellte sie auf über 170.000 Mann hoch, schloss aber immer einen hohen Anteil an ausländischen Miettruppen mit ein. Da nach jedem Krieg wieder radikal abgerüstet wurde, ersparte sich der britische Staat die hohen unproduktiven Kosten eines stehenden Heeres, hatte allerdings am Anfang eines Krieges immer das schwierige Problem der Heeresaufstockung zu meistern und konnte so nicht aus dem Stand große Truppenkörper in Bewegung setzen; der Entstehung der politischen Kultur in Großbritannien war sicher auch die mangelnde Erfahrung einer Sozialdisziplinierung durch die Armee in hohem Maße förderlich.⁵⁰

Die eigentliche militärische Stärke Großbritanniens lag freilich nicht in seinem Heer, sondern in seiner Marine.⁵¹ Die britische maritime Überlegenheit konnte, trotz spanischer, französischer und russischer Bemühungen um nachhaltige

⁴⁷ *Duchhardt*, Balance of Power 138f.

⁴⁸ *Duchhardt*, Balance of Power 96.

⁴⁹ *Jeremy Black*, Britain as a military power, 1688-1815 (London 1999) 48.

⁵⁰ *Duchhardt*, Balance of Power 102f.

⁵¹ „Britain’s global triumphs rested on naval power.“ *Black*, Britain as a military power 107.

Flottenprogramme, dank einer konsequenten Aufrüstung im gesamten 18. Jahrhundert erhalten werden. Mit dem Frieden von Utrecht (1713) und den darin zugesicherten britischen Handelsmonopolen und wichtigen strategischen Stützpunkten (Gibraltar, Menorca) konnte Großbritannien den gesamten transozeanischen Verkehr zwischen Europa und seinen Nachbarkontinenten kontrollieren und so seine Dominanz auf den Meeren weiter festigen. Neben der Verteidigung der britischen Inseln diente die britische Flotte zur Eroberung von neuen, beziehungsweise zur Sicherung von alten Kolonien sowie dem Schutz der Handelsrouten und der Handelsschifffahrt; sie konnte allerdings in Zeiten außenpolitischer Ruhe mühelos auch zu Handelszwecken umgerüstet werden, sodass sich Investitionen viel leichter rechneten. Die Royal Navy besaß 1710 313 und 1783 617 Schiffe; man kann in etwa von einer Verdoppelung der Anzahl als auch der Gesamttonnage im 18. Jahrhundert ausgehen.⁵²

Finanziell brachten vor allem Kriege die britische Regierung unter Druck; Subsidienverpflichtungen, der rasche Aufbau des Heeres und die globale Dimension des britischen Engagements erforderten große Geldmittel, die vom *Lord Treasurer* aufgestellt werden mussten. Steuern wurden meist nur moderat erhöht, beziehungsweise neu eingeführt; vorwiegend dienten in solchen Fällen Staatsanleihen zur Finanzierung des Krieges.⁵³

Als übergeordnetes Interesse der britischen Außenpolitik erscheint immer wieder der Handel. „In seiner Schrift ‚De l’Interest de Princes et estats de la Chrestienté‘ (1638) nannte der Herzog von Rohan England eine kleine Welt für sich, deren wahres Staatsinteresse der Handel sei.“⁵⁴ „Handelsstaat, *trading nation* zu sein, ist für England [...] eine im 17. Jahrhundert zunehmende und zunehmend wirksame Anschauung, so daß man geradezu von einer politischen Idee des Handels sprechen könnte.“⁵⁵ Im 18. Jahrhundert verstärkte sich diese handelsbezogene Sicht der Außenpolitik noch deutlich, als es mit dem Frieden von Utrecht gelang, sich durch Handelsverträge mit den französischen und spanischen Konkurrenten auf Dauer wirtschaftliche Vorteile und ungehinderten Zugang zu allen Märkten Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas zu verschaffen. „Erst jetzt konnten die Londoner City und die Regierung jenes multilaterale Handelssystem aufbauen, dessen Existenz

⁵² *Duchhardt*, Balance of Power 103f.

⁵³ *Duchhardt*, Balance of Power 104f.

⁵⁴ Ernst *Schulin*, Handelsstaat England. Das politische Interesse der Nation am Außenhandel vom 16. bis ins frühe 18. Jahrhundert (Wiesbaden 1969) 334.

⁵⁵ *Schulin*, Handelsstaat 5.

den sprunghaften Anstieg des britischen Außenhandels nach sich zog und dessen Absicherung fortan zu den Hauptzielen der britischen Außenpolitik und des britischen Parlaments als des Forums zur Artikulation ökonomischer Interessen zählte.“⁵⁶ Auch wenn das spanische Kolonialreich im 18. Jahrhundert noch deutlich größer blieb, so war die Dynamik des britischen Überseehandels, in Folge dessen sich Großbritannien auch die wichtigsten Schlüsselpunkte aneignete, den anderen Kolonialmächten deutlich überlegen. „Der globale Aktionsradius eines sprunghaft zunehmenden Außenhandels zeichnete die britische Wirtschaft des 18. Jahrhunderts gegenüber früheren Jahrhunderten aus.“⁵⁷

Der britische Außenhandel (vergleiche hierzu die Export- und Importkurven der East India Company in Abb. 3 als Gradmesser) erlebte im 18. Jahrhundert einen deutlichen Anstieg – die Exporte stiegen zwischen 1720 (6,9 Millionen Pfund) und 1790 (18,9 Millionen Pfund) um rund 174 Prozent, und das vor allem aus zwei Gründen. Einerseits war dies Handelsprivilegien von Drittstaaten (Methuen-Vertrag mit Portugal, spanischer Asiento) zu verdanken, andererseits einem deutlichem Wachstum des britischen Kolonialreichs in Amerika (Carolina, Georgia, Neufundland, Nova Scotia, Französisch-Kanada, Florida, östliches Louisiana), in der Karibik (Grenada, Tobago, St. Vincent, Dominica) und in Indien (Bengalen, Bihar), wodurch sowohl Rohstoffgebiete als auch Absatzmärkte gewonnen wurden.⁵⁸

Auch wenn es innerhalb der Regierung im 18. Jahrhundert immer wieder Richtungsstreitigkeiten, inwieweit man sich in kontinentale Angelegenheiten einmischen sollte, gegeben hat, so war doch ein Grundkonsens über die Bedeutung des Außenhandels und das Bemühen, den britischen Händlern nicht nur wegen der steuerlichen Erträge eine möglichst ungehinderte Betätigung zu ermöglichen, vorhanden; *Secretary of State* Holderness schrieb etwa 1757: „I am convinced you will agree with me in one principle: that we must be merchants while we are soldiers; that our trade depends upon a proper exertion of our marine strength; that trade and maritime force depend upon each other; and that the riches, which are the true resources of this country, depend upon its commerce.“⁵⁹

⁵⁶ Duchhardt, *Balance of Power* 111f.

⁵⁷ *Niedhart*, *Handel* 48.

⁵⁸ Duchhardt, *Balance of Power* 112. Vergleiche dazu auch Wolfgang *Reinhard*, *Geschichte der europäischen Expansion*. Bd. 1 *Die Alte Welt bis 1818* (Stuttgart 1983) 166.

⁵⁹ Holderness an Mitchell am 17. Juli 1757, abgedruckt bei Andrew *Bisset*, *Memoirs and Papers of Sir Andrew Mitchell, K.B., envoy extraordinary and minister plenipotentiary from the court of Great Britain to the court of Prussia, from 1756 to 1771* (London 1850), Vol. I, 254-265, hier 261.

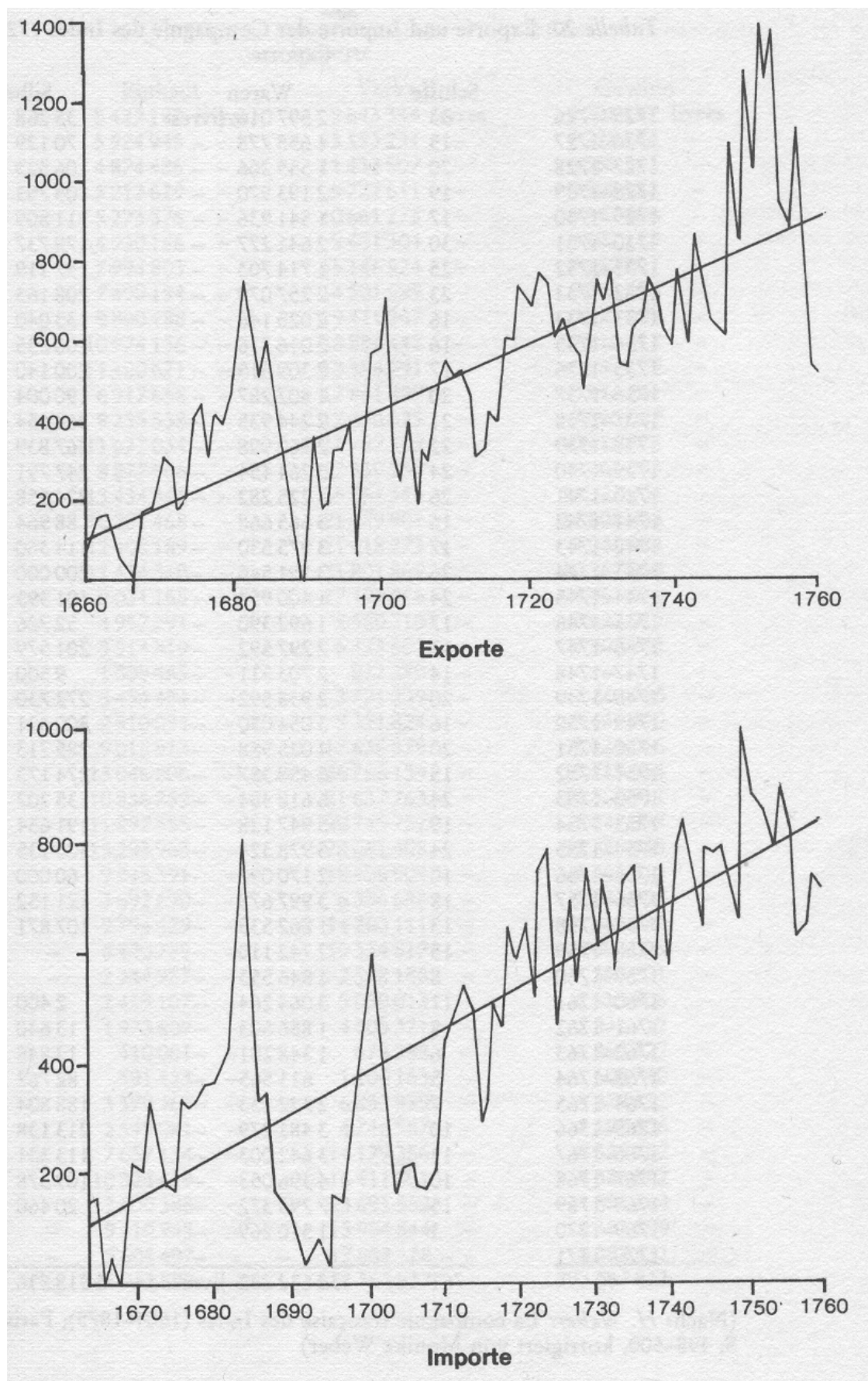


Abb. 3: Exporte und Importe der East India Company 1660-1760
absolute Werte in 1000 Pfund und linearer Trend

Als Beispiel, wie sehr der Kommerz die britische Außenpolitik dominierte, mögen hier die Beziehungen zu Russland exemplarisch dienen. Seit dem Ende des Nordischen Krieges war die britische Regierung bemüht, den Einfluss Russlands im Ostseeraum einzudämmen, um dem eigenen baltischen Handel alle Vorzüge zu bewahren; sie revidierte diese Strategie um 1730 jedoch vollständig und schloss 1734 den einzigen Handelsvertrag Russlands mit einer europäischen Macht, der Großbritannien bis in die 1780er Jahre eine bevorzugte Stellung im russischen Außenhandel einräumte.⁶⁰ „Es war in hohem Maß bezeichnend, daß selbst in Phasen, in denen die bilateralen politischen Beziehungen auf einem Tiefpunkt angekommen waren, wie etwa zum Zeitpunkt des *Renversement des alliances*, der Handelsvertrag nie zur Disposition gestellt wurde, sondern in Kraft blieb, bezeichnend auch, daß London im Siebenjährigen Krieg seine Petersburger Botschaft beibehielt, bezeichnend schließlich, daß in einer Phase, als Großbritannien sich erkennbar aus der politischen Szene Kontinentaleuropas zurückzog, die Erneuerung des russischen Handelsvertrages (1766) mit viel diplomatischem Aufwand gesucht wurde.“⁶¹ Auch wenn man den Einfluss der Wirtschaft und des Handels auf die britische Außenpolitik nicht überschätzen sollte, so gelang es dem Parlament, allen voran den am Amerikahandel interessierten Gruppen, 1739 etwa, Großbritannien in einen Krieg gegen Spanien zu führen, der von der Regierung nicht gewünscht war.⁶²

Strukturen der britischen Außenpolitik

Großbritannien stellte unter den europäischen Großmächten des Ancien Régime eine Ausnahme dar, da das Zusammenwirken der Staatsorgane im Prinzip durch eine Verfassung, welche den Bürgern auch einen Grundbestand an Freiheitsrechten zusicherte, geregelt war. Die Frage, welche Institutionen auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess einwirkten, „hat von der fundamentalen Voraussetzung auszugehen, daß im Großbritannien des 18. Jahrhunderts außenpolitische Entscheidungen – im Extremfall Entscheidungen über Krieg und Frieden – niemals isoliert, sondern stets in ihrer engen Verflochtenheit mit

⁶⁰ Walther Mediger, *Moskaus Weg nach Europa. Der Aufstieg Russlands zum europäischen Machtstaat im Zeitalter Friedrichs des Grossen* (Braunschweig 1952) 65f.

⁶¹ Duchhardt, *Balance of Power* 112-114.

⁶² Duchhardt, *Balance of Power* 115.

innenpolitischen Machtkämpfen, mit dem Kampf um innenpolitische Herrschaftspositionen zu sehen sind.“⁶³ Innenpolitik stellte in Großbritannien ein Spannungsfeld miteinander konkurrierender Interessensgruppen, der Krone, der Regierung, des Parlaments und der Öffentlichkeit außerhalb des Parlaments dar, in welchem Entscheidungen von Tragweite nur in einem Konsens mehrerer unterschiedlicher Gruppierungen durchgesetzt werden konnten. Dennoch zählte Außenpolitik, insbesondere die Entscheidung über Krieg und Frieden, zu den selbstverständlichen Prärogativrechten des Königs, der seine Richtlinienkompetenz auch immer wieder durchsetzen konnte. „Das königliche Prärogativrecht kollidierte mit dem Prinzip, daß der König nicht als Person, sondern durch seine Minister handelte, die wiederum über die nötige innenpolitische Basis verfügen mußten. Dieser Konflikt war durch den Rückgriff auf Verfassungsnormen nicht zu klären, sondern mußte von Fall zu Fall politisch ausgefochten werden.“⁶⁴ Sobald die Außenpolitik größere finanzielle Mittel erforderte, war jedoch die Zustimmung des Parlaments unumgänglich; die kostspielige Kriegs- und Weltmachtspolitik Großbritanniens im 18. Jahrhundert festigte nachhaltig die Stellung des Parlaments, welches sich auf diesem Wege einen gewichtigen Anteil an der Formulierung der Außenpolitik sicherte, denn ohne ausreichende Finanzmittel – „monies which are the sinews as well of peace as of war“⁶⁵ – blieb die Regierung handlungsunfähig.

Institutionell war die britische Außenpolitik im Vergleich zu anderen europäischen Großmächten, allen voran Frankreich, kein Vorreiter; es gab kein Nachschlagewerk der nationalen Erfahrungen, keine ausführlichen und sorgfältig vorbereiteten Instruktionen, die den Diplomaten mit auf den Weg gegeben wurden, und die Leiter der Außenpolitik verfügten keineswegs immer über diplomatische Erfahrung. In der Regierung gab es zwei Staatssekretäre, die mit den Agenden der Außenpolitik betraut waren, einen *Secretary of State for the Northern Department*, in dessen Kompetenz die Beziehungen zu den Niederlanden, zum Deutschen Reich, zu Polen, Skandinavien und Russland lagen, und seinen Kollegen, dem *Secretary of State for the Southern Department*, der sich um die west- und südeuropäische Staatenwelt, um die Eidgenossenschaft und die Türkei, um Übersee und Irland, zeitweise auch um die Kolonien kümmerte.⁶⁶ Doch kam es zwischen den beiden

⁶³ Niedhart, Handel 99.

⁶⁴ Niedhart, Handel 101.

⁶⁵ Zitat Niedhart, Handel 104.

⁶⁶ Niedhart, Handel 102, Duchhardt, Balance of Power 98f.

Ministern immer wieder zu Kompetenzstreitigkeiten und dem Versuch, jedes der beiden den anderen zu übertrumpfen, beziehungsweise Entscheidungen des anderen Departments zu beeinflussen. Diese erst 1782 behobenen Doppelgleisigkeiten mögen am Beispiel des in Paris residierenden Waldegrave veranschaulicht werden, der während des Polnischen Thronfolgekrieges (1733-35) mit ein und derselben Kurierpost zwei Weisungen der beiden Staatssekretäre vorfand, welche das genaue Gegenteil besagten.⁶⁷ Der *First Lord of the Treasury* und der Lordkanzler übten meist auch noch einen bedeutenden Einfluss auf die Außenpolitik aus; das bekannteste Beispiel für diesen Kompetenzgerangel ist die Endphase des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges.

Die britischen Diplomaten klagten immer wieder über mangelnde Instruktionen aus der Heimat – Berühmtheit hat hier der Ausspruch Sir James Harris', „I never yet received an instruction that was worth reading“⁶⁸, erlangt – und mussten deshalb verstärkt Politik auf eigene Faust machen; angesichts der Kommunikationsmöglichkeiten des 18. Jahrhunderts mussten Diplomaten gezwungenermaßen Entscheidungsspielräume überlassen werden. Es war für die britische Außenpolitik aber noch aus einem weiteren Grund elementar wichtig, über hochqualifiziertes diplomatisches Personal im Ausland zu verfügen, da die britische Außenpolitik darauf ausgerichtet war, mit den eigenen Diplomaten vor Ort zu verhandeln statt mit ausländischen Gesandten in London, ein Umstand, der sich deutlich von der französischen Praxis unterschied. Das mag auch ein Grund für das sehr enge diplomatische Netz Großbritanniens in Europa sein, das mehr oder weniger ständige Präsenzen in Bayern, Bremen, Dänemark, beim Kaiser, beim deutschen Reichstag, in Frankreich, Hamburg, Lübeck, in den Niederlanden, in Polen, Portugal, Preußen, Russland, Sardinien-Savoyen, Schweden, der Schweiz, Spanien, der Toskana, der Türkei und Venedig umfasste.⁶⁹ Die Qualität des britischen diplomatischen Dienstes und seine Erfolge erscheinen vor dem Hintergrund seiner kurzen Tradition und der geschilderten strukturellen Mängel in der Londoner Zentrale eher überraschend. Nachhaltige Bemühungen um eine Ausbildung zukünftiger Diplomaten gab es in Großbritannien im Gegensatz zu

⁶⁷ Duchhardt, *Balance of Power* 99.

⁶⁸ Extract of a despatch from Sir James Harris to Mr. Ewart, Berlin vom 15. März 1785. In: James Harris Earl of *Malmesbury*, *Diaries and correspondence of James Harris, first Earl of Malmesbury; containing an account of his missions to the courts of Madrid, Frederick the Great, Catherine the second, and the Hague; and of his special missions to Berlin, Brunswick, and the French Republic* (London 1844) II, 112-115, hier 113.

⁶⁹ *Duchhardt*, *Balance of Power* 105.

Frankreich nicht; den Versuch, mit Lehrstühlen für neuere Geschichte die Ausbildung zu verbessern, beschreibt David B. Horn so: „Whether judged by quality or quantity of the recruits to diplomacy, the Oxford scheme can only be described as a disastrous failure.“⁷⁰

Die britischen Diplomaten an den europäischen Höfen hatten darüber hinaus noch mit der Tatsache zu kämpfen, dass in den meisten kontinentalen Monarchien das parlamentarische System als unberechenbar galt und dass, ausgehend von den Erfahrungen des Jahres 1710, als eine neue englische Regierung von heute auf morgen die Seiten gewechselt hatte, man immer sehr skeptisch war bezüglich der Kontinuität und Konstanz der britischen Außenpolitik. Andererseits bot das britische Parlament fremden Diplomaten und Regierungen eine Möglichkeit, die sie in anderen europäischen Staaten nicht hatten, nämlich durch Instrumentalisierung der Opposition auf den politischen Willensbildungsprozess einzuwirken. Ein zu großes Naheverhältnis eines ausländischen Diplomaten zur Opposition konnte allerdings auch zur Aufforderung nach Abberufung dieses Diplomaten führen, so geschehen etwa bei dem Franzosen Chavigny in den 1730er Jahren oder dem Preußen Michel 1762. Die Politisierung der Öffentlichkeit und ihr Einfluss auf die Formulierung und Gestaltung von Außenpolitik, vor allem in Punkten, in denen Handel und Produktion betroffen waren oder in denen das konfessionelle Moment eine Rolle spielte, war ein weiterer Punkt, der das Vertrauen der kontinentalen Partner, wenn man auch über den tatsächlichen Einfluss der veröffentlichten Meinung streiten kann, zumindest nicht verstärkte; vor allem die in der britischen Presse weit verbreitete Frankophobie, die auch in Zeiten britisch-französischer Kooperation dominierend war, wird die Partnerschaft wohl kaum gestärkt haben.⁷¹

Der dynastische Wechsel an der Spitze Großbritanniens zugunsten des Hauses Hannover 1714 (die Personalunion mit Hannover bestand bis 1837) blieb natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Außenpolitik Großbritanniens, und zwar aus zweierlei Gründen. Auf der einen Seite war Georg II. (1714-1727) darauf bedacht, die Herrschaft zu festigen, neue Partner zu finden, welche die Dynastie stützten, andererseits bemüht, außenpolitische Abenteuer zu vermeiden, um dem Land eine ruhige Umstellung zu ermöglichen. Die Gefahr eines jakobitischen Aufstandes und Invasionsversuche waren bei der großen Masse an Stuart-Unterstützern, die sich vor allem aus Tories, Intellektuellen und Unzufriedenen

⁷⁰ Horn, *British Diplomatic Service* 132.

⁷¹ Duchhardt, *Balance of Power* 100-102.

zusammensetzte, ein ständiger Risikofaktor. Auf der anderen Seite stellte die Personalunion der Könige, die Kurfürsten von Hannover (Braunschweig-Lüneburg) blieben, die britische Außenpolitik vor neue Herausforderungen. Zwar ermöglichte dieses kontinentale Standbein im Reich unter anderem eine stärkere Einflussnahme in der Ostsee, andererseits erforderte dieses Stammland Schutz, wofür um Partner geworben werden musste, und schränkte auf diesem Wege die britische Außenpolitik zum Teil deutlich in ihrem Handlungsspielraum ein; vor allem Frankreich stand immer wieder Gewehr bei Fuß, um mit einer Besetzung Hannovers bessere Karten für Friedensverhandlungen in die Hand zu bekommen und damit Verluste in Übersee zu kompensieren.⁷² „Aus französischer Sicht verzahnte Kurhannover englische kontinentaleuropäische mit kolonialpolitischen Interessen. Kurhannover war ein Kompensationsobjekt der französischen Kolonialmacht.“⁷³

Die Außenpolitik Großbritanniens war nach dem Frieden von Utrecht (1713) und Rastatt (1714), dessen großer Gewinner zweifelsfrei Großbritannien war, natürlich vor allem darauf bedacht, die Friedensordnung aufrechtzuerhalten, um aus den Errungenschaften wirtschaftlichen Profit zu schlagen. Da Spanien und der Kaiser die Bedingungen der Friedensschlüsse nach Möglichkeit zu revidieren gedachten, kam es allen ökonomischen und ideologischen Gegensätzen zum Trotz zu einer Phase der britisch-französischen Kooperation, um die beiden Kontrahenten in die Utrecht-Rastatter Friedensordnung zu bringen, beziehungsweise zu zwingen; als diese beiden jedoch wider Erwarten im 1. Wiener Frieden 1725 zueinander fanden, lag eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Frankreich nahe. Bei aller herrschenden Rivalität konnte diese Allianz, nachdem die Sicherung der Friedensordnung nicht mehr zu den obersten Prioritäten zählte, nicht mehr lang aufrechterhalten werden, und Großbritannien kehrte bündnistechisch Anfang der 1730er Jahre wieder zur so genannten Großen Allianz, also dem Bündnis mit Österreich und den Niederlanden zurück; in den darauffolgenden Jahren kam es, wie oben schon erwähnt, auch zu einer deutlichen Verbesserung der Beziehungen zu Russland. „In der globalen Strategie des Inselreiches war [...] eine Art Optimismus des Wünschbaren erreicht, weil London durch seine Verbündete alle neuralgischen

⁷² *Duchhardt*, *Balance of Power* 107f.

⁷³ Hermann *Wellenreuther*, Die Bedeutung des Siebenjährigen Krieges für die englisch-hannoveranischen Beziehungen. In: Adolf M. *Birke*, Kurt *Kluxen* (Hg.), *England und Hannover* (Prinz-Albert-Studien 4, München 1986) 145-175, hier 155.

Punkte des Kontinents zu beeinflussen und zu kontrollieren vermochte und dabei zugleich sicher sein konnte, daß die bourbonischen Rivalen im Konfliktfall mit einem aufwändigen und kostspieligen Zweifrontenkrieg rechnen mußten und deswegen die Konkurrenz in Außereuropa und auf den Meeren wohl nicht auf die Spitze treiben würden. Die frühen 1730er Jahre brachten in dieser Logik eine Art Vorentscheidung, daß Großbritannien sein kontinentales Engagement nicht überstrapazieren wollte, sofern ihm seine maritimen und kommerziellen Möglichkeiten nicht beschnitten wurden.“⁷⁴ Da sich der Hegemonialkampf mit Frankreich auf den Meeren und in Übersee abzuzeichnen schien, war der eher widerstrebend vollführte britische Eingriff in den Österreichischen Erbfolgekrieg (1741-1748) kein großes Engagement und der Siebenjährige Krieg (1756-1763) ein reiner Kolonialkonflikt; das Bündnis mit Preußen diente lediglich dem Schutz Hannovers. Nach 1763 stand Großbritannien ohne kontinentalen Bündnispartner im Range einer Großmacht da, was allerdings ob des für Handel und Wirtschaft äußerst erfolgreichen Siebenjährigen Krieges und des Desinteresses, welches Großbritannien Kontinentaleuropa angedeih werden ließ, nicht weiter zu stören schien.

c) Österreich

Statistische Angaben sind für Österreich besonders schwer, da im Gegensatz zu den anderen hier verglichenen Staaten erst nach der Mitte des 18. Jahrhunderts – im Zusammenhang mit den Haugwitz'schen Steuerreformen – erste Volkszählungen durchgeführt wurden. „Für die deutschen Erzherzogtümer und das Königreich Böhmen erbrachte die ‚Seelenbeschreibung‘ von 1754 eine Bevölkerungszahl von 6,134 Mio; zusammen mit den für Ungarn, Galizien, Siebenbürgen, die Bukowina, Kroatien/Slawonien, Istrien und Triest ermittelten Zahlen machte die Gesamtbevölkerung der Monarchie 1780 dann 17,437 Mio Menschen aus und stieg bis 1790 auf 24,825 Mio Seelen an.“⁷⁵

Auch wenn die Habsburgermonarchie im Spanischen Erbfolgekrieg nicht zur dominierenden Macht in Europa aufsteigen konnte, stand für die Zeitgenossen wohl außer Frage, dass Österreich am Anfang des 18. Jahrhunderts eine Großmacht darstellte; einschränkend wurde von manchen Zeitgenossen, etwa dem Straßburger Historiker Christoph Wilhelm Koch (1737-1813), lediglich die militärische Stärke

⁷⁴ *Duchhardt*, Balance of Power 110.

⁷⁵ *Duchhardt*, Balance of Power 116.

angeführt, nämlich, dass Österreich – im Gegensatz zu Frankreich oder Großbritannien – einen (längeren) Krieg nur mit Verbündeten durchhalten könne. Die prestigeträchtigste Krone des Abendlandes wurde seit 1438 ununterbrochen von den Habsburgern getragen, und die nach der Abwehr der zweiten Wiener Türkenbelagerung 1683 erfolgte Offensive auf dem Balkan brachte erhebliche Gebietsgewinne – nahezu alle Eroberungen des Osmanischen Reiches seit der Schlacht von Mohács 1526 konnte zurückgewonnen werden – die im Frieden von Karlowitz mit der Pforte 1699 bestätigt werden konnten. „Nicht minder förderlich für das Prestige des Habsburgerstaates war, dass die ungarischen Reichsstände auf dem Preßburger Reichstag von 1687 auf das Recht der freien Königswahl verzichtet und faktisch das Erbrecht der habsburgischen Dynastie anerkannt hatten – in einer Epoche, die ganz auf die Dynastien und dynastische Reiche fixiert war und Wahlmonarchien als Staaten zweiter Klasse eher über die Schulter ansah, bedeutete das ein Mehr an Prestige, das nicht unterschätzt werden darf.“⁷⁶

In wirtschaftlicher Hinsicht war die Habsburgermonarchie im Vergleich zum Westen Europas vor allem im für die staatlichen Einnahmen wichtigen industriellen Sektor deutlich rückständig. Diese Entwicklung wirkte sich ungünstig auf die Staatsfinanzen aus, die durch andauernde Kriege ohnehin schwer belastet waren.⁷⁷ „Auf dem Höhepunkt des Spanischen Erbfolgekrieges, 1711, hatte die Staatsschuld trotz der anerkannten Tüchtigkeit des Hofkammerpräsidenten Gundakar Thomas von Starhemberg beachtliche 61 Mio Gulden erreicht. Während des Siebenjährigen Krieges schnellte sie dann sogar auf geradezu unglaubliche 271 Mio Gulden hoch.“⁷⁸ Den Finanzhaushalt des Staates zu sanieren, ein Ziel, das das ganze 18. Jahrhundert durchzog, gelang kurzfristig vor allem durch Auslandsanleihen – hier boten sich speziell im Spanischen Erbfolgekrieg besonders die Generalstaaten und England an – sowie durch die Verpfändung von staatlichen Gütern und Einkünften (Zölle, Mauten), dabei spielten jüdische Hoffaktoren eine wesentliche Rolle; Samuel Oppenheimer, der in den ersten beiden Jahren des Spanischen Erbfolgekrieges allein über 8 Millionen Gulden zur Verfügung stellte, war für die Finanzierung der Kriege der Habsburgermonarchie von so entscheidender Bedeutung, dass sein Tod

⁷⁶ *Duchhardt*, Balance of Power 116.

⁷⁷ *Karl Vocelka*, Österreichische Geschichte 1699-1815. Glanz und Untergang der höfischen Welt. Repräsentation, Reform und Reaktion im habsburgischen Vielvölkerstaat (Österreichische Geschichte; Band 7; Wien 2001) 79f.

⁷⁸ *Duchhardt*, Balance of Power 117.

1703 einen Staatsbankrott auslöste.⁷⁹ Die 1705 gegründete Wiener Stadt-Banco übernahm, nachdem der Versuch, mit einer Staatsbank die Staatsschulden zu tilgen und Wechselgeschäfte zu führen, fehlgeschlagen war, weitgehend das staatliche Kreditwesen und schaffte nach der durch den Siebenjährigen Krieg ausgelösten Krise, welche einen Wertverfall der Münzen zur Folge hatte, durch die erstmalige Ausgabe von Papiergeld, den so genannten „Wiener-Stadt-Banco-Zetteln“, das von den Banken nur zur Hälfte des Geldwertes angenommen werden musste, 1762 einen drohenden Staatsbankrott zu vermeiden.⁸⁰

„Der Kampf um die Vorherrschaft in Europa zwischen den Habsburgern und Frankreich spielte sich nicht nur auf den Schlachtfeldern, sondern auch in den Theatersälen der Residenzen ab“⁸¹ und die – vorher schon erwähnte – missliche finanzielle Lage der Habsburgermonarchie „muß man zudem vor dem Hintergrund einer [...] ambitionierten ‚Kulturpolitik‘ sehen, mit der die Dynastie den Wettbewerb mit dem Ludovizianischen Frankreich geradezu suchte. Die großen architektonischen Projekte am Ausgang des 17. Jahrhunderts und in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts, die ganz dezidiert auf ein zweites Versailles und einen zweiten Louvre zielten, wurden als essentielle Faktoren des Staatenwettbewerbs angesehen, scheiterten freilich nicht zufällig zu einem guten Teil an den fehlenden Mitteln.“⁸²

Das österreichische Heer, dessen Sollstärke am Beginn des Spanischen Erbfolgekrieges bei ca. 120.000 Mann, 1740 bei 157.000 Mann und 1775 bei 174.000 Mann, dessen Ist-Stärke aber meist deutlich darunter, 1740 etwa bei 107.000 Mann, lag, war eine der größten Belastungen für den österreichischen Staatshaushalt.⁸³ Das Heer von 108.000 Mann kostete jährlich 15 Millionen Gulden, wobei 9 Millionen als (ordentliche oder außerordentliche) Kontribunale von den Ständen beigetragen wurden und 5 Millionen aus staatlichen Einkünften (Mauten, Zöllen, Regalien) stammten; unweigerlich blieb hier ein Defizit bestehen.⁸⁴ „Die verhängnisvolle und letztlich nicht mehr zu korrigierende Niederlage Österreichs in den Kriegen um Schlesien lag im Kern in der Unfähigkeit begründet, die Heeresorganisation wirklich in den Griff zu bekommen.“⁸⁵ Die österreichische Kriegsflotte, durch die Erwerbung italienischer Territorien und Inseln sowie der

⁷⁹ *Vocelka*, Österreichische Geschichte 80.

⁸⁰ *Duchhardt*, Balance of Power 117, *Vocelka*, Österreichische Geschichte 80.

⁸¹ *Vocelka*, Österreichische Geschichte 186.

⁸² *Duchhardt*, Balance of Power 118.

⁸³ *Duchhardt*, Balance of Power 118.

⁸⁴ *Vocelka*, Österreichische Geschichte 81.

⁸⁵ *Duchhardt*, Balance of Power 119.

südlichen Niederlande aus dem spanischen Erbe notwendig geworden, blieb stets höchst bescheiden.⁸⁶

*Strukturen der österreichischen Außenpolitik*⁸⁷

Im Laufe des 18. Jahrhunderts – später als in Frankreich, wo dies schon im 17. Jahrhundert der Fall gewesen war – wurden in Österreich die Grundlagen einer „neuen“ Außenpolitik geschaffen; davor, zur Zeit der „alten“ Außenpolitik, war es mehr als fraglich, ob es überhaupt eine einheitliche Außenpolitik gegeben hat. „Alte“ Außenpolitik war das Resultat eines Kompromisses zwischen den unterschiedlichen, miteinander konkurrierenden Interessen der am Kaiserhof wirkenden Kräfte, deren Durchsetzungsvermögen oft an den handelnden Personen und der allgemeinen Lage in Europa hing und so nie einer gesamtstaatlichen Dimension gerecht werden konnte. Dynastische Überlegungen des Hauses Österreichs und die Familienpolitik der Habsburger, welche Länder in Europa akkumulierte und zum Beispiel im spanischen Erbfolgekrieg mit den südlichen Niederlanden, dem Königreich Neapel, der Lombardei und dem, später im Tausch gegen Sardinien erhaltenen, Sizilien Besitztümer erbrachte, erforderten eine Außenpolitik, die schon mit den Interessen der mitteleuropäischen habsburgischen Kernlande nicht immer in Einklang zu bringen waren. Noch viel schwieriger waren diese mit den Erfordernissen des Deutschen Reiches, vor allem dem Schutz gegen die Franzosen im Westen und gegen die Osmanen im Osten, denen die habsburgischen Herrscher als Kaiser genauso gerecht werden mussten, unter einen Hut zu bringen. Die Interessen des Reiches wurden allerdings im Verlauf des 18. Jahrhunderts immer stärker von den österreichischen überlagert,⁸⁸ vor allem, da es den einzelnen Territorien seit 1648 erlaubt war, eine eigene Außenpolitik zu betreiben. Da sich von 1740/42-1745 die Kaiserkrone nicht in der Hand (beziehungsweise auf dem Kopf) der Habsburger und bis 1780 nicht in Personalunion mit der Herrschaft über die österreichischen Länder befand, ermöglichte dies eine deutlich emanzipierte österreichische Außenpolitik, wie sie spätestens ab 1806 selbstverständlich wurde. Der auf den Tod Karls VI. folgende

⁸⁶ *Duchhardt*, Balance of Power 120.

⁸⁷ Dieser Abschnitt ist vor allem Grete *Klingenstein*, Institutionelle Aspekte der österreichischen Außenpolitik im 18. Jahrhundert. In: Erich *Zöllner* (Hg.), *Diplomatie und Außenpolitik Österreichs* (Wien 1977) 74-93 verpflichtet.

⁸⁸ Diese Überlagerung in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts beschreibt Hugo *Hantsch* in seinem Werk *Reichsvizekanzler Friedrich Karl Graf von Schönborn (1674-1746). Einige Kapitel zur Politischen Geschichte Kaiser Josef I. und Karls VI.* (Augsburg 1929).

Österreichische Erbfolgekrieg erschütterte die Grundfeste der habsburgischen Herrschaft und verlangte durch die neuen Gegebenheiten in Europa – der Aufstieg Preußens, die Neutralisierung der Niederlande und Italiens, das Zurücktreten des seit Beginn der Neuzeit bestehenden habsburgisch-bourbonischen Gegensatzes und die stärkere Konzentration auf die mitteleuropäischen Besitztümer der Habsburger – auch eine neue Ausrichtung der österreichischen Außenpolitik.

Die Institutionen, die den Herrscher, der selbstverständlich immer die Letztentscheidung in allen außenpolitischen Belangen behielt, berieten, wandelten sich im Laufe des 18. Jahrhunderts ebenso. In der „alten“ Außenpolitik standen dem Kaiser eine Vielzahl von Ministern und (wechselnd besetzten) Kommissionen oder das Plenum der Minister mit Rat zur Seite. Im Verlauf des spanischen Erbfolgekrieges wurde die Hinderlichkeit dieser vielen Kommissionen erkannt und 1709 eine geheime Konferenz geschaffen⁸⁹, welche natürlich auch nur effizient arbeiten konnte, wenn die Anzahl ihrer Mitglieder klein gehalten werden konnte; 1740 gab es insgesamt fünf Konferenzminister. Als Sekretär der Konferenz schaffte es Johann Christoph Bartenstein, zu einem der wichtigsten Berater Karls VI. zu werden und die Außenpolitik in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu dominieren. Über die Anliegen, die Vertreter fremder Mächte vorgebracht hatten, wurde in der Konferenz diskutiert, allerdings waren die in Wien akkreditierten Herren – wiederum ein vielsagendes Merkmal der „alten“ Außenpolitik – nicht an einen einzigen Minister gebunden. Sie konnten mit mehreren verhandeln oder sogar eine Audienz beim Herrscher nehmen, ohne dass die anderen Minister von diesem Schritt etwas erfahren mussten; von den oft widersprüchlichen Meinungen der Konferenzminister und der geringen Geheimhaltung von Absichten und Beschlüssen der Konferenz profitierten die fremden Gesandten zusätzlich.

Eine weitere Eigenart der „alten“ Außenpolitik rührte daher, dass mehrere Minister und Kanzleien mit den Agenden der Außenpolitik betraut waren, diese Kanzleien aber auch nicht ausschließlich außenpolitische Belange zu bearbeiten hatten, sondern sehr häufig eigentlich mit Aufgaben der inneren Verwaltung und zugleich der Justiz befasst waren. Die Reichshofkanzlei besaß die größte außenpolitische Tradition, bekam aber seit dem Jahre 1620 mit der österreichischen Hofkanzlei eine sich vor allem um die Haus- und Familienangelegenheiten kümmernde Konkurrenz. Außenpolitik wurde in vielen Fällen als

⁸⁹ Erwin Matsch, *Geschichte des Auswärtigen Dienstes von Österreich(-Ungarn) 1720-1920* (Wien u.a. 1980) 30.

Nachbarschaftspolitik betrachtet, so kümmerte sich die Reichshofkanzlei um die Korrespondenz mit den westeuropäischen und nordischen Mächten; die italienischen Agenden wurden von der lateinischen Expedition erledigt; die österreichische Hofkanzlei bearbeitete Venedig durch das mit Innerösterreich befasste Referat und die Schweizer Kantone durch das so genannte oberösterreichische Referat;⁹⁰ die böhmische Hofkanzlei kümmerte sich durch ihre Bearbeitung der schlesischen Angelegenheiten auch um die Beziehungen zu Polen⁹¹; die Beziehungen zur Pforte und zu Russland lagen aufgrund der lang andauernden Militarisierung der Südostgrenze in der Zuständigkeit des Hofkriegsrates. Gegen diese weit verstreuten Zuständigkeiten, denen es ob der auf die Länderverwaltung konzentrierten Perspektive der zuständigen Kanzleien oft an einer gesamtstaatlichen Perspektive fehlte, richteten sich Zentralisierungsbestrebungen, welche vor allem von der österreichischen Hofkanzlei getragen wurden. Des Weiteren waren schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts Tendenzen zu erkennen, die auf eine stärkere Fokussierung der Entscheidungen in der Hand von Herren aus den österreichischen und böhmischen Ländern drängten und für beschränktere Kompetenzen der Reichsvizekanzler, welche aus dem deutschen Reich stammten, eintraten.

Wichtigste Institution der „neuen“ Außenpolitik sollte die Staatskanzlei werden, eine 1705 gegründete eigene außenpolitische Abteilung der österreichischen Hofkanzlei. Unter der Leitung von Philipp Ludwig Sinzendorf zog die Staatskanzlei immer mehr außenpolitische Angelegenheiten an sich oder mischte sich mit ihren Instruktionen und Reskripten in die von anderen Kanzleien – insbesondere der Reichshofkanzlei und des Hofkriegsrates – verwalteten Gebiete ein; die räumlichen und personellen Kapazitäten wurden dadurch immer stärker überschritten. Bartenstein, der seit 1726 als Staatssekretär in der Staatskanzlei saß, die Protokolle der Konferenzen verfasste und so zu einer der einflussreichsten Persönlichkeiten der österreichischen Außenpolitik wurde, beschrieb die Zustände im Rückblick folgendermaßen: „Absonderlich nahm im Jahre 1728 die Arbeit der Staatskanzlei ungemein zu. Dem Grafen von Sinzendorf musste von allem, was ablief, die Abschriften nach Soissons [zum Kongress] geschickt werden. Und durch die Abwesenheit des höchstseligen Kaisers von [= in] Grätz wurde Mühe und Schreiberei ebenmäßig nicht gemindert. Durch das der Ostendischen Compagnie erteilte Octroy

⁹⁰ Klaus Müller, *Das kaiserliche Gesandtschaftswesen im Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden (1648-1740)* (Bonner historische Forschungen 42; Bonn 1976) 19.

⁹¹ Matsch, *Geschichte* 45.

und durch den mit Spanien geschlossenen Friedens-, Commerciën- und sodann Bündnistraktat waren ganz Europa in die bekannte Zerrüttung geraten, beide Seemächte mit Frankreich vereinigt, die Mehrheit im Reich verloren, auch leicht vorzusehen, daß wann der von der nunmehrigen verwittibten Königin von Spanien so sehnlich gewünschten Heirat nicht statt gegeben werden wollte, Spanien sich den übrigen Feinden ... zugesellen würde.“ Man habe viele Schreibarbeiten verrichten müssen, um die „Sachen wieder ins alte Geleise“ zu bringen, und die Arbeit habe immer mehr und mehr zugenommen, besonders um die „alleinige rechtmäßige Erbfolgeordnung in den Überrest der österreichischen Monarchie Nota bene so viel, als sich durch Traktaten zu tun lassen, zu versichern“⁹². Die Aufgabenbereiche der Staatskanzlei erweiterten sich durch den Tod Karls VI. und den darauffolgenden Wegfall der Reichshofkanzlei beträchtlich, doch die Art, wie Außenpolitik betrieben wurde, blieb weitgehend dieselbe. Das lag vor allem am entscheidenden Einfluss von Bartenstein, der bei Maria Theresia, wie schon zuvor bei ihrem Vater, besonderes Vertrauen genoss, und der nach wie vor der wichtigste Mann in der Staatskanzlei war.

Wenzel Anton von Kaunitz steht mit seiner Ernennung zum Staatskanzler 1753 für den wichtigsten Wendepunkt im Wandel von einer „alten“ zu einer „neuen“ Außenpolitik. Die Staatskanzlei wandelte sich unter Kaunitz zu einer Institution „moderner“, vor allem zentralisierter und arbeitsteilig organisierter Außenpolitik. Die gewichtigste Bedeutung in der Veränderung der österreichischen Außenpolitik war allerdings die Einführung eines „Systems“, eines Leitbegriffes der politischen Sprache, der vor allem vom deutschen Philosophen Christian Wolff vorangetrieben wurde. 1766 meinte Kaunitz: „Ohne System regieren, heißt ein Schiff ohne Steuerruder und Compaß den Winden und Wellen überlassen.“⁹³ „Den größten Einfluss auf Kaunitz Vorstellungen eines Regierungssystems dürfte Johann Heinrich Gottlob von Justi ausgeübt haben, der bereits Anfang der 1750er Jahre im Rahmen seiner Lehrtätigkeit als Professor an der Theresianischen Ritterakademie in Wien die

⁹² Zitat *Klingenstein*, Institutionelle Aspekte 84.

⁹³ Kaunitz' Antwort auf des Kaisers „Deliberanda“ vom 30. November 1766 abgedruckt bei Johann Josef *Khevenhüller-Metsch*, Aus der Zeit Maria Theresias. Tagebuch des Fürsten Johann Josef *Khevenhüller-Metsch* 1742-1776. Hg. von Rudolf Graf *Khevenhüller-Metsch* und Hanns *Schlitter*. 1742-1744, 1745-1749, 1752-1755, 1756-1757. (Wien, Leipzig 1907-1914), Bd. 1764-67, 502-518, hier 503.

Auffassung vertrat, gute aufgeklärte Regenten zeichneten sich vor allem dadurch aus, daß sie nach einem genau festgelegten System regierten.“⁹⁴

Die Vorliebe für ein System und die Bedeutung, die man diesem Wort zuschrieb, nahm Franz Grillparzer 1844, als Direktor des Hofkammerarchivs, mit folgenden Zeilen aufs Korn:

Ich weiß ein allgewaltig Wort,
Auf Meilen hörts ein Tauber,
Es wirkt geschäftig fort und fort
Mit unbegriffnem Zauber,
Ist nirgends und ist überall,
Bald lästig, bald bequem,
Es passt auf ein und jeden Fall,
Das Wort, es heißt: System.⁹⁵

Eine wichtige Veränderung, die Kaunitz in der Staatskanzlei veranlasste, war die Einstellung höher qualifizierter, selbstständig arbeitender Beamten, die kaiserlich-königlichen wirklichen Hofräte und geheimen Staatsoffizialen – vergleichbar mit den *Premiers Commis* in Frankreich –, Funktionen, die im „Ein-Mann-Betrieb“ unter Bartenstein anscheinend nicht notwendig erschienen waren. Mit dem allgemeinen, dem italienischen und dem niederländischen Departement wurden neue außenpolitische Institutionen geschaffen, die ganz auf das Wohl des Gesamtstaates zugeschnitten waren, wofür vor allem die reichen niederländischen und italienischen Provinzen nach Kaunitz' Meinung einen stärkeren Beitrag leisten sollten. Dazu regte Kaunitz in einem Vortrag vom 6. August 1758 die Schaffung einer Behörde an, deren Aufgabe es sein solle, „auf die union und verbindung des ganzen mit seinen theilen, auf die wohlfahrth des souverainen und seiner landen, auf die gute verwaltung der justiz, policey, finanzen, commercien etc., auf die verfassung eines soliden systematis und der generalen wie auch particularen grundsätzen und mit einem wort auf das beste der ganzen monarchie ihr beständiges augenmerk [zu] richten.“⁹⁶ Kaunitz gelang es, die Zuständigkeit für Außenpolitik ganz in seiner Hand zu bündeln. Gewiss war das Placet des Herrschers unabdingbar, aber vieles, das früher

⁹⁴ Schilling, Kaunitz 306.

⁹⁵ Peter Frank, Karl Pörnbacher (Hg.), Franz Grillparzer, Sämtliche Werke: ausgewählte Briefe, Gespräche, Berichte. Gedichte – Epigramme – Dramen 1 (München 1960) 463.

⁹⁶ Friedrich Walter, Die österreichische Zentralverwaltung. II. Abteilung. Von der Vereinigung der österreichischen und böhmischen Hofkanzlei bis zur Einrichtung der Ministerialverfassung (1749-1848) (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 29, Wien 1934) III, 1f, hier 2.

langen Beratungen der Minister bedurfte, konnte nun nach den Anweisungen des Staatskanzlers von routinierten Beamten umgesetzt werden; auch eine Audienz bei Maria Theresia war nun für keinen ausländischen Gesandten oder Botschafter ohne seine Zustimmung mehr möglich.⁹⁷ Auch der Kontakt zu den österreichischen Gesandten lag forthin allein bei Kaunitz, der versuchte, eine einheitliche Linie in die österreichischen Vertretungen in den unterschiedlichen Ländern zu bringen, ohne den Gesandten die Freiheit zu nehmen, besonderen Gegebenheiten nach eigenem Gutdünken Rechnung zu tragen.⁹⁸

Um die Großmachtstellung Österreichs in Europa zu erhalten, sah Kaunitz eine Rüstungsexpansion als unabdingbar an, war allerdings skeptisch, da er die Kräfte des Staates nicht überfordern wollte.⁹⁹ „Kaunitz vertrat aber auch die Auffassung, daß die Reputation Österreichs als Großmacht nicht nur militärische Macht voraussetze, sondern auch die Bereitschaft, diese gegebenenfalls auch einzusetzen. So drängte er wenige Monate nach dem Ausbruch des türkisch-russischen Krieges auf die Zusammenziehung österreichischer Truppen an der Ostgrenze, sorgte in der Folge für eine ständige Verstärkung der österreichischen Militärpräsenz im Osten und unterstrich gegenüber der preußischen wie der russischen Regierung die österreichische Kriegsbereitschaft. Scharf kritisierte er Maria Theresia, als sie dem preußischen Gesandten Rohd im September 1771 zu verstehen gab, daß sie einen Krieg um jeden Preis verhindern möchte. Ihre Äußerungen, so seine Philippika, ‚ne peuvent produire que les effets les plus facheux, et aussi contraires à la gloire de Votre Majesté qu’à l’interêt essentiel de sa Monarchie’, ja sie gefährdeten ‚sa gloire et sa sureté avenir [à venir]“¹⁰⁰.

d) *Russland*

Den rasantesten demographischen Aufstieg unter allen europäischen Großmächten am Anfang des 18. Jahrhunderts nahm zweifelsohne Russland. Von 1719 bis 1762 nahm die Bevölkerung Russlands, inklusive der im Nordischen Krieg eroberten baltischen Provinzen, exklusive der Eroberungen auf Kosten Polens und des Osmanischen Reiches in den 1760er Jahren, von 15,5 auf über 23 Millionen zu

⁹⁷ *Klingenstein*, Institutionelle Aspekte 80.

⁹⁸ *Schilling*, Kaunitz 308f.

⁹⁹ *Vocelka*, Österreichische Geschichte 106.

¹⁰⁰ *Schilling*, Kaunitz 360f.

und erreichte damit beinahe den Stand Frankreichs. Diese Zunahme um über 7,6 Millionen, also um knapp die Hälfte, ist insofern besonders hervorzuheben, da im übrigen Europa das Populationswachstum in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts maximal 15 Prozent betrug.¹⁰¹

Die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert stellte in Russland, wie wohl in keinem europäischen Land, eine Zäsur dar, die durch die Rückkehr Zar Peters I. von seiner Großen Gesandtschaft bedingt wurde. Diese in erster Linie außenpolitisch motivierte Entwicklung stellte einen großen Modernisierungsbedarf an die innenpolitischen Institutionen, um außenpolitische Erfolge erzielen und etwaige Eroberungen sichern zu können. „Man kann mit guten Gründen diesen abrupten Wandel, den auch die Zeitgenossen so empfanden, als die Überführung eines Patrimoniums des Fürsten in frühmodern-absolutistische Staatlichkeit klassifizieren, die gewissermaßen aus dem Stand heraus eine entsprechende Bürokratisierung erforderlich machte.“¹⁰² Den Beginn der petrinischen Reformen machten, um eine geplante Expansion zu den Meeren im Osten und Süden sowie eine zentrale Stellung im Ost-West-Handel überhaupt erst möglich zu machen, Strukturreformen, wie die Städtereform und die Gouvernementsreform, um Geld und Investitionen für den Aufbau eines großen und schlagkräftigen Heeres und einer ebensolchen Flotte zu lukrieren.¹⁰³ „Der Krieg wurde zum Vater der Reformen. [...] Die Menschen wurden zwangsweise in den Dienst des Staates gestellt, die Lastenpflichtigen als lebenslängliche Rekruten oder als Zwangsarbeiter, die Adligen, die sich westliche Bildung erwerben und einen europäischen Lebensstil annehmen mußten, als Offiziere und Beamte.“¹⁰⁴

Der russische Staatshaushalt, der noch Anfang des 18. Jahrhunderts über Reserven verfügte, war in den darauffolgenden Jahrzehnten, vor allem in Zeiten häufiger Kriege, zumeist stark belastet, was die Verantwortlichen zwang, nach immer neuen fiskalischen Quellen Ausschau zu halten; Staatsverwaltung des Kirchenbesitzes, Münzverschlechterungen und der Übergang von der Hof- zur Kopfsteuer, die den Hauptgrund zur Steigerung des Steueraufkommens zwischen 1701 und 1724 real um mehr als die Hälfte darstellte, bildeten nur einige davon. Die finanziellen Belastungen, die dem Staat aus der Armee und der Flotte erwuchsen,

¹⁰¹ *Duchhardt*, Balance of Power 139f.

¹⁰² *Duchhardt*, Balance of Power 140.

¹⁰³ Klaus *Zernack* (Hg.), Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. II (1613-1856). vom Randstaat zur Hegemonialmacht (Stuttgart 1986) 298-310.

¹⁰⁴ *Andreas Kappeler*, Russische Geschichte (Beck'sche Reihe/Wissen 2076, München 2002) 25.

die in Kriegszeiten über 70 Prozent der Gesamtausgaben des Staates verschlingen konnten und auch in Friedenszeiten meist knapp die Hälfte des Staatshaushaltes verschlangen, verlangten nach Einsparungen im Militärwesen, der Eintreibung von Subsidien, worum man sich in London seit den 1730er Jahren intensiv bemühte, und natürlich nach der Steigerung der Staatseinnahmen; tatsächlich konnte das Steueraufkommen zwischen 1724 und 1769 vor allem durch die Erhöhung der indirekten Steuern um das 2,8-fache gesteigert werden. Der Versuch, mittels staatlicher Handelskompanien in den interkontinentalen Handel einzutreten, musste allerdings nach anfänglichen Versuchen wieder aufgegeben werden.¹⁰⁵

Der Staat lieferte allerdings auch wichtige Impulse für die russische Wirtschaft, allen voran durch die Aufrüstung seines militärischen Potenzials. Die Entwicklung großer Betriebe, insbesondere in der Eisengewinnung und in der für Uniformen und Segeltuch wichtigen Textilindustrie, wurde vom Staat gefördert; dieser wurde aber auch selbst als Unternehmer tätig und stimulierte etwa mit der Admiralitätswerft in St. Petersburg die Ansiedlung einer Vielzahl an Zulieferbetrieben und schuf so eine „lokale Industrielandschaft“¹⁰⁶. „Mit besonderem Nachdruck förderte Peter I. den Bergbau“;¹⁰⁷ die Eisenproduktion wurde etwa im Lauf der Zeit mehr und mehr in den Ural verlagert, um qualitativ hochwertigeres Eisen zu erzielen. Neben der Eigenproduktion wurde auch ein Augenmerk auf den Export, zumeist in Richtung Großbritannien, gelegt. Die Roheisenproduktion steigerte sich, auch unter dem Einfluss staatlicher Hütten, von 5,1 Tausend Tonnen 1710 auf 110 Tausend Tonnen 1780, womit sogar die britische Produktion übertroffen werden konnte. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts konnten rund drei Viertel der Produktion ausgeführt werden (damit leistete man einen nicht unwesentlichen Beitrag zur industriellen Revolution in Großbritannien). Darüber hinaus war der internationale Handel, der Russland zu einer Drehscheibe zwischen Asien und Europa machen sollte, eine nicht zu unterschätzende Motivation für die Kriege der petrinischen Zeit, etwa gegen Schweden, um den Ostseezugang zu ermöglichen.¹⁰⁸

Die russische Armee war zahlenmäßig den anderen europäischen Großmächten deutlich überlegen, verfügte sie doch 1756 über eine Sollstärke von 331.000 Mann, lebenslang dienende Berufssoldaten, mit einem relativ hohen

¹⁰⁵ Zernack, Handbuch 329f.

¹⁰⁶ Zernack, Handbuch 319.

¹⁰⁷ Erich Donnert, Das russische Zarenreich. Aufstieg und Untergang einer Weltmacht (München 1992) 138.

¹⁰⁸ Zernack, Handbuch 316-333.

Ausländeranteil; kosakische Hilfstruppen standen, falls nötig, ebenfalls zur Verfügung. Die russische Flotte, Anfang des 18. Jahrhunderts gegründet, deren Hauptaugenmerk in der Ostsee lag und die erst im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts auch im Schwarzen Meer eine schlagkräftige Marine aufbauen konnte, wuchs beständig und war Ende des 18. Jahrhunderts auf dem besten Wege zur zweiten europäischen Seemacht nach Großbritannien aufzusteigen; zu einer großen Handelsflotte brachte es Russland indes nicht.¹⁰⁹

Strukturen der russischen Außenpolitik

Die russische Außenpolitik war im 18. Jahrhundert einer mehrmaligen Veränderung ihrer Strukturen unterworfen, wenngleich der Zar selbstverständlich allein für die Außen- und Militärpolitik zuständig blieb. Peter I. schuf 1711 den regierenden Senat als oberste Verwaltungsbehörde und 1716-1722 Kollegien¹¹⁰, von denen hier vor allem das Kriegs-, Admiralitäts- und Äußere Kollegium von Interesse sind. Die Bedeutung des Kollegiums der Auswärtigen Angelegenheiten, das am Beginn mit Kanzler, Vizekanzler, drei Beamten und rund zwölf Kanzlisten relativ klein dimensioniert war, sank nach dem Tod Peters I. deutlich, da im Zuge der raschen Abfolge mehrerer Herrscher (beziehungsweise deren Vormundschaften) – Katharina I., Peter II., Anna Ivanovna, Iwan IV., Elisabeth I. – die Leitung der Außenpolitik stärker in den Händen (nomineller oder faktischer) Außenminister lag; erst in den 1760er und 1770er Jahren kam in der Ära Panin dem Kollegium wieder eine zentrale Bedeutung zu. Auf die Außenpolitik hatte auch der 1725 gegründete Oberste Geheime Rat Einfluss, der allerdings als „zentrales operatives Machtorgan mit höchster legislativer, exekutiver und judikativer Autorität“¹¹¹ nach 1730 wieder aufgelöst wurde, wodurch der aus Westfalen stammende Graf Ostermann die alleinige Zuständigkeit für die Außenpolitik an sich ziehen konnte. Nach der Amtsübernahme durch Elisabeth I. 1741 wurden die außenpolitischen Agenden in die Hände einer Konferenz gelegt und das davor existierende Ministerkabinett aufgelöst. Allerdings konnte sich diese Konferenz gegen den Kanzler Bestužev nicht wirklich durchsetzen, sodass dieser Ostermann als bestimmenden Faktor der russischen Außenpolitik ablösen konnte. Der Konferenz gelang es nur zwischen dem

¹⁰⁹ Duchhardt, Balance of Power 149f.

¹¹⁰ Zernack, Handbuch 302-307.

¹¹¹ Zernack, Handbuch 463.

Sturz Bestuževs (1758) und dem „Staatsstreich“ Katharinas II. (1762), die volle Entscheidungsgewalt über die Außenpolitik wahrzunehmen. Danach zog Katharina II. die Leitung der Außenpolitik an sich und schuf als Beratungsgremium einen mit Personen ihres persönlichen Vertrauens besetzten „Rat beim Allerhöchsten Hof“. ¹¹²

Der diplomatische Dienst Russlands musste Anfang des 18. Jahrhunderts seine Vertretungen im Ausland, bis auf wenige Ausnahmen wie etwa Polen, wo man seit 1688 präsent war, erst aufbauen und so wurden 1700/01 Botschafter nach Konstantinopel, Warschau, Haag, Stockholm, Kopenhagen und Wien entsandt. Da die russischen personellen Reserven an qualifiziertem diplomatischem Personal, das man nun benötigte, um rasch eine enge Verflechtung mit der europäischen Staatenwelt herstellen, die eigene Politik abstützen und Partner gewinnen zu können, eher dünn waren, musste in der Anfangsphase verstärkt auf Ausländer zurückgegriffen werden. Es bildeten sich jedoch relativ rasch ganze Diplomatenfamilien (etwa Golovkin, Golicyn und Bestužev) und eine Russifizierung des diplomatischen Corps setzte ein. Darüber hinaus wurden Versuche unternommen, die Ausbildung zu verbessern, wodurch die nächste Generation russischer Diplomaten den westlichen Standards kaum noch nachstand. Neben den Botschaften an den europäischen Höfen wurde eine Vielzahl von handelskonsularischen Vertretungen von Cadix bis China eröffnet, um Russlands Stellung im interkontinentalen Handel auszubauen. ¹¹³

Die russische Außenpolitik war nach dem Frieden von Nystad vor allem darauf ausgerichtet, die im Nordischen Krieg erworbenen Ostseepositionen zu halten, wobei vor allem Schweden und Polen an einer Revidierung des Friedensvertrages Interesse haben mussten; diese „Vorfeldsicherung“ beruhte vor allem auf dem Versuch der Außensteuerung Polens und Schwedens. Mit diesem Vordringen in die Machtbereiche der europäischen Großmächte wurde Russland zum Gegner Großbritanniens, das seine Handelsinteressen in der Ostsee gefährdet sah, konnte mit diesem allerdings 1734 einen Handelsvertrag abschließen. Durch diese Nähe zu Großbritannien und seine Konkurrenz zu Schweden und dem Osmanischen Reich, zwei traditionellen französischen Verbündeten, wurde Russland zum Gegner Frankreichs, das dagegen eine *Barrière de l'Est* zu errichten suchte. Annäherungsversuche an Preußen und Österreich lagen nahe, allein schon um Partner bei der Außensteuerung Polens zu finden. „Das neue Ostermannsche

¹¹² Duchhardt, Balance of Power 141-143.

¹¹³ Duchhardt, Balance of Power 143-146.

Bündnissystem stützte sich auf die Entente mit denjenigen Mächten, die Rußlands Interesse an der Kontrolle der nordischen, der ostmitteleuropäischen und der orientalischen Politik, sowie seine Rivalität zu Frankreich teilten. Der Prozeß der Integration des Petrinischen Imperiums in das europäische Staatensystem, den Peter I. nach Nystad eingeleitet hatte, führte Rußland somit mit einer gewissen Zwangsläufigkeit an die Seite Österreichs, Englands und zunächst auch Preußens. Zugleich aber begründete diese mächtropolitische Festlegung Rußlands den bald vorherrschenden Konflikt um die Barrière de l'Est.¹¹⁴ „Im Siebenjährigen Krieg und in den damals zum Tragen kommenden russischen Annexionsabsichten zur weiteren Sicherung des baltischen Vorfelds geriet diese Politik in ihre erste Zerreißprobe, wobei es freilich insgesamt zu konstatieren gilt, daß die Akzeptanz Rußlands als einer Pentarchiemacht nicht so sehr aufgrund territorialer Zugewinne erfolgte, an denen die nachpetrinische Zeit arm war, sondern weil es Rußland gelungen war, Krisen in Ostmitteleuropa zu lokalisieren und zu isolieren und ohne Konflikt den britischen Einfluß im Ostseebereich zurückzudrängen. Die äußerliche Anerkennung Rußlands als einer Pentarchiemacht war nichtsdestoweniger ein zäher Prozeß, wenn man etwa bedenkt, daß das östliche Kaiserreich noch 1748 nicht zum Aachener Kongreß zugelassen wurde, weil es vermeintlich nicht zu den ‚zivilisierten‘ Staaten gehöre. [...] Aber schon in den 1740er Jahren war die russische Außenpolitik tendenziell wieder in eine aggressiv-expansionistische Richtung geraten, [...] der neue Expansionswille des Zarenreichs seit den 1740er Jahren kann vor allem natürlich an Rußlands Politik der ‚Demembrierung‘ Preußens im Siebenjährigen Krieg abgelesen werden.“¹¹⁵ Nach dem Siebenjährigem Krieg, dem Bruch der Allianz mit Frankreich und Großbritanniens Rückzug vom Kontinent entschloss sich Russland, da sich Polen durch eine stärkere Dynamik mehr und mehr der Außensteuerung zu entziehen drohte, mit Preußen und Österreich zur Ersten Teilung Polens 1772 (siehe Abb. 5).

¹¹⁴ Zernack, Handbuch 421.

¹¹⁵ Duchhardt, Balance of Power 152f.

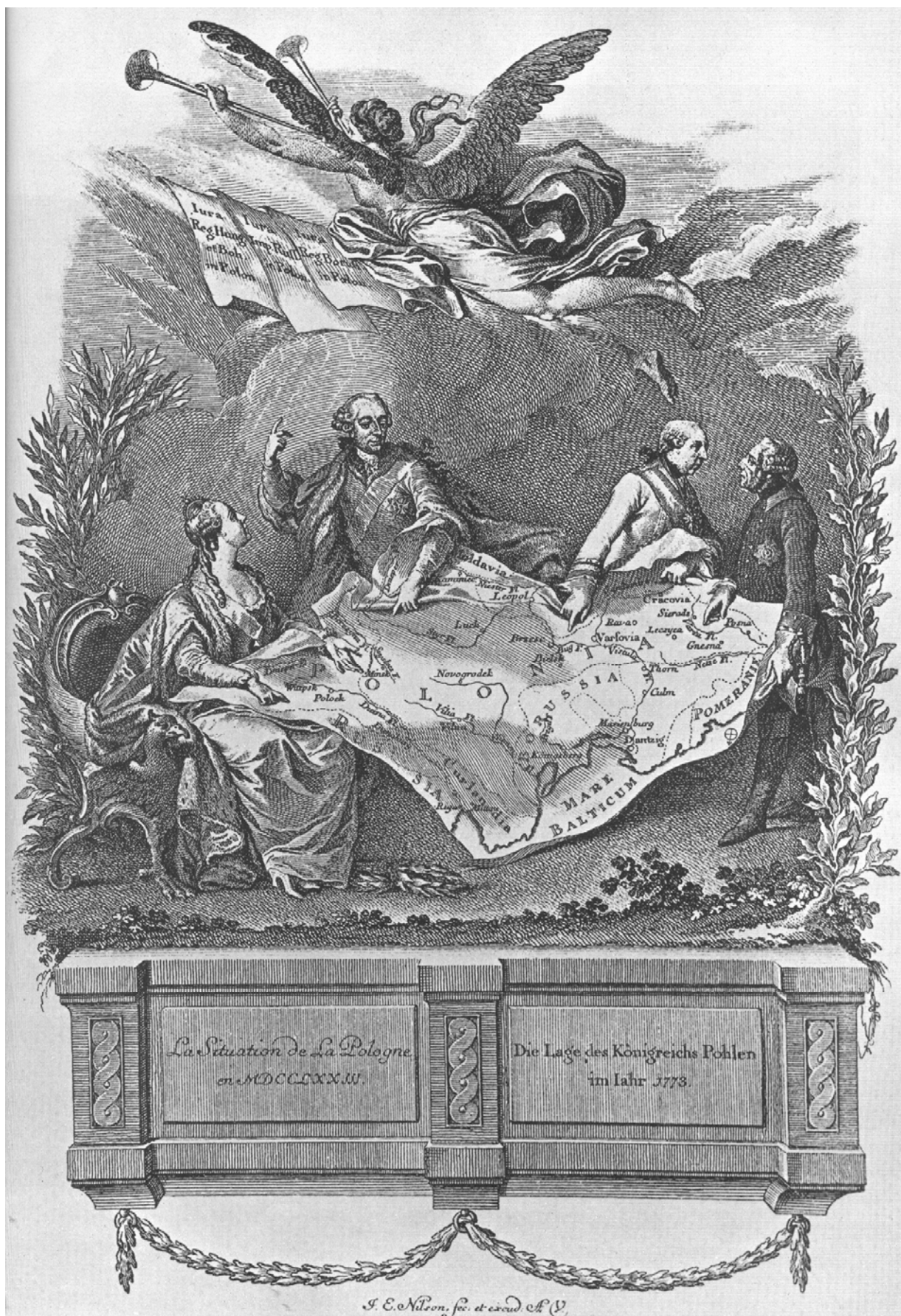


Abb. 4: Der Königsuchen Allegorisches Blatt auf die erste Teilung Polens 1772 (Kupferstich von Noël Lemire)

e) Preußen

„Wenn man für das 18. Jahrhundert von einem wirklichen ‚Aufsteiger‘ sprechen kann, dann sicher in bezug auf Preußen. Staatengeschichtlich gesehen, war das die eigentliche ‚Überraschung‘ des 18. Jahrhunderts, daß ein absolut randständiges und auch – bis dahin – eher kulturfernes deutsches Territorium zu einem gesuchten und als gleichrangig anerkannten Partner der europäischen Leitstaaten wurde.“¹¹⁶ Die Bevölkerung des brandenburgischen Territoriums zählte zu Beginn des 18. Jahrhunderts rund 2,2 Millionen und wuchs durch die Eroberung Schlesiens (über 1,1 Millionen Menschen), den Erwerb Ostfrieslands (1744) und die im Zuge der Ersten Teilung Polens (1772) annektierten Gebiete Westpreußens auf rund 5,5 Millionen.¹¹⁷

Einer der herausragendsten Aspekte des preußischen Staates im 18. Jahrhundert ist zweifelsohne das Militär. Der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. verdoppelte während seiner Regierungszeit (1713-1740) das preußische Heer von 40.000 auf 80.000 Mann (bei einer Einwohnerzahl von 2,2 Millionen), ein überproportional hoher Personalstand, bedenkt man etwa, dass Frankreich bei einer zehnmal so großen Bevölkerung nur ein doppelt so großes Heer besaß. Unter Friedrich II. (1740-1786) wuchs das Heer bis zu seinem Tod auf 194.000 Mann an, was bei einer Bevölkerung von 5,7 Millionen Menschen einer Relation von 1 : 29 entsprach;¹¹⁸ in Frankreich betrug diese Relation zur gleichen Zeit 1 : 145, in Spanien 1 : 160 und in Großbritannien gar nur 1 : 310.¹¹⁹ Aufgrund dieser Zahlen und anderer Faktoren sprachen schon die Zeitgenossen von einem Militärstaat, worin ihnen die Forschung verständlicherweise weitgehend gefolgt ist. „Die Leidenschaft, mit der der ‚Soldatenkönig‘, zunächst einmal ohne ein klar identifizierbares und definiertes Ziel, aufrüstete, die Rahmenbedingungen einer effizienten Militär- (und auch Staats-)verwaltung schuf (Generaldirektorium), wie der Adel in das Heer gezwungen wurde und allein dessen Offizierscorps bildete, wie allmählich im Gefolge des Kantonssystems das halbe Land das blaue Tuch trug, ist beeindruckend, und angesichts der Allgegenwart des ‚Roi-Sergent‘, wie die Franzosen Friedrich Wilhelm

¹¹⁶ *Duchhardt*, Balance of Power 154.

¹¹⁷ *Duchhardt*, Balance of Power 155.

¹¹⁸ Bernhard R. *Kroener*, Die materiellen Grundlagen österreichischer und preußischer Kriegsanstrengungen 1756-1763. In: Bernhard R. *Kroener*, Europa im Zeitalter Friedrich des Großen. Wirtschaft, Gesellschaft, Kriege (Beiträge zur Militärgeschichte 26, München 1989) 47-78, hier 49.

¹¹⁹ Jürgen *Ziechmann* (Hg.), Panorama der Fridericianischen Zeit. Friedrich der Große und seine Epoche – Ein Handbuch. (Forschungen und Studien zur Fridericianischen Zeit 1, Bremen 1985) 393.

I. zu benennen beliebten, in militärischen Angelegenheiten und seines persönlichen Lebensstil wegen könnte das spätere Diktum, in Preußen halte sich nicht ein Staat eine Armee, sondern vielmehr eine Armee einen Staat, durchaus schon für die Zeit vor 1740 angewandt werden.“¹²⁰ In das Heer wurden im Lauf der Zeit auch immer mehr ausländische Söldner aufgenommen, einerseits da mit dem Kantonssystem bei der stetig wachsenden Größe des Heeres nicht mehr das Auslangen gefunden werden konnte, andererseits um der heimischen Wirtschaft nicht zu viele Arbeitskräfte zu entziehen, sodass sich der Anteil der Ausländer im preußischen Heer zwischenzeitlich auf knapp zwei Drittel erhöhte, bis 1776 aber wieder auf rund die Hälfte sank; der hohe Standard der preußischen Armee konnte trotz dieser Integration gehalten werden. Bei Aufbau einer eigenständigen Rüstungsindustrie tat sich Preußen schwer, da einerseits die notwendigen Rohstoffe (Eisen, Kupfer, Zinn, Blei, Salpeter, Schwefel) nicht im Inland vorhanden waren, man andererseits nur über einige kleinere Manufakturen¹²¹ verfügte; so war die Versorgung des Heeres in hohem Maße vom Import abhängig, einzig in der Bekleidung des Heeres war Preußen autark und konnte sogar (nach Russland) exportieren. Nach 1750 konnte, auch dank einer gewissen kriegswirtschaftlichen Infrastruktur in Schlesien, systematisch Rüstungspolitik betrieben werden, auch wenn sich, trotz Errichtung einiger Eisenhütten und Geschützgießereien, die Abhängigkeit vom Import von Rohstoffen nicht vermeiden ließ.¹²²

Preußen verfügte im 18. Jahrhundert über keine eigene Flotte, lediglich einige bewaffnete Fregatten, Galioten, Galeeren und Barkassen, welche der Verteidigung dienten, befanden sich in preußischem Besitz; keiner der Anrainerstaaten kam wohl auf die Idee, dass so ein bescheidenes Aufgebot offensiven Zwecken diene könnte. Maritime Konkurrenz zu Russland in der Ostsee zu etablieren wäre, eingedenk der damit einhergehenden politischen Verstimmung dieser östlichen Großmacht, wohl unklug gewesen;¹²³ begründet hat Friedrich II. seine Ablehnung maritimer Rüstungen damit, es „würde jetzt ein großer politischer Fehler sein, wenn man daran denken wollte, unsere Kräfte zu zersplittern. Die Österreicher sind unsere wahren Feinde, sie

¹²⁰ *Duchhardt*, Balance of Power 155-158.

¹²¹ Den mehrfachen Nutzen der Förderung von Manufakturen führte Friedrich II. in seinem politischen Testament von 1752 aus: *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. In: Otto *Bardong* (Hg.), *Friedrich der Große* (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit 22, Darmstadt 1982) 174-262, hier 177.

¹²² *Duchhardt*, Balance of Power 158-160.

¹²³ *Duchhardt*, Balance of Power 161.

haben nur Landtruppen, und an sie müssen wir bei allen unseren militärischen Maßnahmen denken.“¹²⁴

Dieses starke militärische Engagement Preußens musste sich natürlich auch in entsprechendem Ausmaß finanziell zu Buche schlagen; zwei Drittel der Staatsausgaben mussten für das Heer aufgewendet werden, in Krisenzeiten bis zu vier Fünftel. Die Einkünfte des preußischen Staates setzten sich aus direkten und indirekten Steuern sowie aus den Einkünften der Krondomänen zusammen, welche unter Friedrich Wilhelm I. („Die Seele ist für Gott, alles andere muss mein sein!“¹²⁵) kräftig erhöht werden konnten. Es gelang, eine erfolgreiche Fiskalpolitik zu betreiben, die den Staatsschatz bis zum Tod Friedrichs II. auf über 50 Millionen Reichstaler – für einen Jahresfeldzug, eine „Kampagne“, rechnete er mit einem Aufwand von rund 11 Millionen Reichstaler – anwachsen ließ; die Annexion Schlesiens und der dadurch erreichte Anschluss an den internationalen Handel durch hochwertige Produkte waren der Finanzgebarung deutlich zugutegekommen.¹²⁶

Strukturen der preußischen Außenpolitik

Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts gehörte Außenpolitik zu einem der vielen Politikfelder, die vom relativ großen und dem Einfluss der Stände ausgesetzten Geheimen Rat bearbeitet wurden, ab 1698 wurde der „Engere Rat“ zuständig, 1702 ein auswärtiges Ressort ausgegliedert, das 1733 in „Kabinettsministerium“ umbenannt wurde; die Leitung dieses Ressorts war traditionellerweise kollegial geregelt, wenn auch immer wieder von einer Person geprägt.¹²⁷ Da Außenpolitik unter Friedrich Wilhelm I. keine hohe Priorität genoss, hinkte die Organisation derselben im europäischen Vergleich hinterher; erst Ende 1728 erging mit der „Instruktion vor den Generalleutnant von Borcke und den Wirklich Geheimen Etats-Ministre von Knyphausen, auf was die Art die Affaires étrangères und Reichssachen sollen geführt und traktiert werden“ die „Geburtsurkunde des Departements der

¹²⁴ Friedrich II., Das Politisches Testament von 1752 254f.

¹²⁵ Hermann Kinder, Werner Hilgmann, dtv-Atlas Weltgeschichte. Band 1. Von den Anfängen bis zur Französischen Revolution (München 2004) 281.

¹²⁶ Duchhardt, Balance of Power 158f.

¹²⁷ Ulrike Müller-Weil, Absolutismus und Außenpolitik in Preußen. Ein Beitrag zur Strukturgeschichte des preußischen Absolutismus (Frankfurter historische Abhandlungen 34, Stuttgart 1992) 162-164.

auswärtigen Angelegenheiten“¹²⁸. Das Personal, insbesondere die so genannten „Vortragenden Räte“, wurde in der Folge erhöht, die Aufgabenbereiche präziser getrennt und ab 1740 die Korrespondenz mit den eigenen Diplomaten im Ausland in französischer Sprache verfasst. Der preußische diplomatische Dienst war rein zahlenmäßig mit dem anderer Großmächte nicht zu vergleichen, der Aufbau einer Diplomatenschule („Pépinère“) scheiterte und die preußischen Diplomaten „standen generell nicht in dem Ruf, über ein Optimum an Geschicklichkeit und Durchsetzungsvermögen zu verfügen, wie sie ganz objektiv ja auch manche für Preußen nachteilige Entwicklungen nicht richtig erkannt und eingeschätzt haben.“¹²⁹ Außenpolitik war unter Friedrich II. aber vor allem Sache des Königs, der auch ganz ausdrücklich sein eigener Außenminister sein wollte, der sich über die Empfehlungen seiner Minister oft hinwegsetzte, eigene Korrespondenzen mit den preußischen Diplomaten im Ausland führte und gelegentlich sogar Instruktionen ohne das Kabinettsministerium verfasste; einzig die so genannten Reichssachen wurden von diesem relativ selbständig erledigt, da der König daran kaum Interesse hatte.



Abb. 5: Indirekte staatliche Propaganda: Daniel Chodowiecki „Bildnis eines alten lesenden Bauern“ (1757) mit einem die Gegner Preußens verunglimpfenden Pamphlet.

¹²⁸ Meta Kohnke, Das preußische Kabinettsministerium. Ein Beitrag zur Geschichte des Staatsapparates im Spätfeudalismus. In: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus 2 (Berlin 1978) 313-356, hier 321.

¹²⁹ Duchhardt, Balance of Power 163.

Eine weitere wichtige Aufgabe, die das Kabinettsministerium zu erfüllen hatte, war die Produktion von zu publizierenden „Staatschriften“, welche die Öffentlichkeit im prepreußischen Sinne beeinflussen sollten (und dies auch ausgesprochen erfolgreich taten, siehe auch Abb. 5).¹³⁰ Preußen wusste „eine massive Propaganda in Gang zu setzen [...], in der neben völker- und staatsrechtlichen Motiven (Legitimität des Präventivschlags von 1756 ?) auch konfessionelle Momente [...] von nicht unerheblicher Bedeutung waren.“¹³¹

Die begrenzte Abrundung des preußischen Staatsgebietes und die geopolitische Lage der einzelnen Territorien (siehe Abb. 6) hatten gewichtigen Einfluss auf die preußische Außenpolitik. Die Erwerbung Stettins und damit der Odermündung am Ende des Nordischen Kriegs (1720) stellte einen Teilerfolg Friedrich Wilhelms I. dar, die Erwerbung des niederrheinischen Jülich und Berg wurde ihm allerdings, trotz anders lautender Garantien, verwehrt; sein Nachfolger richtete sein Augenmerk auf die viel reizvollere Erwerbung Schlesiens. „Am 16. Dezember 1740 überschritten die preußischen Truppen die österreichischen Grenzen, der protestantische Bevölkerungsanteil Schlesiens begrüßte sie freundlich.“¹³²

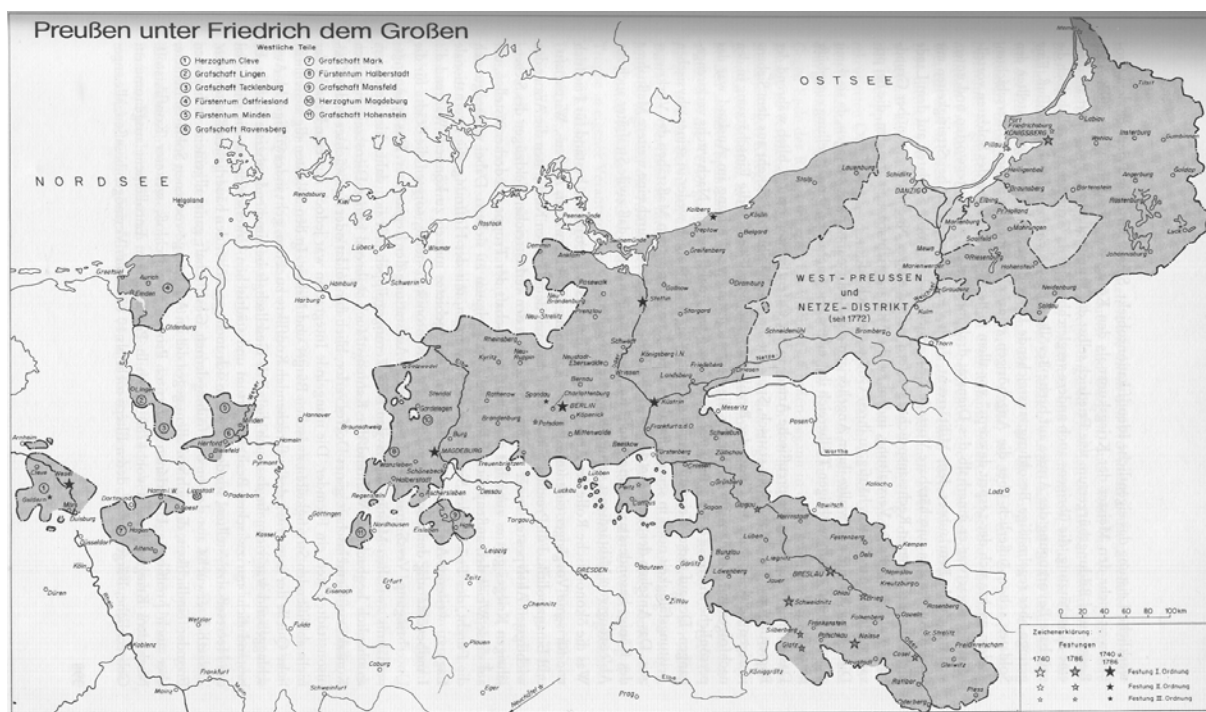


Abb. 6: Arrondierung als Staatszweck: Preußen im 18. Jahrhundert

¹³⁰ Duchhardt, Balance of Power 161f.

¹³¹ Heinz Duchhardt, Altes Reich und europäische Staatenwelt. 1648-1806 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 4, München 1990) 37.

¹³² Erich Zöllner, Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Wien/München 1990) 305.

„Das schlesische Abenteuer, für das die vagen Ansprüche auf einzelne schlesische Fürstentümer keinesfalls als völkerrechtliche Legitimation ausreichten, machte die bisher in ihrer Potenz kaum erkannte Militärmacht Preußen zu einem gesuchten Partner der Großmächte, stellte andererseits den Preußenkönig in gewisser Hinsicht im Reich in eine Art moralisches Abseits, weil er Reichsrecht und gute Sitten allzu offensichtlich verletzt hatte“¹³³. Danach erwartete man gleichsam weitere Arrondierungen Preußens, etwa in Richtung Sachsen oder Mecklenburg.

Die Erwerbung Ostfrieslands (1744) erfolgte allerdings nicht militärisch, sondern aufgrund einer 1694 vom Kaiser erteilten Anwartschaft für den Fall des Aussterbens des Hauses Cirksena; die Anrainerstaaten, etwa Dänemark, dürften trotzdem ob eines so hochgerüsteten Nachbarn alles andere als glücklich gewesen sein. „Die Außenseiterstellung des Preußenkönigs, in der er sich seines rüden bzw. taktlosen Verhaltens und seiner notorischen bündnispolitischen Unzuverlässigkeit wegen bis in den Siebenjährigen Krieg hinein ganz zweifellos befand, ebte unter dem Eindruck seines politischen Überlebens und seines ungemein wichtigen Bündnisses mit Rußland nach 1763 dann zwar rasch ab. Europa blieb aber in weiten Teilen der Vorstellung verhaftet, daß Preußen nur eine Großmacht auf Abruf sein könne, die den Abgang Friedrichs II. nicht überdauern würde.“¹³⁴

Die Lage an der Westflanke Polens stellte einen weiteren zentralen strukturellen Faktor in der Außenpolitik Preußens dar. Die Außensteuerung Polens, in die Preußen im Lauf der Jahre immer stärker hineingezogen wurde, wurde, um keine gemeinsame Grenze mit, sondern ein partnerschaftliches Verhältnis zu Russland zu haben, als essentiell eingestuft; nach der Unterbrechung durch den Siebenjährigen Krieg kehrten Preußen und Russland rasch wieder zur beiderseitigen „negativen Polenpolitik“¹³⁵ zurück. „Rußland – man kann diese Linie vom Politischen Testament Friedrich Wilhelm I. von 1722 durch das ganze 18. Jahrhundert durchziehen – war, so oder so, der rote Faden und das bewegende Element der preußischen Außenpolitik: aus Gründen der eigenen Sicherheit war ein spezifisches Naheverhältnis unverzichtbar, für das Polen eine Art gemeinsamen Nenner bildete

¹³³ *Duchhardt*, Balance of Power 163f.

¹³⁴ *Duchhardt*, Balance of Power 164.

¹³⁵ Klaus *Zernack*, Negative Polenpolitik als Grundlage deutsch-russischer Diplomatie in der Mächtepolitik des 18. Jahrhunderts. In: Uwe *Liszkowski* (Hg.), Rußland und Deutschland (Stuttgart 1974) 144-159.

und das, aus preußischer Sicht, von konkurrierenden Drittstaaten möglichst freizuhalten war.“¹³⁶

„Russland war die Großmacht, zu der Preußen ein dauerhaftes Naheverhältnis suchte, Großbritannien blieb lange eine Macht, mit der man sich in Berlin – allen norddeutschen Rivalitäten zum Trotz – nicht zuletzt aus konfessionellen Gründen¹³⁷ verbunden fühlte, Österreich wurde zu der Macht, die nach dem ‚Schockerlebnis‘ des Verlustes Schlesiens zum eigentlichen Widerpart Preußens wurde und die seitdem (fast) alles in Bewegung setzte, um dem norddeutschen Emporkömmling die Flügel zu stutzen und um die Entscheidungen von 1745 und 1748 in bezug auf Schlesien zu revidieren. Der preußisch-österreichische Dualismus wurde für das Reich zu *dem* Strukturelement schlechthin und auf internationaler Ebene zu einer Konstante, die man als geradezu unveränderlich ansah [...] selten hat man es jedenfalls in der europäischen Geschichte der Neuzeit erlebt, daß zwei Staaten, die lange in einem vertrauensvollen oder zumindest doch akzeptablen Verhältnis zueinander gestanden hatten, sich gewissermaßen mit einem Schlag und mit lang andauernder Folgewirkung einander entfremdeten.“¹³⁸

¹³⁶ *Duchhardt*, Balance of Power 165.

¹³⁷ Die Bedeutung der Konfession für das internationale System in der frühen Neuzeit betont auch Heinz *Schilling*, Formung und Gestalt des internationalen Systems in der werdenden Neuzeit – Phasen und bewegende Kräfte. In: Peter *Krüger* (Hg.), Kontinuität und Wandel in der Staatenordnung der Neuzeit (Marburger Studien zur neueren Geschichte 1, Marburg 1991) 19–46, hier 22f.

¹³⁸ *Duchhardt*, Balance of Power 165.

3. Konfliktfelder

Nach der eingehenden Beschäftigung mit den fünf europäischen Großmächten sollen nun die einzelnen Regionen in Europa beziehungsweise in Übersee, in denen mehrere von ihnen zumeist divergierende Interessen hatten, diskutiert werden. Für jede der fünf Zentralmächte – die „Pentarchie“ – dienten die Gemeinsamkeiten oder Unterschiede an den für sie wichtigen „neuralgischen Punkten“¹³⁹ Europas mit jeder der anderen Zentralmächte als bedeutende Entscheidungsgrundlagen für Bündnisse und Allianzen. Diese waren jedoch kaum homogene Bündnisse, da sie sich zumeist vor allem über einen oder mehrere gemeinsame Feinde definierten und die Partner verschiedene „gemeinsame“ Ziele mit unterschiedlicher Intensität und Zielstrebigkeit verfolgten, je nachdem, wie sehr sie sich mit eigenen Interessen deckten. Da sich Konfliktfelder im Lauf der Jahre verschoben und veränderten – das aber keineswegs überall taten, wie einige lang anhaltende Zankäpfel zeigen –, soll hier die Mitte des 18. Jahrhunderts als Referenzwert dienen, wobei natürlich bei einigen Regionen zeitliche Vor- oder Rückgriffe notwendig werden.

a) Hannover

Der König von England war in Personalunion auch Kurfürst von Hannover, weshalb Großbritannien zwar wieder einen Fuß auf dem europäischen Kontinent hatte, allerdings auch anfällig für Eroberungen und damit in seiner Außenpolitik beeinflussbar wurde; oft genug zum großen Missvergnügen der öffentlichen Meinung auf der Insel, welche von einem „Mühlstein Britanniens“¹⁴⁰ sprach. In der Tat gab es französische Pläne bei einem Kolonialkonflikt, die zu erwartenden Verluste in den Kolonien, durch eine Eroberung Kurhannovers zu kompensieren und bei einem Friedensschluss die eroberten Gebiete auszutauschen. „Aus französischer Sicht verzahnte Kurhannover englische kontinentaleuropäische mit kolonialpolitischen Interessen. Kurhannover war ein Kompensationsobjekt der französischen Kolonialmacht.“¹⁴¹ Andererseits musste, spätestens seit der Annexion Schlesiens durch Friedrich II., mit einem ähnlichen Einfall Preußens, welches direkt an Hannover

¹³⁹ *Strohmeyer*, Interaktion 177-182.

¹⁴⁰ *Duchhardt*, Balance of Power 108.

¹⁴¹ *Wellenreuther*, Die Bedeutung des Siebenjährigen Krieges 155.

angrenzte, im militärisch praktisch wehrlosen Kurfürstentum gerechnet werden.¹⁴² Ein preußischer Einmarsch erschien zeitweise sogar wahrscheinlicher als ein französischer: „In the opinion of British and Hanoverian statesman the greatest and most immediate threat to Hanover was, of course, Prussia“¹⁴³.

b) Nordamerika

In direktem Zusammenhang mit dem Konfliktfeld Hannover standen natürlich die kolonialen Auseinandersetzungen zwischen Großbritannien und Frankreich in Nordamerika. Die unterschiedlichen Ziele, welche die beiden Länder dort verfolgten, wurden bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts zu einem unüberwindlichen Gegensatz; verschärft durch handelspolitische Konflikte, bedingt durch die streng merkantilen Wirtschaftssysteme beider Länder, führte dies immer wieder zu militärischen Auseinandersetzungen. „Der kriegerische britisch-französische Kolonialkonflikt war das zwangsläufige Ergebnis von Interessenkonflikten und Expansionsprogrammen, die auf beiden Seiten bestanden. Friede unter den europäischen Großmächten sollte zugleich die Fähigkeit zur überseeischen Expansion enthalten, die jede Seite für sich reklamierte und eben dadurch den Frieden notwendigerweise aufs Spiel setzte. Der Einsatz kriegerischer Mittel, gegebenenfalls auch zur strategischen Absicherung schon vorhandener Kolonien, war integraler Bestandteil jeder Kolonialpolitik.“¹⁴⁴ Krieg bildete geradezu ein konstitutives Element im britisch-französischen Gegensatz: „Wars among some nations are frequently the result of accident; in others, they are occasioned by principles inherent in the nature and genius of different states. Thus the wars between us and the Frech [French] do not take their rise from transient causes, but are occasioned by that irreconcilable antipathy which mutual jealousy and clashing interests have fatally engendered between the two nations.“¹⁴⁵

Der Frieden von Aachen (1748) konnte diesen Gegensatz nicht entschärfen, sondern verstärkte ihn durch einige unglückliche Bestimmungen noch weiter. So löste etwa die Rückgabe der Insel Kap Breton mit der Seefestung Louisburg im Golf des St. Lorenz-Stromes, welche von den Briten 1745 erobert worden war, als

¹⁴² *Wellenreuther*, Die Bedeutung des Siebenjährigen Krieges 159-161.

¹⁴³ Herbert H. *Kaplan*, Russia and the Outbreak of the Seven Years' War (Berkley [u.a.] 1968) 17.

¹⁴⁴ *Niedhart*, Handel 59.

¹⁴⁵ Zitat *Niedhart*, Handel 42.

Gegenleistung für den Rückzug französischer Truppen aus Flandern in Großbritannien große Empörung aus: „Here is our darling *Cape Breton* given back with a single dash of the pen“¹⁴⁶. In den folgenden Jahren wuchs in London die Bereitschaft zu einer aggressiven Kolonial- und Handelspolitik.¹⁴⁷ Als englische Siedler bei ihrem weiteren Vorstoß gegen Westen im Ohiotal von einer Reihe von Forts, die französische Gebiete verbanden, behindert wurden, eskalierte die Situation 1755. Da die Franzosen den Briten empfindliche Niederlagen zufügen konnten, verlangte die britische Öffentlichkeit nach tatkräftigen Gegenmaßnahmen. Neben dem Ohiotal zählten Acadia–Nova Scotia und die Grenzen zwischen Kanada, New York und New England zu den großen Konfliktpunkten in Nordamerika.¹⁴⁸ Weil nach der formalen Kriegserklärung am 10. Jänner 1756 (durch die Ablehnung eines französischen Ultimatums) beide Mächte fieberhaft auf der Suche nach Verbündeten waren, wurde ganz Europa in den Strudel kolonialer Ereignisse mit hineingezogen.¹⁴⁹

c) *Schlesien*

Seit der Annexion durch Friedrich II. bildete Schlesien *den* Konfliktpunkt zwischen Preußen und Österreich. Preußen versuchte das neu gewonnene Territorium nach Möglichkeit zu halten und zu verteidigen, während Österreich (fast) alles unternahm, um Schlesien wieder zu erlangen; der Versuch der Wiedergewinnung Schlesiens prägte die Außenpolitik Österreichs in der Zeit Maria Theresias wie kaum ein anderes Thema. Die Friedensverhandlungen in Dresden (1745) und Aachen (1748) sowie die Einstellung der Kämpfe konnten diese Situation keineswegs entschärfen. Kaunitz meinte in seiner Denkschrift vom 24. März 1749, dass mit Schlesien „nicht etwa ein auswärtiges Glied, sondern ein haupt-Theil des Körpers abgerißen“ worden sei und der König von Preußen nun in der Lage sei „in das Hertz der Erb-Länder einzubrechen, und der gantzen *Monarchie* den Letzten tödtlichen Streich bezubringen.“¹⁵⁰ „Hinzu kam die außerordentliche Bedeutung Schlesiens als Machtfaktor im Rahmen des Staatensystems. Der Zugriff des Königs veränderte nicht nur das Verhältnis der beiden unmittelbar Betroffenen, sondern das

¹⁴⁶ Sylvanus *Urban* (pseud.), *The Gentleman's Magazine, and Historical Chronicle* (London 1736-1833) Vol. 17 (1747) 477.

¹⁴⁷ *Niedhart*, *Handel* 84.

¹⁴⁸ Patrice Louise-René *Higonnet*, *The Origin of the Seven Years' War*. In: *The Journal of Modern History* 40 (1968) 57-90, hier 58.

¹⁴⁹ *Strohmeier*, *Interaktion* 179.

¹⁵⁰ *Kaunitz*, *Denkschrift* 205.

Gesamtgefüge des ostmitteleuropäischen Mächtegleichgewichts von Grund auf.“¹⁵¹ In diesem Konfliktfeld hatten die anderen drei europäischen Großmächte – Großbritannien, Preußen und Russland – keine direkten politischen Ziele, wurden aber aufgrund ihrer Bündnispflichten unweigerlich in diesen Konflikt mit hineingezogen.

d) Polen

Das Konfliktfeld, in dem wohl die meisten europäischen Großmächte – Russland, Preußen, Österreich und Frankreich – direkte machtpolitische Interessen zu vertreten hatten, war Polen. Der Einfluss ausländischer Mächte wurde durch die politische und militärische Schwäche Polens, das sich im 18. Jahrhundert in einer „Souveränitätskrise“¹⁵² befand, deutlich begünstigt. „Der polnische Staat war ein loses Gefüge aus einer Vielzahl heterogener Obrigkeiten und privater Herrschaften, dessen höchste Instanzen – doch ohne jede hierarchische Ordnung – die Hoheit der Krone und die ‚Interessensgemeinschaft‘ der Republik waren.“¹⁵³ Polen konnte mit einer Armee von de facto 12.000 Mann¹⁵⁴ nicht verhindern, „zum Spielball fremder Machtpolitik“¹⁵⁵ abzusinken; „die Republik war das schwächste Glied im Nordosten, der in Unzeitgemäßheit zurückfallende ‚altfeudale‘ Rest.“¹⁵⁶ Die wirtschaftlichen Auswirkungen des verlorenen Nordischen Krieges taten ein Übriges.¹⁵⁷ All das ermöglichte es den europäischen Mächten, Einfluss auf die rivalisierenden Parteien innerhalb der polnischen Adelsrepublik zu nehmen, ihre Fraktionskämpfe für eigene Zwecke zu nutzen und so eine Konsolidierung Polens zu verhindern; einzig die Intensität dieser „negativen Polenpolitik“ variierte je nach außenpolitischer

¹⁵¹ Johannes *Kunisch*, Der Aufstieg neuer Großmächte im 18. Jahrhundert und die Aufteilung der Machtsphären in Ostmitteleuropa. In: Peter *Krüger* (Hg.), Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit (Schriften des historischen Kollegs, Kolloquien 35, München 1996) 89-105, hier 95.

¹⁵² Michael G. *Müller*, Polen zwischen Preußen und Rußland. Souveränitätskrise und Reformpolitik 1736-1752 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 40; Publikationen zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen 3; Berlin 1983) 6. Vergleiche auch Rudolf *Jaworski*, Christian *Lübke*, Michael G. *Müller*, Eine kleine Geschichte Polens (Frankfurt am Main 2000) 178.

¹⁵³ Jörg K. *Hoensch*, Königtum und Adelsnation in Polen. In: Johannes *Kunisch* (Hg.), Der dynastische Fürstenstaat. Zur Bedeutung von Sukzessionsordnungen für die Entstehung des frühmodernen Staates (Historische Forschungen 21, Berlin 1982) 315-343, hier 327.

¹⁵⁴ Michael G. *Müller*, Staat und Heer in der Adelsrepublik Polen im 18. Jahrhundert. In: Johannes *Kunisch* (Hg.), Staatsverfassung und Heeresverfassung in der europäischen Geschichte der frühen Neuzeit (Historische Forschungen 28; Berlin 1986) 279-295, hier 280. Vergleiche auch *Müller*, Polen 15. *Mediger*, Moskau 83 spricht von nominell 24.000 Mann, in Wirklichkeit 10.000-12.000 Mann.

¹⁵⁵ *Strohmeier*, Interaktion 179.

¹⁵⁶ *Zernack*, Polenpolitik 148.

¹⁵⁷ *Müller*, Polen 24.

Interessenslage von Russland, Preußen, Österreich und Frankreich. „Die Übereinkunft der Mächte diene zur Aufrechterhaltung der [...] Handlungsunfähigkeit Polens.“¹⁵⁸

Russland hatte wohl das größte Interesse an einer Außensteuerung Polens, diene sie doch seiner „Vorfeldsicherung“; ein starker polnischer Staat hätte darüber hinaus Russlands Hegemonialstellung in Nordosteuropa in Frage gestellt. Der Versuch, Schweden und Polen durch innenpolitische Interventionen an einer Wiedererlangung ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit zu hindern, stellte ein zentrales Anliegen russischer Außenpolitik dar, sowohl unter Ostermann als auch unter Bestužev.¹⁵⁹ Dem standen jedoch französische Bemühungen entgegen, durch eine *Barrière de l'Est* ein weiteres Vordringen Russlands nach Europa zu verhindern. Die politischen und wirtschaftlichen Gründe dafür waren die „expansiven Tendenzen Rußlands im Interessenbereich des Osmanischen Reiches, ‚des ältesten und wertvollsten Bundesgenossen, den Frankreich besaß‘, und die damit einhergehende Möglichkeit der Gefährdung des für Frankreich so bedeutsamen Levantehandels.“¹⁶⁰ Aus französischer Sicht fiel „Schweden und vor allem Polen die Aufgabe zu, in eventueller Zusammenarbeit mit der Pforte ‚den Moskowitzers alle Tore zu versperren, damit sie nichts mehr gegen die Außenwelt unternehmen‘ konnten.“¹⁶¹ Russland gelang es während der Kanzlerschaft Ostermanns, sich dieser französischen Barrière zu widersetzen und den Einfluss auf Polen und Schweden aufrechtzuerhalten; es wurden zu diesem Behufe bis 1740 diplomatische Annäherungen an Großbritannien und Preußen gesucht und mit Österreich, Sachsen und Dänemark Bündnisse geschlossen.¹⁶²

Durch den Aufstieg Preußens zu einer europäischen Großmacht kam jedoch das bisherige System ins Wanken, da es einerseits Frankreich gelang, durch den österreichisch-preußischen Gegensatz verstärkt Einfluss auf Osteuropa zu nehmen, andererseits erwuchs Russland in Friedrich II. ein gefährlicher Gegenspieler.¹⁶³ „Dieses Land [Preußen] ist aufgrund seiner geographischen und politischen Lage dazu prädestiniert, den Eckstein eines gegen Rußland gerichteten türkisch-

¹⁵⁸ Zernack, Polenpolitik 149.

¹⁵⁹ Zernack, Handbuch 402.

¹⁶⁰ Reiner Pommerin, Bündnispolitik und Mächtesystem. Österreich und der Aufstieg Rußlands im 18. Jahrhundert. In: Johannes Kunisch (Hg.), Expansion und Gleichgewicht. Studien zur europäischen Mächtepolitik des Ancien régime (Berlin 1986) 113-164, hier 118.

¹⁶¹ Pommerin, Bündnispolitik 118.

¹⁶² Strohmeyer, Interaktion 180.

¹⁶³ Zernack, Rußland 431, 434-436.

schwedisches-polnisch-preußisches Bündnissystem zu bilden und damit gleichzeitig jedes weitere russische Vordringen nach Europa zu verhindern. Je massiver Friedrich II. die Zentralmachtansprüche seines Landes bekundet, desto bedrohlicher wird deshalb die Situation von Bestužev empfunden und desto unumstößlicher wächst in ihm die Gewißheit, hier Gegenmaßnahmen einleiten zu müssen.“¹⁶⁴ Durch eine stärkere Hinwendung zu Sachsen, Österreich, England und Holland versuchte Russland gegenzusteuern, wobei Bestužev durch eine Allianz mit Sachsen, das unter August III. (1733-1763) mit Polen in Personalunion verbunden war, Frankreich wirksam gegenhalten konnte und die französische Außenpolitik so in eine schwierige Lage brachte. „Wenn es in der Konstellation der *Barrière* die Stärke Polens war, die Frankreichs Interessen diente, so bildete im Zeichen der sächsisch-russischen Allianz die Schwäche Polens die Bedingung dafür, daß Rußlands Bündnissystem nicht einen weiteren Machtzuwachs gegenüber Frankreich und seinen Verbündeten erzielte.“¹⁶⁵ Da alle französischen Versuche, Sachsen auf seine Seite zu bringen, scheiterten, wurde die Besteigung des polnischen Königsthrons durch den Prinzen Louis Francois de Conti das langfristige Ziel der polnischen Politik Ludwigs XV.

e) Südosteuropa

Ein weiteres Konfliktfeld stellte Südosteuropa dar, wo österreichische und russische Interessen auf das militärisch zunehmend schwache und innenpolitisch gespaltene Osmanische Reich trafen; dieses befand sich, nach einer Reihe verlorener Kriege und missglückter Reformen, im 18. Jahrhundert auf einem „Niedergang ohne Ausweg“¹⁶⁶ und bot daher anderen Mächten die Möglichkeit, in das entstehende Machtvakuum vorzustoßen. Eine große Konfrontation zwischen Russland und Österreich blieb aber (noch) aus, da sich Russland in Richtung des Schwarzen Meers orientierte und Österreich sein Augenmerk auf den Balkan richtete.¹⁶⁷

¹⁶⁴ *Strohmeyer*, Interaktion 181.

¹⁶⁵ *Müller*, Polen 99.

¹⁶⁶ *Walter Markov*, Ernst *Werner*, Geschichte der Türken von den Anfängen bis zur Gegenwart (Berlin 1978) 163-182.

¹⁶⁷ *Strohmeyer*, Interaktion 181.

f) *Baltikum*

Als letzter „neuralgischer Punkt“ soll hier noch das Baltikum Erwähnung finden, wobei hier nicht machtpolitische, sondern vorrangig wirtschaftliche Interessen aufeinandertrafen. Großbritannien hatte ein vitales Interesse am Import von, für die Schifffahrt lebenswichtigen, Produkten wie Hanf und Flachs, aber auch an Eisen. Nach der Eroberung der baltischen Provinzen durch Peter I. versuchte Großbritannien, eine merkantile Dominanz Russlands im Ostseeraum zu verhindern, näherte sich – wie schon geschildert wurde – erst in den 1740er Jahren Russland an, um dann im gesamten 18. Jahrhundert ein besonderes Naheverhältnis zu entwickeln; die Handelsbeziehungen wurden auch während des Siebenjährigen Krieges, als die beiden Mächte unterschiedlichen Allianzen angehörten, nicht unterbrochen.¹⁶⁸ Somit stellte das Baltikum eine deutlich weniger konfliktgeladene Region dar, in der zwar zwei europäische Großmächte agierten, aber gemeinsame wirtschaftliche Interessen im Vordergrund standen.

¹⁶⁸ Duchhardt, Balance of Power 112-114.

II. Kaunitz

Nachdem das europäische Gleichgewichtssystem im 18. Jahrhundert etwas nachgezeichnet werden konnte, wird nun das Augenmerk auf die Person des österreichischen Staatskanzlers Wenzel Anton von Kaunitz gelegt, um einen der wichtigsten Akteure dieser Zeit in den Mittelpunkt zu rücken. Kaunitz war ein entscheidender Gestalter der österreichischen Außenpolitik und somit in hohem Grade maßgeblich beteiligt am europäischen Gleichgewicht der Kräfte.

1. Kaunitz' politischer Werdegang

Wenzel Anton von Kaunitz wurde am 2. Februar 1711 in Wien als Sohn von Maximilian Ulrich von Kaunitz, Landeshauptmann von Mähren und Sohn des Reichsvizekanzlers Dominik Andreas von Kaunitz, und Maria Ernestina Franziska von Rietberg geboren. Nach einer Ausbildung durch einen Hauslehrer, wo Kaunitz „unter einem sehr gelehrten Professore in vor- und nachmittags gehaltenen praelectionibus, repetitionibus, exercitationibus und publicis examibus durch ganze drei Jahre das Studium juris civilis, feudalis und canonici“¹⁶⁹ absolviert hatte, folgte ein Studium von 16 Monaten an der Universität Leipzig und eine Länder- oder Kavaliereise¹⁷⁰ von 22 Monaten. Es ging von Leipzig über Berlin und Hannover in die Niederlande; nach einer Rundreise durch die Stadtlandschaft der nördlichen Niederlande über Brüssel nach Köln und durchs Rheintal nach Frankfurt, über Nürnberg und München den Alpen entgegen, die mitten im Winter überquert wurden, dann nach Rom. Nach Neapel, der Hauptstadt des habsburgischen Königreichs, ging es über Florenz, Mailand, Genua, Turin und Lyon nach Paris; abschließend über Nancy und Luneville, Straßburg, Stuttgart und Regensburg zurück nach Wien, sodass Kaunitz Anfang 1734 heimkehrte.¹⁷¹

Seit Dezember 1730 besaß Kaunitz das Anwartschaftsdekret auf einen Sitz im Reichshofrat; darauf Bezug nehmend und um seine Ausbildung herauszustreichen, schrieb er an den Kaiser: „Ich hatte dazumals die Jura communia per triennium mit

¹⁶⁹ Maximilian Ulrich von Kaunitz an den Kaiser, s. d. s. I. (1730) zitiert bei Grete *Klingenstein*, Der Aufstieg des Hauses Kaunitz. Studien zur Herkunft und Bildung des Staatskanzlers Wenzel Anton (Schriftenreihe der historischen Kommission bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften 12, Göttingen 1975) 173.

¹⁷⁰ Alfred von *Arneht*, Biographie des Fürsten Kaunitz. Ein Fragment (Archiv für österreichische Geschichte 88, Wien 1899) 18-26.

¹⁷¹ *Klingenstein*, Aufstieg 227.

großem Fleiß und mit nicht weniger Frucht absolviert. ... Um aber dem vor mich gewidmeten Amt desto fähiger vorstehen zu können, mich zu der dermalen berühmten Universität Leipzig verfügt, daselbst nebst Repetierung des Juris civilis zugleich das Jus publicum, feudale, Jus naturae et gentium, Historiam Imperii unter berühmtesten Professoribus gehört, ja auch, um die Theoriam ad praxim applizieren zu wissen, mir das Collegium relatorum seu practicum tradieren lassen. Bei welchen allen Wissenschaften teils zu Euer Kaiserlichen Majestät künftigen allerhöchsten Diensten und würdiger Vernehmung der Reichshofratsstelle, teils auch zu meiner eigenen Ehre gewiß einen solchen Fleiß, als man nur verlangen mag, aufgewendet.“¹⁷² Er schließt damit, dass „nun allergnädigster Kaiser und Herr ich nunmehr nach verrichteten Reisen und zugleich erlernten fremden Sprachen imstand bin, obberührte Reichshofratsstelle wirklich anzutreten und dabei die Amtsschuldig- und -fähigkeit dartun zu können.“ Da die Aufnahme Kaunitz' in den Reichshofrat aber noch auf sich warten ließ, verschaffte ihm sein Vater im Juni 1734 eine Stelle als niederösterreichischer Regimentsrat, bis er am 26. Jänner 1735 schließlich als wirklicher Reichshofrat introduziert wurde.¹⁷³ Der Sitz im Reichshofrat war für junge Adelige zumeist der Beginn einer Karriere; man hatte einen Warteposten inne, stand für weitere, höhere Aufgaben zur Verfügung, wurde dann zu Missionen an ausländische Höfe, zu den Reichsständen und Reichskreisen berufen; bewährte man sich, so standen einem die hohen Ämter bei Hof, vielleicht sogar die eines Konferenzministers offen.¹⁷⁴

Ein weiterer „Grundstein zu seinem Etablissement und Carriere“¹⁷⁵ stellte die Heirat Kaunitz' mit Maria Ernestine von Starhemberg, einer Enkelin Gundakar Thomas von Starhemberg, im Jahre 1736 dar. Gundakar Thomas von Starhemberg, einstiger Hofkammerpräsident und nunmehriger Präsident der Ministerialbancodeputation, zählte zu den wichtigsten Ministern Karls VI. und sein Wort hatte innen- und außenpolitisch Gewicht.

Die erste Mission zu ausländischen Höfen, die man Kaunitz übertrug, kam erst 1741 – was nicht zuletzt in der schlechten finanziellen Situation des Hauses Kaunitz begründet lag – und führte ihn als Überbringer der Nachricht von der Geburt des

¹⁷² Wenzel Anton von Kaunitz an den Kaiser, mit Kanzleivermerk 6. 3. 1734 zitiert bei *Klingenstein*, Aufstieg 255.

¹⁷³ *Armeth*, Biographie 26.

¹⁷⁴ *Klingenstein*, Aufstieg 260.

¹⁷⁵ Maximilian Ulrich von Kaunitz an Schwanau, 24. 1. 1734 zitiert bei *Klingenstein*, Aufstieg 254.

Thronfolgers Josef nach Turin, Florenz und Rom.¹⁷⁶ Die leichte Enttäuschung darüber, dass seine erste Mission keinen interessanten und schwierigen Auftrag darstellte, konnte der mündliche Auftrag Franz Stephans, er könne „unter der Hand“ die Haltung der italienischen Höfe erkunden „und andurch einen besonderen Dienst erweisen“¹⁷⁷, ein wenig schmälern. So schrieb Kaunitz in seinem längeren Bericht vom 7. April 1741 aus Mailand, dass er trotz widriger Umstände – die Zeit sei zu kurz gewesen, er habe keinen diplomatischen Rang bekleidet, sondern sei nur ein Bote gewesen, und habe keine Ahnung von den Geheimnissen des Wiener Kabinetts und den Instruktionen für den zugleich in Turin weilenden Plenipotentiar Ludwig Ferdinand von Schulenburg-Oeynhausen gehabt – Sympathie und Vertrauen des Premier, des Marquis d’Ormea, gewinnen habe können, und so, sollte er je mit der Turiner Mission betraut werden, sich schmeicheln dürfe, bei d’Ormea Gehör zu finden. Über Florenz reiste er nach Rom, wo die Situation allerdings weniger von Belang war und er keinen eigenständigen Bericht verfasste. Nach einem Aufenthalt von etwa zwei Wochen in Rom kehrte er nach einem weiteren Aufenthalt in Turin nach Wien zurück.¹⁷⁸

Im Oktober desselben Jahres wurden Kaunitz die beiden, zur damaligen Zeit wohl wichtigsten und schwierigsten Gesandtschaften, jene nach London und Turin, angetragen. Allerdings musste Kaunitz Maria Theresia am 11. Oktober in Pressburg eine abschlägige Antwort erteilen, da es, wie er seinem Vater in einem Brief berichtete, „bei diesen harten und kreditlosen Zeiten Euer Gnaden [Maximilian Ulrich] ohnmöglich falle, so viel bares Geld aufzutreiben, als zu Antretung einer Gesandtschaft notwendig erfordert würde.“¹⁷⁹ Eine Mission an einen ausländischen Hof war gerade in Kriegszeiten in nicht unerheblichem Maße eine Frage der Eigenmittel, da von Seiten der Herrscherin und der Hofkammer kaum Geldmittel zur Verfügung gestellt wurden und man mit keinem Gehalt, von sonstigen Ausstattungskosten, Reisespesen und Mieten ganz zu schweigen, rechnen konnte. Trotz der bekannt misslichen finanziellen Lage der Kaunitz und der Unmöglichkeit, angesichts eines zu befürchtenden Einmarsches preußischer Truppen in Mähren Kredite auf die dortigen Güter aufzunehmen, vermutete der venezianische Botschafter in Wien andere Gründe hinter Kaunitz’ Absage: „Il Conte Kaunitz

¹⁷⁶ *Arneth*, Biographie 29-31.

¹⁷⁷ Wenzel Anton von Kaunitz an seinen Vater, 9. 3. 1741 zitiert bei *Klingenstein*, Aufstieg 273f.

¹⁷⁸ *Klingenstein*, Aufstieg 274f.

¹⁷⁹ Wenzel Anton von Kaunitz an seinen Vater, 11. 10. 1741 zitiert bei *Klingenstein*, Aufstieg 277.

destinato al Rè di Sardegna supplicò dispensa, adducendone la difficienza de' mezzi. E però uno di quei soggetti, che incerti qual Soverano dominerà li loro feudi, si credono in necessità di risservarsi ad assumer Ministeri di tanta osservazione e tanta conseguenza nelle presenti circostanze.“¹⁸⁰ Als Maria Theresia Kaunitz mitteilte, dass man sich bezüglich der sardinischen Gesandtschaft zu helfen wisse, er aber nach England – von wo man sich ja die große Hilfe erwartete – gehen sollte und sie ihm ein paar Tage Bedenkzeit gab, blieb ihm nichts anderes übrig, als ihr schweren Herzens, denn er wusste, dass die Mission nach England „vor anderen den Weg zum Ministerio bahnet“, ein zweites Mal eine Absage zu erteilen und sich zu „fügen und dermalen nur darauf bedacht sein, wie ich sowohl die englische als auch die sardinische mit guter Art ganz von mir ablehne, ohne daß desfalls eine Ungnade auf mich geworfen werden könne.“¹⁸¹ Seinen Vater bat Kaunitz um einen Brief, in dem er die großen Schwierigkeiten Geld aufzunehmen schildere, damit man möglicherweise die Erlaubnis der Königin bekämen, auf die Fideikommissgüter Kredit nehmen zu können.

Als im Juni 1742 eine neuerliche Anfrage Maria Theresias kam, ob er „an Stelle des Marchese Bartolomei, der wegen Irrsinns, von dem er befallen worden, nicht länger auf dem Posten eines österreichischen Gesandten am Turiner Hofe belassen werden konnte, denselben“¹⁸² übernehmen wolle, war, trotz der schlechteren finanziellen Lage, in der sich seine Familie nun befand – „im Winter hatten die Preußen auf den Kaunitzschen Herrschaften arg gehaust, Vorräte geraubt, das Schloß geplündert, die Orangerie zerstört und auch bei den Untertanen großen Schaden angerichtet“¹⁸³ –, sein Entschluss, nach Turin zu gehen, schnell gefasst. Seinem Vater gegenüber beschrieb Kaunitz, dass es schier unmöglich gewesen sei abzusagen, denn „eine wiederholte Verweigerung die allerhöchste Ungnade oder wenigstens Kaltsinnigkeit nicht nur mir, sondern allen Angehörigen ohne Zweifel zugezogen hätte, und ich endlichen über kurz oder lang diesen Weg einschlagen müssen, wann mich nicht lebtätig von allen Ehrenstellen entfernt sehen wollen.“¹⁸⁴ Maria Theresia ermächtigte auf Drängen Wenzel Antons, seinen Vater Max Ulrich „auf seine Fideicommissgüter in Mähren die Summe von 12.000 Gulden aufzunehmen, deren er bedürfe, um seinen Sohn Wenzel in den Stand zu setzen,

¹⁸⁰ Alfred von Arneth, Geschichte Maria Theresia's (Wien 1863-1879) II, 503.

¹⁸¹ Wenzel Anton von Kaunitz an seinen Vater, 11. 10. 1741 zitiert bei *Klingenstein*, Aufstieg 278.

¹⁸² Arneth, Biographie 35.

¹⁸³ *Klingenstein*, Aufstieg 281.

¹⁸⁴ Wenzel Anton von Kaunitz an seinen Vater, 16. 6. 1742 zitiert bei *Klingenstein*, Aufstieg 282.

den ihm verliehenen Posten eines Gesandten am Turiner Hofe auch wirklich anzutreten.“¹⁸⁵

Am 30. Juli verließ Kaunitz als außerordentlicher Gesandter Wien, um sich nach Cesena am Fuß des Apennin zu begeben, „wo die austro-sardische Armee ihr Feldlager aufgeschlagen hatte und König Karl Emanuel III. mit seinem Hof weilte.“¹⁸⁶ Kaunitz' erste Aufgabe, das Vorgehen der gemeinsamen Armee gegen Neapel zu beschleunigen, stellte sich als kaum lösbar heraus, da sich die Begeisterung Karl Emanuels hierfür schon in der Vergangenheit in engen Grenzen gehalten hatte und nun noch weiter sank, als sich die Nachrichten über ein, durch Südfrankreich anrückendes, zweites spanisches Heer und die damit einhergehende Bedrohung seiner eigenen Länder verdichteten. Die zweite Angelegenheit, um die sich Kaunitz zu kümmern hatte, stellte die Überführung des im Februar geschlossenen Provisorialvertrags in eine tragfähige Allianz dar, wobei die heiklen Fragen – die Ansprüche Karl Emanuels auf lombardisches Gebiet und auf Finale, also den Preis für seine Hilfe – noch einer Klärung harrten. Die divergierenden Zielsetzungen der weiteren gemeinsamen Kriegsführung erwiesen sich hierbei naturgemäß als schlechte Hilfe. Da aber auch England ein nachdrückliches Interesse an der österreichisch-sardinischen Allianz hatte, verlagerten sich die Verhandlungen – durchaus zur Freude Kaunitz – vor allem nach England und wurden von österreichischer Seite vom dortigen bevollmächtigten Minister Johann Ignaz von Wasner geführt. Bis zum Abschluss der definitiven Allianz zwischen England, Sardinien und Österreich am 13. September 1743 musste Kaunitz den König, dem er auf seine verschiedenen Kriegsschauplätze folgte, vertrösten. Der forderte ein stärkeres Engagement Österreichs in Norditalien, das Maria Theresia angesichts des Krieges in Deutschland unmöglich schien, und einen Abschluss der Allianz – auch mit Paris stand er in Verhandlungen über einen Wechsel ins Lager der Bourbonen. Kaunitz drängte ihn stattdessen zu einem stärkeren gemeinsamen Vorgehen gegen Neapel.¹⁸⁷

Kaunitz blieb knapp zwei Jahre, bis zum 20. April 1744, am sardinischen Hof und in dieser Zeit sind in diesem Zusammenhang vor allem zwei Denkschriften – „Rohe Gedanken und Reflexionen über den Zustand von Italien“ und „Fernere

¹⁸⁵ *Armeth*, Biographie 35.

¹⁸⁶ *Klingenstein*, Aufstieg 283.

¹⁸⁷ *Armeth*, Biographie 42-59.

Gedanken“¹⁸⁸ –, die Kaunitz seinem Bericht vom 18. März 1743 beilegte, von besonderem Interesse. Darin entwirft er „den Plan einer allgemeinen Befriedung Europas und Rückgewinnung der geschwächten Weltstellung Österreichs [...]. Einem schleunigen Frieden im Reich sollte unter geheimer Verständigung mit dem bayrischen Kurfürsten und derzeitigen Kaiser Karl VII. die Eroberung Neapels und Siziliens folgen. Österreich war als Ersatz für das verlorene Schlesien Bayern zugedacht, dem bayrischen Kurfürsten statt dessen Neapel, Sizilien dem König Karl Emanuel.“¹⁸⁹ Bayern brächte Österreich im Vergleich zu Neapel deutliche Vorteile, denn „die Stärke und Wohlfahrt des Erzhauses beruhe [...] auf der Erhaltung und Vermehrung seiner deutschen Erblände.“¹⁹⁰ „Diese machen wegen ihrer Contignität und Lage das Corpus aus und sind die Quelle, woraus vor die übrige zwar ansehnliche, doch entfernte Glieder die Nahrung und Kräfte herfließen müssen. (...) Andere von Frankreich erst zu erobernde Lande, wan sie auch nach ihrem Ertrag sich weith höher beliefen, würden bey weithem den Nutzen nicht verschaffen; der Körper bliebe gleichwohlen geschwächet, die Glieder getrennet, die Kräfte zertheilet, und nebst dem neuen Anwachs einer beständigen Gefahr und Veränderung unterworfen.“¹⁹¹ „Um Neapel zu behaupten, bedürfe Oesterreich stets des Beistandes der britischen Seemacht, [...] würde sich dadurch zur fortwährenden Abhängigkeit von England verurtheilt sehen“¹⁹², „und wan man eine genaue Berechnung ziehen sollte, was Neapel, so lang es unter der osterreichischen Beherrschung gestanden, in Kriegs- und Friedens Zeiten gekostet und geschadet, so würden die Einkünfte und Vortheil den Schaden und die Ausgaben nicht viel übersteigen.“¹⁹³ Aber auch für Kaiser Karl VII. (endlich eine Königskrone), die Seemächte (Sicherstellung des Handels nach Italien und der Levante), Sardinien (Vertreibung des Hauses Bourbon aus Italien – wohl ein zweifelhafter Vorteil, bedenkt man die Gewinnmöglichkeiten für Sardinien im bourbonisch-habsburgischen

¹⁸⁸ Zu diesen Denkschriften siehe *Arneth*, Geschichte Maria Theresia's II 284f, *Arneth*, Biographie 51-55, Georg *Küntzel*, Fürst Kaunitz-Rittberg als Staatsmann (Frankfurt am Main 1923) 4f, Friedrich *Walter*, Männer um Maria Theresia (Wien 1951) 68f, Grete *Klingenstein*, Staatsverwaltung und kirchliche Autorität im 18. Jahrhundert. Das Problem der Zensur in der theresianischen Reform (Österreich Archiv, Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde, Wien 1970) 59f, Harm *Klueting*, Die Lehre von der Macht der Staaten. Das außenpolitische Machtproblem in der „politischen Wissenschaft“ und in der praktischen Politik im 18. Jahrhundert (Historische Forschungen 29, Berlin 1986) 174-176, *Schilling*, Kaunitz 20-22.

¹⁸⁹ *Küntzel*, Fürst Kaunitz-Rittberg 4f.

¹⁹⁰ *Arneth*, Biographie 53.

¹⁹¹ Zitat *Klueting*, Lehre 175.

¹⁹² *Arneth*, Biographie 23f.

¹⁹³ Zitat *Klueting*, Lehre 175.

Gleichgewicht – sowie Sizilien, Parma und Piacenza) und das deutsche Reich (Verringerung des Einflusses Frankreichs) sah Kaunitz Vorteile. Auch wenn der Wiener Hof Kaunitz' Ideen mit großer Sympathie begegnete, war er – mangels Begeisterung des Kaisers und durch den Einwand Englands, dies hätte einen neuerlichen Waffengang Friedrichs II. zur Folge – zum Scheitern verurteilt.

Die nächste berufliche Veränderung stellte die Ernennung von Kaunitz zum Obersthofmeister der Erzherzogin Marianne dar, der Schwester Maria Theresias, welche gemeinsam mit ihrem Mann Karl Alexander von Lothringen die Statthalterschaft in den österreichischen Niederlanden übernommen hatte. Er begab sich 1744 nach Brüssel, wo Erzherzogin Marianne allerdings bereits kurz nach seiner Ankunft in Folge einer „unglücklichen Niederkunft“¹⁹⁴ verstarb; Anfang 1745 wurde Kaunitz zum bevollmächtigten Minister ernannt. In Brüssel widmete er sich mit ganzer Kraft der Verwaltung des vom Krieg zerrütteten Landes; dadurch wurde seine Gesundheit derart in Mitleidenschaft gezogen, dass er mehrfach und eindringlich um seine Abberufung bat, die er, als sie ihn im Juni 1746 gewährt wurde, mit folgenden Worten kommentierte: „Kein grösseres Vergnügen habe ich in meinem Leben empfunden, als da ich endlich mit letzter Post vom Grafen Tarouca die zuverlässige Nachricht erhielt, dass Ihre Majestät meine Abberufung gnädigst beschlossen und festgestellt, mithin solche keinen weiteren Veränderungen unterworfen sei.“¹⁹⁵ Kaunitz begab sich, nach Übergabe der Amtsgeschäfte an den Feldmarschall Graf Batthyany, nach Spa, um mit einer Kur seine Gesundheit wiederherzustellen.

Der Tod seines Vaters im September 1746 und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen für den Universalerben Wenzel Anton – von nun an war er nicht mehr von den Zuwendungen seines Vaters abhängig und konnte, trotz der nicht unansehnlichen Schulden, aber dank des beträchtlichen Vermögens seiner Mutter als ein reicher Mann angesehen werden¹⁹⁶ – führten zu einem Rückzug ins Privatleben, bis er Ende 1747 als österreichischer Unterhändler zu den Friedensverhandlungen in Aachen entsandt wurde. Sein vordringlicher Auftrag war es dort, in Separatverhandlungen mit dem französischen Gesandten Saint Severin einen Präliminarvertrag zu schließen, welchem er auch sehr nahe kam. Allerdings zog es der französische Gesandte vor, mit den Engländern einen Präliminarvertrag zu schließen. Diese konnten ihm die Rückgabe der kolonialen Stützpunkte – in erster

¹⁹⁴ *Armeth*, Biographie 66.

¹⁹⁵ Zitat *Armeth*, Biographie 105.

¹⁹⁶ *Armeth*, Biographie 112.

Linie des Kap Breton – versprechen, welche Frankreich von England entrissenen worden waren.¹⁹⁷ Vor allem die darin enthaltenen Garantien für den preußischen Besitz Schlesiens sowie die lombardischen Gewinne Sardinien waren nicht dazu angetan, in Wien Gefallen zu finden, sie stellten vielmehr gerade die zu verhindernden Ergebnisse eines Friedensschlusses dar. Im Oktober 1748 unterzeichnete Kaunitz schließlich den Friedensvertrag in Aachen, der für Österreich zwar die Anerkennung des Kaisertums Franz Stephans von Lothringen, die Behauptung der Masse der Erbländer und der Niederlande, trotz der dortigen Siege der Franzosen unter Moritz von Sachsen, brachte, der allerdings auch die Bestätigung des Verlustes Schlesiens an Preußen und die Ausdehnung Sardinien auf österreichische Kosten enthielt.¹⁹⁸

Kaunitz kehrte Anfang 1749 nach Wien zurück und wurde dort in die geheime Konferenz berufen, um den Platz des zurückgetretenen (und bald darauf verstorbenen) Grafen Philipp Kinsky einzunehmen.¹⁹⁹ Seine dort kurz darauf geäußerten „Meynungen über das auswärtige System“ werden im nächsten Kapitel eingehend zu behandeln sein.

Kurze Zeit später wurde Kaunitz zum Botschafter in Frankreich bestimmt, allerdings zögerte sich seine Abreise – sie konnte aus Etikette- und Prestige Gründen nur gleichzeitig mit der Entsendung des französischen Botschafters in Wien, Marquis de Hautefort, erfolgen und diese ließ noch auf sich warten – bis in den Herbst 1750 hinaus. In Paris lag seine Hauptaufgabe darin, nach den Feindseligkeiten des letzten Krieges das Terrain für eine Aussöhnung zu bereiten und eine neuerliche Bindung Frankreichs an Preußen zu verhindern. Frankreich zu gewinnen hätte, so schrieb er rückblickend in einer Denkschrift vom 27. Juni 1755, „nach denen damahligen Umständen nicht ganz Chimerisch anscheinen können, da das Französische Ministerium über den Preussischen Absprung noch sehr aufgebracht war, mit diesem König die Allianz noch nicht erneueret, und den Vorwurf von einem grossen Theil der Nation auszustehen hatte, dass der Achner Frieden überschnellet, und ohne wesentlichen Vortheil vor die Cron Frankreich eingegangen, mithin so viel Menschen Blut und Millionen Gelds vergeblich verschwendet worden.“²⁰⁰ In seinen

¹⁹⁷ Max Braubach, *Versailles und Wien von Ludwig XIV. bis Kaunitz. Die Vorstadien der diplomatischen Revolution im 18. Jahrhundert* (Bonn 1952) 391f.

¹⁹⁸ Braubach, *Versailles und Wien* 396.

¹⁹⁹ Arneth, *Biographie* 153.

²⁰⁰ Adolf Beer (Hg.), *Denkschriften des Fürst Wenzel Kaunitz-Rittberg* (Archiv für österreichische Geschichte 48, 1872) 28.

Bemühungen setzte Kaunitz in erster Linie auf den französischen König Ludwig XV., seine Mätresse, die Marquise de Pompadour, und den französischen Außenminister Puisieulx; es gelang ihm allerdings nicht, den preußischen Einfluss zurückzudrängen. Nach dem krankheitsbedingten Rücktritt Puisieulx' war es unter seinem Nachfolger Saint-Contest nach Kaunitz' Meinung aussichtslos über ein zukünftiges Bündnis mit Frankreich zu verhandeln und es gelte, „die Sprengung der französisch-preußischen Freundschaft und die eigene Befreiung von der Vormundschaft der Seemächte als Fernziel im Auge zu behalten, der eigenen Sicherung halber aber sich doch vorerst an die alten Bundesgenossen zu halten, ‚die schließlich trotz aller ihrer Fehler unsere einzige Stütze sind‘. [...] Als er schließlich im Herbst 1752 abberufen wurde und am Neujahrstage 1753 Paris verließ, war er sich des Scheiterns seiner Mission durchaus bewußt: vielleicht, so meinte er, habe er erreicht, ‚daß man uns nicht haßt‘“²⁰¹.

Im Dezember 1751 war Kaunitz von Ignaz von Koch – dem Kabinettssekretär Maria Theresias, der ihr half, eine von Staatskanzlei und Konferenz unabhängige Geheimdiplomatie zu führen²⁰² – im Auftrag der Kaiserin das Amt des Staatskanzlers angetragen worden, worauf er ausweichend geantwortet und eine Reihe von Bedingungen – bezüglich der Organisation der Staatskanzlei, des Personals und seiner eigenen Stellung – gestellt hatte.²⁰³ Bei Johann Josef Khevenhüller-Metsch, dem Obersthofmeister und Oberstkämmerer Maria Theresias, erfahren wir: „Die Kaiserin musste also bon gré mal gré nachgeben und praeferirte endlichen nach langer Überlegung [...] dem Graffen von Kaunitz zu willfahren und ihme die Direction deren Staatssachen vollkommen zu überlassen“²⁰⁴. Als einzigen Konkurrenten sprach die Kaiserin laut Khevenhüller „von dem Graffen Rudolph Chotek, welchem es an Fähigkeit pour être mis à la tête des affaires endlichen auch nicht manglete, allein wir convenirten sofort, daß er nécessaire wäre für die Direction des Banco- und Commerciensweesens etc.“²⁰⁵ Nachdem die Kaiserin durch Beförderungen und finanzielle Zuwendungen mit dem Staatskanzler Corfiz Anton von Ulfeld – zum Obersthofmeister, dieses Amt galt „zur damaligen Zeit als das erste und höchste bei Hof [...], freilich nur mehr ehrenhalber“²⁰⁶ – und dem stellvertretenden Staatskanzler

²⁰¹ Braubach, Versailles und Wien 418.

²⁰² Siehe hiezu etwa Hanns Schlitter (Hg.), *Correspondance secrète entre le comte A. W. Kaunitz-Rietberg, ambassadeur impérial à Paris et le baron Ignaz de Koch, secrétaire de l'impératrice Marie-Thérèse 1750-1752* (Paris 1899).

²⁰³ Klingenstein, Aufstieg 285.

²⁰⁴ Khevenhüller-Metsch, Tagebuch, Bd. 1752-55, 111.

²⁰⁵ Khevenhüller-Metsch, Tagebuch, Bd. 1752-55, 71.

²⁰⁶ Klingenstein, Aufstieg 287.

und Sekretär der geheimen Konferenz Johann Christoph von Bartenstein – zum Mitglied der Konferenz und Vizekanzler des der inneren Verwaltung und den Finanzen gewidmeten Directoriums in publicis et cameralibus – die bestimmenden Männer der österreichischen Außenpolitik kaltgestellt hatte,²⁰⁷ war der Platz frei für Kaunitz an der Spitze der nach seinen Vorstellungen reorganisierten Staatskanzlei, der er für fast 40 Jahre vorstehen und damit die österreichische Außenpolitik bestimmen sollte.

²⁰⁷ *Klingenstein, Aufstieg* 284-288.

2. Die Großmächte im Urteil Kaunitz'

Am 7. März 1749 ordnete Kaiserin Maria Theresia auf Anregung des obersten Kanzlers von Böhmen, Friedrich Graf Harrach, der das Fehlen eines außenpolitischen Systems bemängelt hatte, an, dass sich jedes Mitglied der geheimen Konferenz binnen 14 Tagen über ein solches Gedanken zu machen habe: „Weilen aber sehe das noch einige glaubeten, das noch kein Systeme ergriffen worden und doch höchst nöthig, das aus einem Principio und Maasregul zu Werck gegangen werde, so solle ein jeder Conferentzministre seine Meinung zu Papier setzen und in 14 Tagen mir zuschicken, was nach nunmehr geschlossenen Friden, anscheinenden Unruhen in Norden gegen Engeland, Franckreich und dem Reich vor ein Systeme zu ergreifen wäre.“²⁰⁸ Im Folgenden bieten die daraufhin verfassten „Meynungen des Graffen Kaunitz über das auswärtige System“²⁰⁹ vom 24. März 1749 den Ausgangspunkt für die Beurteilung der europäischen Großmächte durch Kaunitz.

Seine ausführliche Darstellung begründete Kaunitz damit, dass „nicht verborgen bleiben möge: Ob ich von der dermahligen Beschaffenheit, und Gedenckens-Art der grösten Mächten in Europa, einen wahren oder falschen Begrieff gefaßet; Und ob folglichen meine über das künfftige Staats-Systema zu eröffnende Meynung aus irrigen, oder gegründeten Suppositis herfließe; So glaube zu Erreichung dieser Absicht nöthig zu seyn, daß ich fordersamst die Gesinnung, und Absichten der auswärtigen Höfen, so, wie ich sie ansehe, in möglichster Kürtze abschildere, und demnächst in nähere Erwegung eingehe, was Euer Kayser[liche] Königl[iche] May[es]t[ät] von einem jeden Hof zu hoffen, oder zu beförchten haben dürfften.“²¹⁰

a) Seemächte

Als Erstes wendete sich Kaunitz bei seiner Beurteilung der europäischen Großmächte den natürlichen Freunden, bei welchen er England an die erste Stelle setzte, zu, schränkte allerdings sogleich ein, dass es sich dabei nicht um „Verwandt-

²⁰⁸ Zitat Jacob *Strieder*, Kritische Forschungen zur österreichischen Politik. Vom Aachener Frieden bis zum Beginne des siebenjährigen Krieges (Leipzig 1906) 9, siehe auch *Arneht*, Biographie 158.

²⁰⁹ *Kaunitz*, Denkschrift 168.

²¹⁰ *Kaunitz*, Denkschrift 169.

oder personalen Freundschaft²¹¹, sondern um Überschneidungen der Interessen handle. Für England sah er das so:

„Wie nun zwischen dem Durchlächtigsten Ertzhauß, und der Cron Engelland keine Irrungen, Strittigkeiten, oder gegen einander lauffende Interessen /: ausser was etwa in das Niederländische Commercium, und den Barriere-Tractat einschlaget:/ noch auch Vergrößerungs-Absichten, vorwalten; Hingegen aber die beyderseitige Staats-Interessen darinnen übereinstimmen, und zusammentreffen, daß sich gegen die Übermacht, gefährliche Unternehmungen, und gewohnte Kunst-Griffe des Bourbonischen Hauses zu verwahren, und solchen durch vereinigte Maaßnehmungen behörige Schrancken zu setzen; So ist auch aus diesen und mehr anderen Betrachtungen nach der gesunden Vernunft, und wahren Politique nicht wohl eine andere Folge zu ziehen, als daß die eigene Wohlfahrt der Cron Engelland erfordere, sich mit allen Kräfte, und aufrichtigst dahin zu bearbeiten, damit das Durchlächtigste Ertzhauß nicht nur von seinen Feinden nicht unterdrucket, noch geschwächt, sondern vielmehr in seiner Macht, und Ansehen, mithin im Vermögen dem gemeinsamen Feind behörig zu widerstehen, vergrößeret werde.“²¹²

Allerdings zeige die Erfahrung, „daß Engelland bey sehr vielen Gelegenheiten keineswegs nach den berührten Grund-Sätzen zu Werck gegangen, sondern sich dergestalt betragen, als ob die dießseitige Wohlfahrt mit der Seinigen nicht verknüpffet, und gantz davon unterschieden wäre.“²¹³ „So außerordentlich und unbegreiflich nun gleich, die [...] Englische Maaßnehmungen, in Gegeneinanderhaltung der so eng verknüpfften gemeinsamen Wohlfahrt zu seyn scheinen“, so mutet es an, dass in England „die Gemeinsame Wohlfahrt privat-Vortheilen, Absichten, und Gemüths-Regungen, nachgesetzt zu werden pflege“. Darüber hinaus geben die „gröste Sparsamkeit, oder deutlich zu reden der Geitz der bisherigen Hanoverischen Regenten, die Regierungs-Form, die beständige Parthien, und Factionen, die Englische Ungestimmigkeit, nebst anderen dergleichen Gebrechen, [...] in denen dortigen Staats-Geschäften öfters den Ausschlag.“²¹⁴

Kaunitz räumte allerdings auch eine Mitschuld Österreichs an dem getrübteten Verhältnis zu den Seemächten ein. So habe man bei der „Erwürckung der Kayserlichen Octroi für die Ostendische Compagnie“ nur auf den eigenen Vorteil

²¹¹ Kaunitz, Denkschrift 169.

²¹² Kaunitz, Denkschrift 170.

²¹³ Kaunitz, Denkschrift 170.

²¹⁴ Kaunitz, Denkschrift 173f.

geachtet und weder geprüft, ob dies mit dem Westfälischen Frieden konform ginge, noch ob dies alleine überhaupt durchzusetzen sei; damit habe man „die See-Mächten an dem empfindlichsten Ort angegriffen“. Daneben habe es auf dem „Cambrayer Congress“ zwischen den Ministern „solche Hitzigkeiten, und personal-Vorwürffe ergeben, welche nothwendig eine personale Abneigung, heimliche Rach-Begierde, verkehrte Staats-maximen, und menschliche Gemüths-Regungen nach sich ziehen“²¹⁵ mussten. „Was aber die See-Mächten in ihrer vorerwehnten wiedrigen Gesinnung, am meisten gestärcket, und sozusagen, dem Faß den Boden eingestossen, ware der hiesige im Jahr 1725 mit Spanien geschloßene Frieden, und Commerciën-Tractat.“²¹⁶

Dies alles trug dazu bei, England von den gemeinsamen Grundlagen der Allianz zu entfernen, und der englische Schatzkanzler und Lordschatzmeister Sir Robert Walpole „wurde aus einem anfänglichen Eyfferer für die Gemeinsame Wohlfahrt, einer der ärgsten heimlichen Feinden des Durchläuchtigsten Ertzhauses.“ Sein großer Einfluss wirke noch immer nach, sodass sich seitdem nur spärlich Minister fanden, welche „dem hiesigen Hof wahrhafft geneigt, und nach dem Maaß des einstimmigen Interesse, vollkommen ergeben“ gewesen wären. England wisse aber um die Nützlichkeit Österreichs für eigene Zwecke, sonst hätte man es wohl schon aufgegeben, denn es zeigen viele Spuren, „daß der Walpolische Geist, und seine geführte Principia bey einem nahmhaftten Theil der Englischen Großen, annoch herrschen, und in dem Ministerio vordringen.“²¹⁷

Die Auflistung aller englischen Fehler seit dem Utrechter Frieden unterließ Kaunitz unter Verweis auf die Instruktionen an den Statthalter der österreichischen Niederlande, sowie an den österreichischen bevollmächtigten Minister am polnisch-kursächischen Hof, in denen diese schon zusammengefasst worden waren. Einige, für die Einschätzung der zukünftigen Handlungsweise Englands besonders wichtige, englische Fehlritte erlaubte er sich allerdings herauszustreichen.

Deren ersten erblickte er in der Tatsache, dass „es so viele Mühe gekostet [hatte], die See-Mächten zu ernsthafter Theilnehmung am Krieg, und ergiebiger Hülffleistung zu vermögen“²¹⁸. Diese Zurückhaltung der Alliierten sah er in der holländischen „Beysorg für der, doch zuletzt empor gekommenen Statthalterschafft“,

²¹⁵ Kaunitz, Denkschrift 174.

²¹⁶ Kaunitz, Denkschrift 175f.

²¹⁷ Kaunitz, Denkschrift 175.

²¹⁸ Kaunitz, Denkschrift 171.

der englischen „Eiffersucht über das ruhig fortgeführte Holländische Commercium“ und der hannoverschen Angst vor der an der Grenze stehenden französischen Armee begründet; auch die englische Überlegung, Preußen könnte die Rolle Österreichs als Bündnispartner gegen Frankreich übernehmen, habe, so Kaunitz, hier mitgespielt.²¹⁹

Sowohl die mangelnde englische Unterstützung bei der vertraglich vereinbarten Eroberung Neapels sowie der Einnahme Genuas als auch die englischen Bevorzugung Sardinien (hier zitierte Kaunitz einen englischen Minister: „La Cour de Turin n’a pas tort, n’a jamais eu tort, et n’aura pas tort.“²²⁰) führte Kaunitz vor allem auf englische Handelsinteressen zurück. Sardinien habe England zu verstehen gegeben, dass es sich, je mehr es an Macht (auf Kosten Österreichs) gewönne, desto mehr würde es sich von den Bourbonen ab- und England zuwenden und dadurch „denen Englischen Flotten, und Kauffardey-Schiffen den ungemein wichtigen Vortheil verschaffen [...], an den Mittelländischen, und zwar nahe an denen Frantzösischen Meer-Küsten einen gesicherten Aufenthalt zu finden, und andurch das Commercium in der Levante, bey ohnedieß schon in Besitz habenden Port Mahon, und Gibraltar, sehr zu befördern“. Die Schwächung Österreichs habe aber in der englischen Vorstellung noch einen zweiten Vorteil, „da just diese Schwächung nach denen Walpolischen Staats-maximen darzu dienen sollen, das Durchläuchtigste Ertzhauß um so mehrers, und für beständig der Englischen Dependenz zu unterwerffen.“²²¹ England habe mit der bevorstehenden Eroberung Neapels nur Spanien unter Druck setzen und sich dadurch „privat-Vortheilen im Commercio“ verschaffen wollen, welche es nach einer Inbesitznahme durch Österreich nicht zu erwarten hatte. Um allerdings nicht offen gegen den Wormser Vertrag zu verstoßen, habe England zwar nach außen hin kooperiert, aber in Zusammenarbeit mit Sardinien, das zwecks Geheimhaltung dieser Doppelstrategie noch weiter begünstigt worden war, Österreich immer neue „Hindernüße in Weeg geleget“. „Ein Übel ziehet gemeinlich mehrere nach sich; Und aus der geheimen Bearbeitung, die Conquete von Neapel hinterstellig zu machen, haben die meisten währendem Krieg sich ergebene Unschlüssigkeiten, widersinnige Maaßnehmungen, gegen einander lauffende Operationen, Missvergnügen, und Hülflosigkeit ihren Ursprung hergeführt, ohne welche, menschlichem Ansehen nach, die Sachen eine weit

²¹⁹ Kaunitz, Denkschrift 176.

²²⁰ Kaunitz, Denkschrift 172.

²²¹ Kaunitz, Denkschrift 177.

vergnüglichere Gestalt nicht nur für das Durchlächtigste Ertzhauß, sondern auch selbst für Engelland, und Sardinien bekommen hätten“²²².

Schon 1743 hatte Kaunitz bemerkt, dass England, sollte es eine Vertreibung der Bourbonen aus Italien unterstützen, „den Besitz dieser Königreiche nicht Oesterreich zudenken, sondern dahin trachten [werde], sie anderwärts zu vergeben“²²³; seine diesbezüglichen Pläne (Neapel und Sizilien an Kaiser Karl VII., dafür Bayern an Österreich) haben wir im vorigen Kapitel schon behandelt.

Einen weiteren Fehltritt Englands erblickte Kaunitz in der Tatsache, dass „Engelland aus eigenem Antrieb, und ohne von Franckreich darzu veranlasst zu seyn, sich in den Friedensunterhandlungen so sehr an den Laden geleet, um die Garantie von Schlesien für den König in Preußen auszuwürcken, das Reciprocum“²²⁴ für Österreich aber ausgeschlossen zu haben. In der englischen Politik in Bezug auf Preußen sah er zwei Gruppen einander gegenüberstehen: einerseits den König, den Thronfolger und das hannoversche Ministerium, deren „Staats-Interesse in verschiedenen wesentlichen Stücken von dem Englischen gantz unterschieden“²²⁵ seien, welche „gegen Preussen eine wahre, und personal-Feindschaft und Eifersucht tragen“²²⁶, die sich aber immer wieder durch „Vergnügung der Geld-Begierde“ verleiten ließen, ihrer antipreußische Haltung zuwiderzuhandeln; andererseits „die Englische Nation“, welche im König von Preußen ein Idol erblicke, was „zum Theil aus den Walpolischen Principiis, aus der Gleichheit der Religion, oder, wie der von Wasner billig genennet, der Irreligion; Aus den glücklichen Progressen des ernannten Königs, und aus der Hoffnung herrühren dürffte, daß Preussen in der Balance gegen das Bourbonische Hauß“ an Stelle Österreichs eintreten könne. Hannoversche Interessen missfielen all jenen, welche meinten, die „Englische Politique erfordere sich in gar keine auswärtige Geschäfte einzumischen, und allein das Augenmerck auf das Innerliche, die See-Macht, und das Commercium zu richten“²²⁷; darüber hinaus hege die englische Nation Bedenken, der König könne seine Machtstellung in Hannover dazu nutzen, die englische Regierungsform zu ändern, weshalb ihr ein Hannover in Schach haltender König von Preußen, welchem darüber hinaus „die Thronfolge in Engelland ordine Successivo zukommt“, sehr

²²² Kaunitz, Denkschrift 178f.

²²³ Arneth, Biographie 52.

²²⁴ Kaunitz, Denkschrift 172.

²²⁵ Kaunitz, Denkschrift 195.

²²⁶ Kaunitz, Denkschrift 179.

²²⁷ Kaunitz, Denkschrift 180.

zupass komme. Zur Beschönigung seines einseitigen Friedens habe das englische Ministerium Österreich beim Volk und beim Parlament verunglimpft, was dazu beitrage, die „Gemüther immer mehrers von dem Durchlächtigsten Ertzhauß abzuziehen, und nach Maaß, als dieser Haß, und Vorurtheil anwachset, die preußischen Anhänger zu verstärcken.“²²⁸

„Woraus sich dann von selbst ergibt, was nach den dermaligen Umständen, von Engelland für eine Hülffe gegen Preußen, im Fall sich neue Unruhen ergeben, anzuhoffen seye.“²²⁹ Aber auch bei einem Konflikt mit Frankreich sei, auch wenn „das Frantzösische- und Englische Staats-Interesse schnur gerade gegen einander“ laufen, in nächster Zeit keine allianzmäßige Hilfeleistung Englands zu erwarten, da beide Nationen Ruhe benötigten, um neue Kräfte zu sammeln, und daher „Engelland alle neue Unruhen und Kriege mit dem Haus *Bourbon*, auf das sorgfältigste vermeiden, und falls Ihm darzu Anlaß gegeben würde, lieber in seinen eigenen Angelegenheiten gütliche Ausweege, und Vergleiche einschlagen, als zu den Waffen greiffen werde.“²³⁰

„Obwohl Kaunitz annahm, das Ministerium in London sei sich der schlechten Verfassung seiner Allianzen bewusst, erwartete er von ihm keine Initiative zur Wiederherstellung des alten Bündnissystems“²³¹, da „in Engelland mehr denen gewöhnlichen Boutaden, als einer reiffen Überlegung statt gegeben werde“; die „unterschiedene Partien, privat-Absichten, und Cabalen, dringen der gemeinsamen Wohlfahrt, und dem alten Systemate weit vor“. Selbst wenn ein „wohldenckender Ministre [...] die Sachen wieder in die rechte Weege einzulenken bemüht sein wollte, so würde Ihm doch die nöthige Unterstützung ermangeln.“²³²

Die letzten beiden explizit erwähnten Fehler Englands sah Kaunitz darin, dass England „seinen Beytritt zu dem mit Rußland geschlossenen“ Bündnisvertrag von 1746 erschwere und gleichzeitig Russland „gegen Schweden aufzuhetze“, indem es ihm unter anderem „die zwischen Schweden und Preußen vorsehende Geheime Unterhandlungen neuerlich gesteckt“²³³ habe. England würde Russland zu dem Krieg gegen Schweden geflissentlich anreizen und „einige Hofnung, hieran Theil nehmen zu wollen, hervorscheinen laßen [...], aber solches zu bewerckstelligen [...]

²²⁸ *Kaunitz*, Denkschrift 180f.

²²⁹ *Kaunitz*, Denkschrift 181.

²³⁰ *Kaunitz*, Denkschrift 182.

²³¹ *Schilling*, Kaunitz 63.

²³² *Kaunitz*, Denkschrift 182.

²³³ *Kaunitz*, Denkschrift 172f.

keineswegs die ernstliche- und wahre Absicht“ führen. England würde auf jeden Fall davon profitieren, denn sollten Dänemark und Russland gegen Schweden siegreich sein, würde das Englands Einfluss in der Ostsee vergrößern, sollten sie verlieren, würde die Abhängigkeit der beiden von England wachsen.²³⁴ Darüber hinaus „erhielten die See-Mächten die erwünschte Gelegenheit ihr Stillsitzen gelten zu machen, sich der Cron Franckreich gefällig zu erzeigen, an Ausführung anderer Angelegenheiten, so ihnen noch auf dem Herten liegen, zu arbeiten, und sich hierzu des Frantzösischen Wohlwollens schicklich zu bedienen.“ Hierunter fielen auch zwei Anliegen, welche von England auf dem Kongress in Aachen nicht verwirklicht werden konnte und den österreichischen Interessen entgegenliefen. Einerseits das Bestreben Englands, „die Gültigkeit der Wormser Cessionen außer allen Widerspruch zu setzen“²³⁵, andererseits die „Erneuerung des Barriere Tractats“ unter „Beybehaltung des alten Tariffs“²³⁶ zu erreichen.

Auch wenn Kaunitz behauptete, „die Nutzbarkeit der geleisteten Englischen Hülffe nicht zu mißkennen, und aus Einsicht der wiedrigen Gesinnungen das gute, und ersprießliche, so von Engelland ferners anzuhoffen stehet, nicht außer Augen zu setzen“²³⁷, „so war sein Urteil doch vernichtend. In seiner Darstellung erschien England als Macht, die [...] ihre Verbündeten Dänemark, Rußland und Österreich schwächte oder zu schwächen suchte, um ihre Abhängigkeit zu vergrößern, zugleich aber Preußen und Sardinien umwarb und ihre Schaukelpolitik belohnte.“²³⁸

Auch sei die Betrachtung, dass alte System aufrechtzuerhalten und England als einen natürlichen Verbündeten zu betrachten, „unvollkommen, und unschlüssig [...], wann deßwegen nicht auf den Unterscheid der Zeiten, und Umstände, wie auch auf die vorwaltende Gebrechen behörige Aufmercksamkeit getragen werden wollte.“²³⁹

Die „Republic Holland“, welcher Kaunitz weit weniger Raum in seiner Denkschrift widmete, zählte er ebenfalls zu den natürlichen Alliierten, da einerseits, außer in Bezug auf die Barriere, keine gegeneinander stehenden Interessen beständen, man andererseits mit Frankreich und Preußen die gleichen Gegner habe. Im Gegensatz zu England würden die Niederlande allerdings versuchen, „nicht nur

²³⁴ *Kaunitz*, Denkschrift 183f.

²³⁵ *Kaunitz*, Denkschrift 184.

²³⁶ *Kaunitz*, Denkschrift 185.

²³⁷ *Kaunitz*, Denkschrift 187.

²³⁸ *Schilling*, Kaunitz 64.

²³⁹ *Kaunitz*, Denkschrift 187.

den König in Preußen nicht zu begünstigen, sondern wo möglich, dessen Schwächung auf alle Weise zu befördern.“ Allerdings habe auch diese Republik „bey verschiedenen Decisiven Gelegenheiten, das Durchläuchtigste Ertzhauß hülfloß gelaßen, den Casum foederis eludiret, oder [sei] schläfferig, und nicht zu rechter Zeit, mit behörigem Nachdruck zu Werck gegangen“²⁴⁰, was Kaunitz vor allem auf die „beständige Eifersucht der See-Mächten in Ansehung des Comercii, der Holländische Eigennutz, durch vermeidung der Kriegs Declaration die Handelschafft aufrecht zu erhalten“ zurückführte.

Durch das „fast gantz darniederligende Finanz- und Militar-Wesen [...] ist die Republic außer Stand, an etwa entstehenden auswärtigen Kriegen, wann sie gleich wollte, werckthätigen Antheil nehmen zu können.“²⁴¹ Darum wird sie „alle neue Unruhen, und Gefahr von seiten Franckreichs und Preußen sorgfältig“ zu vermeiden suchen und somit keine Unterstützung für Österreich sein, besonders da sie eine Lösung der Barrierefrage mit Hilfe Englands oder Frankreichs anstreben werde.

Auch wenn Kaunitz meint, dass „die See-Mächten allezeit die gesicherste, und natürliche Alliirte verbleiben, welche im Fall der Noth denen gefährlichen Absichten und Unternehmungen des Bourbonischen Haußes, entgegen zu setzen“²⁴² bereit seien, sei es „nach Beschaffenheit der dermahligen Welt-Umständen, nicht allerdings rathsam [...], sich in neue defensiv-Allianzen, und Verbindlichkeiten einzulaßen“²⁴³, denn es dürften die Seemächte „alle neue Tractaten, und Garantien nicht verhindern, den Casum foederis abzulaugnen“²⁴⁴.

„Diese Meinung erstrecket sich aber keines weeges so weit, daß Euer Kayser[liche] Königl[iche] May[es]t[ät]t aller Alliirten gänzlich, und vor beständig entbehren könnten;“ man dürfe sich „von einer näheren Einverständnüß, mit denen See-Mächten, nicht entfernt [...] bezeugen, und noch viel weniger durch äußerliche Demonstrationen zu dem Verdacht Anlaß zu geben, als ob Euer Kayser[liche] Königl[iche] May[es]t[ät]t sich von Ihnen völlig zu trennen, und ein anderes Systema zum Grund zu legen, im Schild führeten.“²⁴⁵ Derweil solle man versuchen, auf die englischen „Gemüther [...] ersprießlichen Eindruck“ zu machen, die öffentliche Meinung zurechtzurücken und unverbindliche Grundlagen für künftige Abkommen

²⁴⁰ *Kaunitz*, Denkschrift 188.

²⁴¹ *Kaunitz*, Denkschrift 189.

²⁴² *Kaunitz*, Denkschrift 234f.

²⁴³ *Kaunitz*, Denkschrift 232.

²⁴⁴ *Kaunitz*, Denkschrift 233.

²⁴⁵ *Kaunitz*, Denkschrift 234.

aufzubauen. Inzwischen solle man „der See-Mächten Accession zu dem Rußischen Definitiv-Bündnüß“ immer wieder forcieren und England klar machen, wenn „ein Solides, und Zureichendes Werck zu Stand kommen solle, so müste sich Engelland vorläuffig entschließen, zu Herbeybringung anderer Mächten, ergiebige Subsidien zu bewilligen.“²⁴⁶

b) *Russland*

In die Weisung an den kaiserlichen Gesandten in Petersburg vom 14. Mai 1748 schrieb Maria Theresia: „So viel aber die auswärtige Geschäften anbelangt, werden Wir forthin, u.z. anjetzo mehr dann nie, Unser vorzügliches ganzes und ausnehmendes Vertrauen der Kaiserin von allen Russen zuwenden“²⁴⁷. Russland war laut Kaunitz der verlässlichste österreichischen Alliierte; dazu schrieb er 1749: „Daß die Allianz, und das dermahlige gute Vernehmen [...] ersprißlich seye, und auf einen Soliden Grund beruhe, fallet von selbst in die Augen, da die beyderseits nöthige Vorsichten, und Staats-Interessen gegen den Türcken, Frantzösischen, und Preußischen Hof, wie auch zum Theil in Ansehung derer Königreichen Pohlen, und Schweden zusammen treffen“. Jedoch schränkte er ein, dass man nicht davon ausgehen könne, dass die „vollkommene gute Gesinnung“ auf Dauer zuverlässig sei. „Allein das Absterben, oder der Fall des wohlendenckenden Cantzlers Bestuchef, nebst denen Preußischen, und Frantzösischen Intriguen könnten große Veränderungen verursachen“²⁴⁸.

Kaunitz betrachtete Russland im Grunde genommen „mit der gleichen Verachtung wie die Türkei als einen Staat, dessen Politik nicht von seinen wirklichen Interessen und festen Grundsätzen diktiert werde, sondern von dem rasch wechselnden, willkürlichen Belieben einzelner Personen abhängen.“²⁴⁹ Er beschrieb, „wie sehr öfters ein aufgebrachter- und heimlich verbitterter Ministre, seine Rach unter dem anscheinenden Dienst seines Herrns ausüben könne. Wann der König von Preußen nicht, zum Glück und gegen seine gewohnte Politique, des Cantzlers

²⁴⁶ Kaunitz, Denkschrift 235.

²⁴⁷ Weisung an den kaiserlichen Gesandten in Petersburg vom 14. Mai 1748 abgedruckt bei *Khevenhüller-Metsch*, Tagebuch Bd. 1745-49, 499-502, hier 501.

²⁴⁸ Kaunitz, Denkschrift 189f.

²⁴⁹ *Mediger*, Moskau 491.

Bestuchef,²⁵⁰ und Graffen Brühl Personen mit so starcken Vorwürffen angegriffen hätte, so ist zu vermuthen, daß beyde nicht mit so vielem Eyffer, und Angelegenheit, als dermahlen geschiehet, gegen Preußen arbeiten würden; Und wer die Menschliche Gemüths-Regungen kennet, der wird Staat darauf machen, daß die ernannte beyde Ministres gewisslich keine Gelegenheit, so einiger maßen mit ihres Hofs-Interesse vereinbarlich ist, aus handen laßen werden, ihren Muth zu kühlen, und denen Königl[ich] Preußischen Absichten sich directe, vel indirecte in den Weeg zu stellen.“²⁵¹ Diese antipreußische Stimmung sollte man sich „ohne Zeitverlust so viel möglich zu Nutzen“²⁵² machen, denn „überhaupt lehret die Erfahrung, wie leicht der Orten, die Conspirationen, und kecke Unternehmungen einen glücklichen Ausschlag gewinnen.“²⁵³

„Was aber dem Plan am meisten schaden, und entgegen stehen dürffte, ist das Rußische Vorhaben, Schweden mit Krieg zu überziehen.“²⁵⁴ Bestužev plante Schweden anzugreifen, da „der Schwedische Thronfolger [gedenke] gegen sein eydliches Versprechen, die Monarchische Regierungs-Form in Schweden wieder einzuführen“²⁵⁵. Dadurch wollte Bestužev „nicht allein die Abhängigkeit Schwedens von Rußland festigen, sondern zugleich auch den König von Preußen, der durch einen im Vorjahr mit Schweden geschlossenen Vertrag zum Beistand verpflichtet war, in den Krieg hineinzuziehen; er ging davon aus, daß durch den Krieg sämtliche Allianzen Rußlands mit England, Dänemark, Sachsen und Österreich wirksam würden und hoffte, mit Unterstützung der Verbündeten Preußen niederringen zu können.“²⁵⁶

Dieser nordische Konflikt barg für Österreich die Gefahr, entweder den engsten Verbündeten zu enttäuschen oder eine Versöhnung mit Frankreich unmöglich zu machen, denn „Franckreich kan Ehren und Nutzens halber solches nicht gern sehen, noch seinem Allirten die allianzmäßige Hülffe entziehen laßen, mithin wird diese Cron gleichsam gezwungen, sich mit Preußen enger zu verbinden, und von dem dießseitigen Gedancken immer mehrers zu entfernen.“ Außerdem würde der Krieg gegen Schweden, wie immer er ausgehen sollte, „zu keinem

²⁵⁰ Zu den Vorgängen die zu Bestuževs „wütenden Haß gegen den Mann, der kein Mittel gescheut hatte, um ihn ins Verderben zu stürzen“ geführt haben, siehe *Mediger*, Moskau 248f.

²⁵¹ *Kaunitz*, Denkschrift 175.

²⁵² *Kaunitz*, Denkschrift 226.

²⁵³ *Kaunitz*, Denkschrift 190.

²⁵⁴ *Kaunitz*, Denkschrift 222.

²⁵⁵ *Kaunitz*, Denkschrift 190.

²⁵⁶ *Schilling*, Kaunitz 99f.

directen Vortheil, wohl aber in soweit zu großem Schaden gereiche, daß hieraus die stärckere Verknüpfung zwischen Franckreich und Preussen erwachsen und solche weit aussehende Folgen entstehen können, [...] entweder sich selbst einen neuen und gefährlichen Krieg auf den Hals zu laden, oder Rußland hülfloß zu lassen, und andurch die Zuneigung eines respießlichen Alliirten zu vermindern, und erkalten zu machen;²⁵⁷ deshalb müsse man alles daran setzen, den russischen Hof dazu zu bringen, von seinem Vorhaben abzulassen und „das Frantzösische Ministerium außer fernerer Beysorge“ zu setzen. Es könnte weiters sehr ersprießlich sein, „daß Franckreich von der dießseitigen friedfertigen Gesinnung überzeugt, von einer näheren Einverständnüss mit Preußen abgehalten, und Ihm Anlaß gegeben werde, die Abwendung des besorglichen Schwedischen Verderbens hauptsächlich denen dießseitigen in Rußland eingelegten nachdrucksamen Vorstellungen beyzumessen, und diese bezeigte Aufmercksamkeit Danknehmig aufzunehmen.“²⁵⁸

Kaunitz ging auf einen Krieg Russlands gegen Schweden näher ein und erläuterte, dass Schweden den Verlust von „Pommern, Lief- und Ehst-Inngermannland, und einem großen Theil von Finnland, so zusammen ein Strich Landes von mehr als 150 Schwedischen Meilen, lauter Meer-Küsten, und guten Korn-Bodens“²⁵⁹ sowie das Anwachsen der russischen Übermacht noch keineswegs verschmerzt habe; eine Stärkung des Monarchen könne daher keinesfalls im Interesse Russlands liegen. Der Zeitpunkt des Angriffes schien darüber hinaus günstig, da sich die Pforte gegen Russland „nicht leicht aufhetzen lassen“ und Frankreich wohl schwerlich eine eigene Flotte entsenden, sondern lediglich Subsidien bewilligen werde.

Weit gefährlicher für Russland als Schweden erschien für Kaunitz der König von Preußen, der „zahlreiche Land-Macht, Geld-Vorrath, weit aussehende Idéen, nebst seinem bereits in Pohlen habenden, und nicht zu verachtenden, auch durch Geld leicht zu vermehrenden Anhang“²⁶⁰ besitze. Darüber hinaus hegte Preußen schon seit „des jetzigen Königs Ur-Groß-Vater“ Expansionsbestrebungen im Ostseeraum – Kaunitz nennt etwa „Pohlnisch Preußen“, „Curland“, „Mecklenburg“ und, eventuell als Gegenleistung für die Unterstützung gegen Russland, den schwedischen Rest von „Hinter-Pommern“ – und würde „in solchem Falle eine sehr

²⁵⁷ Kaunitz, Denkschrift 222.

²⁵⁸ Kaunitz, Denkschrift 223.

²⁵⁹ Kaunitz, Denkschrift 190.

²⁶⁰ Kaunitz, Denkschrift 191.

formidable See-Puissance in Norden abgeben, und wie allen seinen Nachbarn, also auch ins besondere dem Russischen Reich höchst gefährlich seyn“²⁶¹. Folglich müsse Russland sein Hauptaugenmerk auf Preußen richten; „ist aber diese Cron einmahl gedemüthiget, und wieder in seine alte Gränzen eingeschräncket, so ermangeln der Cron Schweden auch für das Künfftige die Kräfte, seinen bösen Willen in das Werck zu setzen.“ Da ein Krieg Russlands gegen Schweden Preußen aber kaum träfe, sondern ihm die Möglichkeit böte, die Nordischen Unruhen zu seinem Vorteil zu nutzen, so solle Russland „den größten Theil seiner Macht gegen Preußen gebrauche, dessen Lande ohnedeme noch gantz offen, und der Verwüstung der Cosaken, und Kalmucken exponirt, auch auf der Meer-Seiten wieder die Rusßische Galeeren schlecht verwahret seynd.“²⁶² Da Russland im Moment aber weder über das nötige Geld noch über einen erfahrenen kommandierenden General verfüge, solle es den Krieg vermeiden und bessere Gelegenheiten abwarten.

Kaunitz riet, „dem Rusßischen Hof sonderst alle dienliche Betrachtungen, warum, vermög seiner eigenen Wohlfahrt, auf des Königs in Preußen Schwächung für allem fürgedacht werden müste, überzeugend vor Augen zu legen“ und zu erläutern, dass „die Preußische- Schwäch- und Bezähmung, ohne Frantzösische Convenienz auf keine Weise anzuhoffen stünde.“²⁶³ Weiters solle man eröffnen, dass man bereit sei, „ein- oder andere auswärtige Provinz zu Sacrifizieren, andurch Frankreich zu erkauffen, und demnächst mit Preussen anzubinden, wann anderst Rußland den Anfang machen, in ein solides Concert eingehen, und solches nicht selbten durch einen voreiligen Krieg mit Schweden verderben wollte“²⁶⁴, da Schweden Frankreich mehr am Herzen liege als Preußen. In einem solchen Krieg gegen Preußen sah Kaunitz es als Russlands Aufgabe an, dass es „mit einer Armée von wenigstens 60^m bis 70^m Mann [...] den Anfang mache“, während Österreich und Frankreich „dem König in Preußen theils durch Subsidien-Versprech- theils durch Länder-Zutheilungen, so viel Feinde als möglich, auf den Halß zu ziehen“²⁶⁵ hätten.

Kaunitz „durchschaute eben nicht, was Bestužev mit seinem Vorgehen gegen Schweden eigentlich beabsichtigte, daß er nämlich in Wirklichkeit auf einem Umwege dem gleichen Ziele zustrebte wie er selbst.“²⁶⁶

²⁶¹ *Kaunitz*, Denkschrift 192.

²⁶² *Kaunitz*, Denkschrift 193.

²⁶³ *Kaunitz*, Denkschrift 223f.

²⁶⁴ *Kaunitz*, Denkschrift 224.

²⁶⁵ *Kaunitz*, Denkschrift 225.

²⁶⁶ *Mediger*, Moskau 491.

c) Frankreich

In der Literatur wird häufig auf Kaunitz' Vorliebe für die französische Kultur verwiesen²⁶⁷, allerdings wird ihm bei der Abkehr von den Seemächten und der Hinwendung zu Frankreich zumeist bescheinigt, dies sei nicht seiner kulturellen französischen Sympathie entsprungen, wenn es etwa heißt, dass Kaunitz „dem französischen Geist huldigte und im gesellschaftlichen Leben und in den kulturellen Bestrebungen dem klassischen Vorbilde Frankreichs nacheiferte, hat freilich seine politischen Ueberzeugungen und Pläne kaum beeinflusst“, sondern der „nüchterne, kühle Rechner richtete sich in der Politik allein nach den Grundsätzen der Staatsräson“²⁶⁸.

„Wie sehr des Durchlächtigsten Ertzhaußes und der Cron Franckreich Staats-Interesse gegen einander lauffe, und unterschieden seyn, erfordert keine weitläuffige Untersuchung, da es seit etlichen Saeculis die vielfältige Kriege genugsam bestärcken.“ Seit dem Utrechter Frieden sei allerdings mehrfach „der große Fehler begangen worden, daß sich bey Gegeneinanderhaltung des Oesterreichischen- und Bourbonischen Haußes, eine Balance vorgestellt, und das auf der Frantzösischen Seiten ausschlagende große Übergewicht nicht genugsam erwogen“²⁶⁹ wurde.

Frankreich stelle auch nach geschlossenem Frieden einen höchst gefährlichen Hof dar, aufgrund „seiner bekannten innerlichen Stärke, Verfassung, gleichen Regierungs-Form, und auf allen Seiten wohlverwahrten Gräntzen“ und seines guten Einverständnisses mit mächtigen Höfen wie der Pforte und Preußen. Darüber hinaus sei Frankreich seit „des Cardinalen Richelieu, und Mazarin Zeiten gewohnt, seine Staats-Absichten von weiten vorzubereiten, nach einem Plan beständig [...] zu Werck zu gehen.“²⁷⁰ Für seine „weit aussehenden Staats-maximen“²⁷¹ sei es allzeit bereit, solide Friedensschlüsse und teuer erkaufte Garantien zu brechen, wie die 1738 im Gegenzug für die Akquisition von Lothringen feierlich garantierte Pragmatische Sanktion beweise; diese Nichterfüllung der Garantie und der Angriff auf Österreich „ist ein solches treuloses Factum, davon in den Geschichten kein

²⁶⁷ Siehe etwa *Küntzel*, Fürst Kaunitz-Rittberg 11, der etwas herablassend meint: „Er war vollkommen durchdrungen von der Überlegenheit der französischen Kultur. Schon äußerlich ahmte er in fast geckenhafter Weise die Mode der Franzosen nach“.

²⁶⁸ *Braubach*, Versailles und Wien 386f.

²⁶⁹ *Kaunitz*, Denkschrift 196.

²⁷⁰ *Kaunitz*, Denkschrift 197.

²⁷¹ *Kaunitz*, Denkschrift 196.

Beispiel zu finden seyn wird.“ Trotz der späteren Reue des „Cardinal Fleury“ sei hier der lange gehegte Plan Frankreich zu erkennen, es zur „Universal Monarchie“ zu machen, sodass „alle Europaeische Mächte in gewisser Maaß unter seine Dependenz, und Führung gerathen wären.“ Der Sturz des Erzhauses wäre nach menschlichem Ermessen nicht zu vermeiden gewesen, „wann nicht die sich klar gezeigte Göttliche Providenz, einen Strich durch die übermüthige Rechnung gemacht“²⁷² hätte. Trotzdem sei Frankreich der Unterdrückung des Erzhauses – „schon längstens der Haupt-Gegenstand der Frantzösischen Politique“ – mit dem Verlust Schlesiens und dem Erstarren des Königs von Preußen – der Österreichs „Waffen für die See-Mächten ohnnütz machen, und von Franckreich abziehen“ würde und im Reich eine große Gegenpartie formieren könne, welche die Erklärung eines Reichskrieges und damit die Aufstellung einer zusätzlichen 60.000 bis 80.000 Mann starken Armee sehr erschweren, wenn nicht verunmöglichen würde – einen großen Schritt näher gekommen. Darüber hinaus werde die Schwächung Schwedens, eines traditionellen französischen Verbündeten, und der damit einhergehende schwindende Einfluss in Nordeuropa durch den Aufstieg Preußen überkompensiert, welcher Frankreich ein wirksames Mittel in die Hand gibt, „der Russischen Macht ihre Schrancken zu setzen.“²⁷³

Kaunitz gab sich überzeugt, die französische „Gesinnung ohne Vorurtheil“ analysiert zu haben, meinte aber, dass solche „general [...] Betrachtungen [...] keinen gesicherten Schluß für das Gegenwärtige an Hand geben“ und der „jetzige innerliche Frantzösische Zustand, die Gesinnung des Königs, des Ministerii etc.“ nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Da der König sich kaum um die Staatsgeschäfte kümmere, „seiner Maitresse einen ziemlich starcken Einfluß in den Geschäften verstatet“²⁷⁴ und jeder Minister versuche, seinen Kredit und sein Ansehen zu vergrößern, nähmen die Intrigen überhand. Die französische Politik werde nicht mehr „mit der Feine, Geschwindigkeit, Vereinbarung aller Umstände, Vorsicht, und Ordnung, als wie zu Zeiten Ludwig des XIV. oder des Cardinalen Fleuri geführt“. Puisieulx, der französische Staatssekretär des Auswärtigen, sei „billig, gerecht, friedfertig, und wie Ihm die Frantzosen ausstellen, nur allzu gelind.“ Er, der seinen Aufstieg der Pompadour zu verdanken habe, halte „sich an die Staatsmaxime, daß Franckreich seine Absichten ehender durch geheime Unterbauungen,

²⁷² Kaunitz, Denkschrift 197.

²⁷³ Kaunitz, Denkschrift 198.

²⁷⁴ Kaunitz, Denkschrift 198f.

und nach und nach, als durch Kriege und andere in die Augen fallende gewaltsame Mittel zu erreichen, und vor allem seine innerliche Kräfte herzustellen, und zu vermehren suchen solle“²⁷⁵ und gehe damit „theils aus Temperament, theils aus Politique, und theils aus Überzeugung“ von der Linie seines, der Militärpartei nahe stehenden Vorgängers d’Argenson ab.

Der Konflikt zwischen dem, den Frieden präferierenden, Ministerium und der Militärpartei sei gegen Ende des letzten Krieges deutlich zu Tage getreten, als Puisieulx ein Ende des Krieges anstrebte, da Frankreich entkräftet war, der Handel in den letzten Zügen lag und man einen „unglücklichen Streich, welcher alles bisherige Französische Glück der Waffen, auf einmal übereinander haufen werfen könne“²⁷⁶ befürchtete. Der sparsame und kaum kriegsbegeisterte König wünschte, auf Zureden der Pompadour und eingedenk seines und des Dauphins schwachen Gesundheitszustands und da ein, während des Krieges erfolgter, Todesfall innere Unruhen auslösen könnte, ebenfalls den Frieden. Allerdings fand das Militär Mittel, um „sich bey dem König beliebt, und necessaire zu machen“ und schaffte es, „mit seinen Consiliis dem Ministerio in Staats-Geschäften vorzugreifen;“ die Fortsetzung des Krieges diene nur des „Comte de Saxe“ und „Loewendahls“ „privat-Vortheil, und Ansehen“, führten „hingegen zu mehrerer Erschöpfung des Königl[ichen] Aerarii“²⁷⁷.

„Durch keinen geschwinderen- und sicherern Canal, als durch den Englischen konnte“ das französische Ministerium damals zu einem Friedensschluss gelangen. Dabei achtete es darauf, „das billige Mißvergnügen der Englischen Alliirten zu vergrößern, und die See-Mächten für das Künftige mehr einzuschläfern, auch dem Friedens-Geschäft, tam quoad materiam, quam formam, eine solche gestalt zu geben, daß das gantze Gebäude, wann es der ernannten Cron, und seiner Alliirten Interesse erforderte, mit leichter Mühe übereinander Haufen geworffen werden könnte.“²⁷⁸ Auch sei das Entgegenkommen Frankreichs an England keineswegs „aufrichtig gemeinet gewesen; vielmehr“ habe Frankreich seine großen Fehler des letzten Krieges erkannt und eingesehen, „gegen welche Macht künftighin sein haupt absehen zu richten.“²⁷⁹ Da die den Frieden wünschenswerten Umstände in Frankreich größtenteils noch vorherrschten, sei in nächster Zeit kein Krieg von dieser

²⁷⁵ Kaunitz, Denkschrift 199.

²⁷⁶ Kaunitz, Denkschrift 199.

²⁷⁷ Kaunitz, Denkschrift 200.

²⁷⁸ Kaunitz, Denkschrift 200.

²⁷⁹ Kaunitz, Denkschrift 201.

Seite zu erwarten, es sei denn, die Militärpartei gewönne ein Übergewicht oder Frankreich werde von anderen in einen Krieg gedrängt.

Daher könne Frankreich „in der That an dem Ausbruch der Nordischen Unruhen keinen Gefallen“ finden, da „wenigstens die Subsidien der Cron Schweden erhöht werden müsten“ und „allem Ansehen nach, [...] Rußland, oder Preußen, oder auch beyde zugleich, den grösten Vortheil“ ziehen würden. Dass ein Machtgewinn Russlands Frankreich ungelegen kam, daran war nicht zu zweifeln; dass aber auch ein Erstarcken Preußens Frankreich nicht zupass kommen konnte, stand für Kaunitz außer Frage. Denn auf Preußens Freundschaft – mag das derzeitige „Einverständnüss [...] so hochgestiegen seyn, wie immer es wolle“²⁸⁰ – sei „keinesweeges sicherer Staat zu machen“ und sein „Zusammenhang mit Engelland, und sein zweydeutiges Betragen, nebst der gegen Franckreich tragenden Jalousie, [...] hatte] sich nicht nur währenden Friedens-Tractaten, sondern auch zu der Zeit, [...] als die Rebellion in Schottland ausgebrochen“ war, gezeigt. Frankreich habe „auf gewisse Art die Schotten, und des Praetendenten Sohn Sacrifiziert“, da es befürchten musste, dass Preußen „seine Macht gegen Frankreich, und zu Vertheidigung des Königs von Engelland anwenden würde.“ Ein ähnlicher Interessenskonflikt sei künftig genauso möglich und Frankreich habe zuletzt am Beispiel Sardiniens erfahren, „daß, wann schwache Puissancen, durch öffteren Absprung zu einem gewissen Grad der Macht, und Consistenz gelanget, alsdann sich auch Ihre Staats-Absichten, und Verbündungen abzuändern pflegen.“²⁸¹

d) *Preußen*

„Soviel nun den König von Preussen anbetrifft, so verdienet Er sonder Zweifel in der Classe der natürlichen Feinden oben an, und noch vor der Ottomannischen Pforten gesetzt, mithin als der ärgste- und gefährlichste Nachbar des Durchläuchtigsten Ertzhaußes angesehen zu werden.“²⁸² Preußen stellt für Kaunitz den „Ausgangs- und Angelpunkt“²⁸³ einer Politik dar, deren Ziele er rückblickend so umschreibt: „La partie en était supérieurement bien liée, et l’objet, auquel elle était destinée, était non seulement la récupération de la Silésie et du Comté de Glatz,

²⁸⁰ Kaunitz, Denkschrift 201.

²⁸¹ Kaunitz, Denkschrift 202.

²⁸² Kaunitz, Denkschrift 205.

²⁸³ Kluebing, Lehre 230.

mais même la réduction de la Maison de Brandebourg à son état primitif de petite puissance très secondaire.“²⁸⁴

„Was die Monarchie durch den Verlust von Schlesien für einen weesentlichen, und ungemeynen großen Schaden erlitten, deßfalls enthalte mich billig, das empfindliche Angedencken vieles zu erneuern. Wann aber auch die Einkünfften zu verschmertzten wären, so findet doch solches bey denen allzugegründeten Betrachtungen nicht statt, daß durch Schlesien nicht etwa ein auswärtiges Glied, sondern ein haupt-Theil des Cörpers abgerißen“²⁸⁵ worden sei.

Geopolitisch war Schlesien für Österreich „das Glacis vor der Gebirgsfestung Böhmen, das sich in seiner nördlichen Ausdehnung dicht an die Lebenszentren Sachsens und Brandenburg-Preußens heranschob und Berlin ebenso wie Dresden in die Reichweite der österreichischen Waffen brachte. Mit ihr verlor es nicht nur das Vorgelände, das den von außen her verhältnismäßig leicht zu übersteigenden Gebirgswall sicherte, sondern es büßte auch seine wichtigste Position im Reiche ein, von der aus seine Macht unmittelbar auf die beiden bedeutendsten Kurfürstentümer ausstrahlte.“²⁸⁶ Preußen war durch den Zugewinn Schlesiens in der Lage, „in das Hertz der Erb-Länder einzubrechen, und der gantzen Monarchie den Letzten tödlichen Streich bezubringen.

Da Er [Friedrich II.] auch keinen Augenblick zweiffeln, und sich in alleweege darauf versehen wird, daß Schlesien dem Durchlächtigsten Ertzhauß gantz ohnverschmertzlich falle, und zu dessen Wiederherbeybringung keine thunliche Gelegenheit werde absäumet werden; so folget hieraus von selbst, daß die Preußische Politique, zu Erhaltung Ihrer Conquete, beständig dahin gerichtet seye, Oesterreich immer mehrers zu schwächen, mithin ihm die Kräfte und Mittel, zu ausführung seiner weitem Absichten zu benehmen, und daß solchergestalten, die beyden Höfe, auch für das Künfftige in der grösten Eifersucht, und ohnversöhnlichen Feindschafft fortleben werden.“²⁸⁷ „Und da das Oesterreichische- und Preußische Interesse so sehr gegen einander lauffet, mithin der Zustand allerdings für violent zu halten, ein oder das andere Hauß über Kurtz oder Lang wo nicht gäntzlich fallen,

²⁸⁴ „Opinion du Prince de Kaunitz-Rietberg sur l'état des circonstances militaires et politiques. Le 7 septembre 1788“ abgedruckt bei Karl Otmar Freiherr von *Aretin*, Heiliges Römisches Reich 1776-1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz 38, Wiesbaden 1967), Teil II, 1f, hier 2.

²⁸⁵ *Kaunitz*, Denkschrift 205.

²⁸⁶ *Mediger*, Moskau 379f.

²⁸⁷ *Kaunitz*, Denkschrift 205.

doch sehr geschwächt werden müste.“²⁸⁸ Damit erübrigte sich für Kaunitz jede weitere Analyse der preußischen Absichten von selbst.²⁸⁹

Das weitere Vorgehen Österreichs war, da ein Verzicht auf Schlesien nicht zur Disposition stand, für ihn eindeutig vorgezeichnet. „So wird für die erste, und haupt-Staats-maxime vorausgesetzt: Daß, weil der Verlust von Schlesien nicht zu verschmerzen, und der König in Preußen, als der größte, gefährlichste, und unversöhnlichste Feind des Durchlächtigsten Ertzhauses anzusehen; Also auch dießseits die erste, größte, und beständige Sorgfalt dahin zu richten, wie sich nicht nur gegen des ernannten Königs feindliche Unternehmungen zu verwahren, und sicher zu stellen, sondern wie Er geschwächt, seine Übermacht beschräncket, und das Verlohrne wieder herbey gebracht werden könne.“²⁹⁰ Dieses unüberbrückbaren Gegensatzes war sich auch Friedrich II. bewusst: „Von allen europäischen Mächten haben wir Österreich am meisten verletzt. Nie wird es den Verlust Schlesiens verschmerzen, nie vergessen, daß es sein Ansehen in Deutschland mit uns teilen muss.“²⁹¹

Da „ohne dem ein neuer Krieg, und vielleicht bey sehr niedrigen Umständen, nicht gar lang zu vermeiden seyn dürffte“²⁹², müsse man sich trotz aller Erschöpfung für eine neue Auseinandersetzung rüsten; Kaunitz mahnte aber, „sich in keine Offensiv-Maaßnahmen einzulassen, wann nicht die Hoffnung die Gefahr sehr überwieget, und so weit menschliche Beurtheilung zureichet, an einem glücklichen Ausschlag nicht zu zweifeln stehet“²⁹³. Dies sei aber „ohne anderer Mächte Mitwirkung“²⁹⁴ nicht machbar, deshalb empfahl er, „auch mit Preussen auf das neue allein anzubinden, nicht einstens in dem Supposito, daß alle übrige Mächten sich nicht darein mischen, sondern hiebey stillsitzen würden, rathsam zu seyn scheint“, da „die Preußische Macht, der Kayser[lichen] König[lichen] wo nicht sehr überlegen, doch wenigstens vor gleich zu halten, und die Erschöpfung der Erb-Landen hiebey nicht in Vergeß zu stellen“²⁹⁵ sei.

²⁸⁸ Kaunitz, Denkschrift 225f.

²⁸⁹ Schilling, Kaunitz 29.

²⁹⁰ Kaunitz, Denkschrift 208.

²⁹¹ Friedrich II., Das Politisches Testament von 1752. 207.

²⁹² Kaunitz, Denkschrift 225.

²⁹³ Kaunitz, Denkschrift 209.

²⁹⁴ Wenzel Anton Kaunitz, Vortrag vom 27. Juni 1755. Des Hof- und Staatskanzlers Abschilderung des eigentlichen General-Systems, wornach bisher seine Staats-Amts-Verrichtungen abgemessen worden. Druck bei Tibor Simányi, Kaunitz. Staatskanzler Maria Theresias (Wien/München 1984) 393-412, 395.

²⁹⁵ Kaunitz, Denkschrift 209.

3. Außenpolitische Ziele der Kaunitz'schen Politik

Im Folgenden soll nun ein Blick auf die Schlussfolgerungen, die Kaunitz aus seinen Überlegungen zieht, geworfen werden, um Kaunitz' außenpolitische Zielsetzungen für die Zeit nach Ende des Österreichischen Erbfolgekrieges bis hin zum Renversement des alliances (und dem darauffolgenden Siebenjährigen Krieg) betrachten zu können.

Auf die Frage, „Was dann nach denen jetzigen Umständen, für ein Systema dem allerhöchsten Dienst am gemäßesten seye?“²⁹⁶, meinte Kaunitz, die „erste, und haupt-Staats-maxime“ bestehe in der Wiedergewinnung Schlesiens und in der Reduktion Preußens „à son état primitif de petite puissance très secondaire.“²⁹⁷ Daher gelte es nun zu ergründen, „ob, und auf was für eine Art, die erwehnte große Absicht zu erreichen möglich; Und was dießfalls für Mittel einzuschlagen seyn?“

Das alte System sei „nur gegen das Bourbonische, und so wenig gegen das Chur-Brandenburgische-Hauß gerichtet gewesen, daß solche vielmehr unter die dießseitige ersprißliche Neben-Alliirte gezehlet, und aufgenommen worden“²⁹⁸. Auch habe sich „nicht nur die vorhienige Stärcke der Oesterreichischen Allianzen verminderet“ – von Holland sei „keine weesentliche Hülffe, und ergiebiger Beystand anzuhoffen“, „Engelland allein, und ohne Holland ist, so lang das genannte alte Systema empor gekommen, noch nie vermögen gewesen, dem Durchläuchtigsten Ertzhauß beyzuspringen;“ „die größte Hoffnung, beruhet nach dermahligen Umständen, auf Rußland; Sie ist aber für sich allein nicht zureichend, und der Gefahr der Veränderung unterworfen“ – „sondern sich zugleich der Zustand, in Ansehung der besorglichen Feinden, ungemein verschlimmeret“²⁹⁹. Dadurch seien die „Staats-Umstände [...] in den weesentlichen Stücken gantz abgeändert“ worden und es liege daher nahe, dass das alte System „nicht mehr den gantzen Zusammenhang der Geschäften in sich faße, noch als eine generale Regul und Richtschnur dienen, sondern nur nach Unterschied der Fällen, eingeschlagen werden könne.“³⁰⁰

Da sich der König von Preußen „einen starken Anhang in Engelland erworben“ habe, sei „von dieser Cron keine directe, und ernstliche Mitwürckung, um dem

²⁹⁶ Kaunitz, Denkschrift 208.

²⁹⁷ „Opinion du Prince de Kaunitz-Rietberg sur l'état des circonstances militaires et politiques. Le 7 septembre 1788“ abgedruckt bei Aretin, Heiliges Römisches Reich 1776-1806. Teil II, 1f, hier 2.

²⁹⁸ Kaunitz, Denkschrift 208.

²⁹⁹ Kaunitz, Denkschrift 207.

³⁰⁰ Kaunitz, Denkschrift 208.

besagten König Schlesien wieder zu entreißen, anzuheffen“³⁰¹, ja nicht einmal im Falle eines preußischen Angriffes sei hinreichende Unterstützung zu erwarten, da England „die währendem letzteren Krieg gebrauchte Ausflucht, daß die Vereinigte Macht der Aliierten, denen Cronen Franckreich und Preußen nicht gewachsen seye, wieder vor die Brust spannen würde.“³⁰² Auch gesetzt den Fall, die Seemächte würden „die Nutzbar- und Gerechtigkeit der dießseitigen Absichten“ anerkennen, wären sie doch „von Werckthätiger Theilnehmung an dergleichen Impegno weit entfernt“; und selbst wenn sich die Seemächte zu einer aktiven Teilnahme entschließen könnten, wäre das Kräfteverhältnis nicht ausgeglichen, da „bey Einmischung der See-Mächten, Franckreich nicht stille sitzen“³⁰³ werde und somit ein Ausgang wie im letzten Krieg zu befürchten wäre.

„Es ist also meines wenigen Ermessens, nach Beschaffenheit der jetzigen Staats-Umständen in keinem Fall einige Möglichkeit, zu Ausführung der bemerckten großen Absichten, vorzusehen, es seye dann, daß die Cron Franckreich auf ein- oder die andere Art vermöget werden könnte, nicht nur denen dießseitigen Unternehmungen sich nicht zu widersetzen, sondern zu solchen directè, oder wenigstens indirecte die Hände zu biethen, und andurch den Ausschlag zu geben.“³⁰⁴ Obwohl ein Engagement Frankreichs auf österreichischer Seite gegen Preußen „fast ohnmöglich anscheinen müße“, könne „mit aller Wahrscheinlichkeit der [...] Schluß gezogen werden, daß, wann Franckreich ein grösseres, und annehmlicheres Interesse bey dem Umsturtz, als bey Erhaltung des Königs in Preußen fände“³⁰⁵, es zu einer Mitwirkung zu bewegen sein dürfte. Dies führte zwangsläufig zu der Frage, ob denn „der Cron Franckreich ein solches größeres Interesse verschafft werden könne“. Die Möglichkeit hiezu sah Kaunitz am ehesten in einem „Etablissement des Infanten Don Philipp“, da der französische König „seinen Schwieger-Sohn näher bey sich zu wissen“ wünsche, welches man am ehesten in Italien oder den Niederlanden realisieren könne. Kaunitz präferierte die Idee, Don Philipp mit Savoyen zu belehnen und fasste seinen Plan mit folgenden Worten in zehn Punkten zusammen: „daß 1^o der König von Sardinien, theils durch harte, und feindlich anscheinende, theils durch gelinde Mittel, und Weege vermöget würde. 2^{do} Sein Hertzogthum Savoyen gegen die zu erhaltende Cession des Mayländischen,

³⁰¹ *Kaunitz*, Denkschrift 208.

³⁰² *Kaunitz*, Denkschrift 182.

³⁰³ *Kaunitz*, Denkschrift 208f.

³⁰⁴ *Kaunitz*, Denkschrift 209.

³⁰⁵ *Kaunitz*, Denkschrift 209f.

und zwar 3^{ti} nach Proportion der savoyschen Revenüen, dem Infanten Don Philipp zum Etablissement, statt der Hertzogthümer Parma, Piacenza, und Gustalla, welche 4^{to} Wiederumb dem Durchlächtigsten Ertzhauß gantz, und für beständig zuruckfielen, dergestalten abzutretten, daß 5^{to} Der Infant Savoyen für sich, und seine Männliche Descendenz, in solang besitzen, und als sein Etablissement genüßen sollte, bis Er, oder seine Nackommen zum Neapolitanischen- oder Spanischen Thron gelangete; Wann sich aber 6^{to} der Eröffnungs-Fall ereignete, alsdann sollte Savoyen, nicht wie in Ansehung des jetzigen Etablissement stipuliret worden, an den König von Sardinien, noch die Mayländische Entschädigung an Euer Kayser[liche] König[liche] May[es]t[ät] zurück fallen, sodern 7^{mo} Das ernannte Hertzogthum Savoyen der Cron Franckreich eigenthümlich verbleiben, und incorporiret, dem König von Sardinien aber Sitz, und Stimme auf dem Reichs-Tag, wie auch das Reichs Vicariat in Italien vorbehalten werden.

Was nun 8^{vo} Die besagte Cron gegen diesen Vortheil, und Länder-Zuwachs zu praestiren, und zu erfüllen hätte, bestünde in der zu übernehmende künfftigsten Bediengnüß, daß sie alles mögliche, wo nicht directe, mittels Anwendung ihrer eigenen gantzen Macht, jedoch 9^{no} Indirecte durch Alliirten vorkehren wolle, um Euer Kayser[lichen] König[lichen] May[es]t[ät] wieder zum Besitz, und Eroberung, des gantzen Hertzogthumbs Schlesien zu verhelffen, ohne deßen Erfolg 10^{mo} auch das neue Etablissement, und die nachherige Incorporation des Hertzogthumbs Savoyen gänzlich hinwegfallen, und Krafftloß verbleiben, mithin alles zu gleichen Schritten, und mit gleicher Sicherheit bewerkstelliget werden müste.“³⁰⁶

Selbst ohne direkte Beteiligung Frankreichs – „diese Cron [dürfte] sich schwerlich hierzu entschließen“³⁰⁷ – sei es mit seinem „geheimen Einverständnüß, und indirecten Mitwürckung“ und einer ergiebigen „Summ für Subsidien“ möglich, „bey anderen Höfen“ die Lust zu erwecken, „sich mit Preußischem Schaden zu vergrößeren.“ So sollten neben Russland Sachsen, Kurpfalz, Bayern und Kurköln gewonnen werden und „wann einmahl das Eiß gebrochen, und sie weiters keine Beysorge für Franckreich zuruckhaltet“, sei auch bei Kurhannover „und mehr anderen Höfen eine gleiche Gesinnung [...] anzuhoffen“; dann sei „menschlichen Vermuthen nach an einem glücklichen Ausschlag des Unternehmens nicht wohl zu zweiffeln“³⁰⁸. Dass es im Gegenzug zu einem Engagement der Seemächte auf

³⁰⁶ Kaunitz, Denkschrift 212f.

³⁰⁷ Kaunitz, Denkschrift 217.

³⁰⁸ Kaunitz, Denkschrift 217f.

Seiten Preußens kommen könnte, hielt Kaunitz – obwohl er schrieb, dass „das Frantzösische- und Englische Staats-Interesse schnur gerad gegen einander lauffe“³⁰⁹ – für nicht realistisch, da es „nach den dermahligen Umständen, nicht mit der geringsten Wahrscheinlichkeit zu vermuthen ist, daß sich Engelland, oder eine andere Macht vor den König in Preußen werkthätig an Laden legen, oder wegen seiner einen Krieg anfangen würde.“ Kaunitz hoffte ja, Hannover für einen Waffengang gegen Preußen gewinnen zu können und führte aus, dass „in dem gantzen Plan nicht das geringste enthalten ist, was gegen der See-Mächten Interesse lauffet, oder von Ihnen wiedrig ausgedeutet werden könnte; dahero auch solcher sich sogar mit der Staats-Maxime, daß sich mit den See-Mächten nicht zu verfeinden, sondern vielmehr Ihre Allianz zu suchen seye, vollkommen vereinigen laßt.“³¹⁰

Sollte der Plan allerdings scheitern oder für nicht verfolgenswert erachtet werden, so „bleibet nichts anderes übrig, als alle Aufmercksamkeit, Vorsicht, und Bemühen, auf die Defensivam, Befestigung der Ruhe, und auf die Sicherstellung vor feindlichen Anfällen zu richten.“ Dafür sei besonders wichtig, dass die „innerliche Verfassung überhaupt auf einen so guten, und dauerhafften Fuß, als immer möglich gesetzt“ und „eine so starcke Kriegs-Macht, als nur die Länder und Fonds ertragen können, beständig auf den Beinen erhalten“ werde, vor allem aber, dass man sich „von keinem, auch Alliierten Hof, gegen Franckreich, und noch weniger von Franckreich gegen die See-Mächten, und andere Höfe aufhetzen“³¹¹ und in kriegerische Auseinandersetzungen verwickeln lasse.

In seinem rückblickenden Vortrag vom 27. Juni 1755 („Des Hof- und Staatskanzlers Abschilderung des eigentlichen General-Systems, wornach bisher seine Staats-Amts-Verrichtungen abgemessen worden“³¹²) beschäftigte Kaunitz sich erneut mit der Wiedergewinnung Schlesiens und betrachtete kritisch die Wirksamkeit der alten Allianz in Bezug darauf; er versuchte darzulegen, warum er diese mal heftig kritisiert hatte, mal energisch für ihre Beibehaltung eingetreten war³¹³ und betonte,

³⁰⁹ *Kaunitz*, Denkschrift 181.

³¹⁰ *Kaunitz*, Denkschrift 222.

³¹¹ *Kaunitz*, Denkschrift 231.

³¹² *Kaunitz*, *Vortrag* 393-412.

³¹³ „Da ich [...] bei verschiedenen Gelegenheiten denen Verlangen der See Mächten mich eifrigst entgegengestellet, die Schwäche und Gebrechen ihrer Allianz aufzudecken mich bemühet, und Ihnen zugleich die stärkste Wahrheiten freymüthig unter die Augen geleet; hingegen bei anderen Gelegenheiten Ihnen in gewisser Mass das Wort gesprochen, und sich, so weit es mit dem Allerhöchsten Dienst zu vereinbahren gewesen, ihrem Ansuchen zu fügen, Allerunterthänigst angerathen habe.“ *Kaunitz*, *Vortrag* 393.

dass dies nicht „aus ungewissen oder mangelhaften Staats Grund Sätzen [...] erwachsen“ sei.

„Die Grund-Ursache“ der „höchstbedenkliche[n] und gefährliche[n] Umstände [...], worinnen sich das Durchlachtigste Ertzhauss in Ansehung seiner Freunden und Feinden, von innen und aussen, und auf allen Seiten befindet“ „ist sonder Zweifel der König in Preussen, und wann dieser nicht wäre, so könnte nicht schwer fallen zu allem übrigen Rath zu schaffen“; daher sei „bey allen Gelegenheiten und in allen Zeiten auf den mehrernannten König [...] zurückzusehen, und auf die thunlichste Mittel fürzudenken [...], wie fordersamst die Gefahr vor diesem Feind verminderet, und derselbe, wann es möglich wäre, gar übern Hauffen geworffen werden könne.“³¹⁴ Da dies aber „ohne anderer Mächte Mitwirkung“ nicht erreicht werden könne, müsse „zwar der Grund-Satz und Endzweck immer einerley verbleibe[n], [...] aber die Mittel, wie zu solchem zu gelangen, sich von Zeit zu Zeit und auf verschiedenerley Art abändern können.“³¹⁵ Von den sich seiner Meinung nach für Österreich bietenden Möglichkeiten – Beibehaltung der Allianz mit den Seemächten, Verbindung mit Frankreich und anderen katholischen Mächten³¹⁶ „gegen England, Preussen und die übrigen ihnen anhangende Protestantische Höfe“ oder keine vollkommene Abkehr von den Seemächten, sowie keine vollständige Hinwendung zu Frankreich – hielt Kaunitz die Beibehaltung des alten Bündnisses für den „natürlichsten sichersten und leichtesten“³¹⁷ Weg; allerdings „haben sich doch seithero nur allzuviele, und grosse Gebrechen bey demselben geäussert“, sodass man nicht umhin könne, Alternativen zu erwägen. An Gebrechen zählte Kaunitz die Unterlegenheit der „Stärke und Macht der diesseitigeu Allianz“ gegenüber der „Feinde [...] des Durchlachtigsten Ertzhausses“, das „Dictatorische, ungestimme und herschsüchtige Betrag[en] des englischen Hofes“ und die innere Schwäche der Seemächte auf; das Hauptargument erblickte Kaunitz darin, dass England „nur allein gegen diese Französische Uebermacht und nicht in gleicher Mass gegen Euer Maytt. übrige nicht minders gefährliche Nachbarn und Feinde“ vorgehe. „Der König in

³¹⁴ Kaunitz, *Vortrag* 394f.

³¹⁵ Kaunitz, *Vortrag* 395.

³¹⁶ Die Bedeutung des konfessionellen Arguments für ein Zusammengehen Österreichs und Frankreichs betont etwa Braubach, Versailles und Wien mehrfach, etwa 391 für die Zeit des Aachener Friedens; auch Johannes Burkhardt, Konfession als Argument in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Friedenschancen und Religionskriegsgefahren in der Entspannungspolitik zwischen Ludwig XIV. und dem Kaiserhof. In: Heinz Duchhardt (Hg.), Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume europäischer Außenpolitik im Zeitalter Ludwigs XIV. (Zeitschrift für Historische Forschung Beiheft 11, Berlin 1991) 135-154, hier 153, schreibt: „Versailles und Wien nutzten zur Anbahnung und zum Ausbau ihres Bündnisses [...] das konfessionelle Argument.“

³¹⁷ Kaunitz, *Vortrag* 396.

Preussen und die Ottomanische Pforte haben in das Engl. Staats Systema keinen ohnmittelbaren Einfluss, vielmehr wird von einem namhaften Theil der Nation, die Aufrechterhaltung und Freundschaft des Churhausses Brandenburg [...] als ein diensames Mittel angesehen, sich auf alle Fälle ein Mächtiges Hauss in Teutschland beyzubehalten, welches sowohl zur Unterstüzung der Protestantischen Religion sehr vortrüglich seyn, als das Regierende Königliche Hauss von Einführung einer despotischen Regierungs-Form, und von dem Missbrauch seiner Teutschen Landen beständig zurückhalten, und in die Stelle des Durchlauchtigsten Ertzhausses eintreten könne, falls mit diesem dereinst eine Veränderung vorgehen sollte.“³¹⁸ Dies bedinge für England und Österreich aber „ganz unterschiedliche Staats-Interesse[n]“, und aus diesen müssen notwendigerweise „gegeneinander streitende und die Allianz schwächende Massnehmungen [...] erwachsen“³¹⁹. Während England also „gantz zuverlässig vorsehen und Staat darauf machen [kann], dass Euer Maytt. in alle Künftige zwischen Frankreich und Engelland entstehende Kriege mit eingeflochten, und wieder Willen Sich genöthiget sehen werden die äusserste Kräfte zur Bestreitung des gemeinsamen Feindes mit anzuspannen“, sei „das Durchlauchtigste Ertzhauss keineswegs von einer gleichmässigen Englischen Hilfe auf den Fall versicheret, wann die Pforte oder der ernannte König dasselbe feindlich überziehen sollten“, besonders da England „den König in Preussen als eine Macht ansiehet, so in Ewer Maytt. Stelle eintreten könne.“ Unterstützung von Seiten der Seemächte sei „nur allein alsdan anzuhoffen, wann der Krieg in die Niederlande gezogen und der See Mächten Vormauer in Gefahr gesetzt würde, Woraus also von selbten erfolgt, dass bey der Allianz mit den See Mächten annoch eine sehr grosse, und sehr bedenkliche Ungleichheit vorwalte, und das Durchlauchtigste Ertzhauss nicht in der nämlichen Mass seine Rechnung hiebey finde.“³²⁰

Daher wäre es „höchst erwünschlich, dass ein solideres und besseres Systema ergriffen, und andurch die Wohlfahrt und Aufrechterhaltung des Durchlauchtigsten Ertzhausses befördert werden könnte“. Für eine ersprießliche Allianz mit Frankreich bedürfe es allerdings „des Französischen Hofes wahre und vollständige Neigung“ dazu, aber dieser habe auf bisherige vorsichtige österreichische Vorstöße nur „mit generalen und unschlüssigen Freundschafts-Versicherungen“ geantwortet. Solange Frankreich „zu keiner deutlicheren Sprache zu

³¹⁸ Kaunitz, Vortrag 397f.

³¹⁹ Kaunitz, Vortrag 399.

³²⁰ Kaunitz, Vortrag 399f.

bringen ist, [...] so lang kan auch von Seiten Euer Maytt. nicht einstens gewaget werden, sich auf das Neue und weiters als es geschehen ist, gegen den besagten Hof bloß zugeben, und wie man zu sagen pflegt, dergestalt zwischen zwey Stühle niederzusetzen, dass Euer Maytt. das Vertrauen und die Neigung bey denen See-Mächten völlig und vor beständig verschertzet, ohne Sich noch anderer Seits sichergestellt, und von der aufrichtigen Französischen Mitwürkung versichert zu haben.“³²¹ Wenngleich es „doch einem sehr grossen Zweifel unterworfen“ bliebe, ob Frankreich „jemahlen zu vermögen seyn würde, dem Durchlauchtigsten Ertzhauss zur Wieder Eroberung Schlesiens Hülffliche Hand zu biethen.“³²²

Sollte mit England eine solide Allianz zustande kommen, so würde dies „sonder Zweifel den natürlichsten und sichersten Weeg abgeben, die gemeinsame Sicherheit zu befördern und den König in Preussen [mittels] Russland, und andere ihm auf den Hals zu ziehende Feinde in das Gedräng zu bringen“³²³; dazu müsste England auf die österreichischen Bedingungen eingehen, „welche wann sie zur Erfüllung gelangen, das erwünschlichst und sicherste Mittel verschaffen, nicht nur die gemeinsame Sache aufrecht zu erhalten, sondern auch bey ausbrechendem Krieg, und wann sich keine besondere wiedrige Zufälle ergeben, dem König in Preussen behörige Gränzen setzen zu können.“³²⁴ Sollte auf England hingegen „keine Rechnung zu machen“ sein, so wäre „auf ein Neues Systema mit Ernst fürzudenken, und sich aller ergebenden Umständen zu bedienen, welche dahin führen können.“³²⁵

Bei einer Weigerung Englands, auf die österreichischen Bedingungen einzugehen, blieben London – angesichts der sich abzeichnenden kriegerischen Auseinandersetzungen mit Frankreich in Nordamerika – „keine andere Auswege übrig [...], als entweder dem Ausbruch des Kriegs mittelst Stiftung eines gütlichen Vergleichs wegen der Amerikanischen Strittigkeiten bevorzukommen, oder aber den König in Preussen auf seine Seite zu ziehen, und sich mit demselben statt des Durchlauchtigsten Ertzhausses auf das engste zu verbinden.“³²⁶ Bei einer Beilegung des Konfliktes zwischen England und Frankreich in Nordamerika „hätte wenigstens die gegenwärtige Gefahr ihre Endschaft erreicht“ und Österreich bekäme Bedenkzeit, „was von Seiten Euer Majestät zur Bevestigung der eigenen

³²¹ Kaunitz, Vortrag 401.

³²² Kaunitz, Vortrag 402.

³²³ Kaunitz, Vortrag 411.

³²⁴ Kaunitz, Vortrag 410.

³²⁵ Kaunitz, Vortrag 411.

³²⁶ Kaunitz, Vortrag 408.

Sicherheit für Weege einzuschlagen seyen“; sollte „Engeland (wie die letzteren Geheimen Nachrichten schon einige Spuhren enthalten) sich an Preussen wenden [...], so] würde es darauf ankommen, ob dieser König in die Englische Vorschläge eingehe, oder solche ausschlage und verwerffe.“³²⁷ Ein Eingehen Preußens auf die Pläne Englands schien Kaunitz aber „nach des ernannten Königs bekannter Gesinnung“ eher unwahrscheinlich; der vergebliche Versuch aber würde „den englischen Hof um so mehr in die Nothwendigkeit setzen [...], sich um Euer Maytt. werckthätigen Beistand sorgfältig zu bewerben, und denen diesseitigen auf die gemeinsame Wohlfahrt abzielenden Bedingnussen sich willfährig zu fügen.

Sollte aber Preussen gegen Vermuthen sich auf die Englische Seiten schlagen, und solcher gestalten der Cron Frankreich aus Händen gehen, So stünde nicht wohl zu zweiffeln, dass diese Cron selbst die vollständige Aussöhnung und Verbindung mit dem Durchlachtigsten Ertz Hauss suchen, folglichen zu einem solchen Neuen Systemati alle Erleichterungen geben würde, welches die erste Catholische Mächten gegen die Protestantische vereinbahrte, und die bisherige Gestalt des Europäischen Gleichgewichts völlig abänderte.“³²⁸

³²⁷ Kaunitz, Vortrag 408.

³²⁸ Kaunitz, Vortrag 409.

III. Handlungsspielräume

1. Einschränkungen durch das Gleichgewichtssystem

Die Handlungsspielräume der einzelnen Akteure, gleich ob man nun Staaten, deren Herrscher oder die für die Außenpolitik verantwortlichen Personen oder Konferenzen betrachtet, waren in Europa Mitte des 18. Jahrhunderts durch das vorherrschende Gleichgewichtssystem³²⁹ einer Pentarchie, welche Frankreich, England, Österreich, Russland und Preußen umfasste, bestimmt. Bei jeder größeren außenpolitischen Aktion musste Bedacht auf die Reaktionen der anderen Großmächte gelegt werden. Darüber hinaus dominierten zwei Interessenkonflikte das Staatensystem, schufen dadurch zwei Paarungen von Erzfeinden und schränkten damit die Möglichkeiten für Allianzbildungen unter den fünf Großmächten deutlich ein.

Auf der einen Seite existierte die Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich, welche sich vor allem in den überseeischen Gebieten manifestierte und die Kaunitz folgendermaßen beschrieb: „Es wird niemand widersprechen, daß das Französische- und Englische Staats-Interesse schnur gerade gegen einander lauffe“³³⁰. Kampfhandlungen auf See und in den Kolonien brachten meist einen eindeutigen Vorteil Englands mit sich; deutlich überlegen waren allerdings die französischen Truppen in Europa jenen Kurhannovers, welches aus französischer Sicht „englische kontinentaleuropäische mit kolonialpolitischen Interessen“ verzahnte und daher „ein Kompensationsobjekt der französischen Kolonialmacht“³³¹ war (weshalb es in England zuweilen als „Mühlstein Britanniens“³³² galt). England bedurfte daher eines kontinentaleuropäischen Partners, um die französischen Armeen in Schach und von Kurhannover fern zu halten, damit es seiner in Übersee eroberten Gebiete frönen konnte und diese nicht im Zuge eines Friedensschlusses im Austausch gegen Kurhannover wieder zurückgeben musste; Frankreich bedurfte im Gegenzug natürlich ebenfalls der Unterstützung einer anderen Macht.

Auf der anderen Seite standen sich in ihrem Kampf um Schlesien Österreich und Preußen gegenüber, wobei sich beide Seiten der Unversöhnlichkeit dieser

³²⁹ Siehe hierzu die mehrpoligen Gleichgewichtsmodelle (Modell 4) im ersten Kapitel.

³³⁰ *Kaunitz*, Denkschrift 181.

³³¹ *Wellenreuther*, Die Bedeutung des Siebenjährigen Krieges 155.

³³² *Duchhardt*, Balance of Power 108.

Auseinandersetzung bewusst waren. Schlesien galt für Österreich als unverzichtbar und Preußen musste daher „als der ärgste- und gefährlichste Nachbar [...] angesehen [...] werden“³³³; Friedrich II. war sowohl der unüberbrückbare Gegensatz, wie die Tatsache, dass Österreich den Verlust Schlesiens nie verschmerzen werde, bewusst.³³⁴ Zur Wiedergewinnung Schlesiens bedurfte Österreich eines oder mehrerer Partner, im Gegenzug war auch Preußen auf einen Bündnispartner angewiesen.

Angesichts dieser beiden fundamentalen Interessenskonflikte konnte jeder der vier beteiligten Staaten nur mit einem beliebigen Staat des anderen Konfliktpaares eine Allianz eingehen und musste hierbei damit rechnen, dass die beide übrigen Staaten ebenfalls in einer Kooperation zueinander finden würden. Somit blieben als mögliche Bündnisse nur England und Österreich gegen Frankreich und Preußen oder England und Preußen gegen Frankreich und Österreich. Dass diese beiden Konstellation möglich waren, war allerdings nicht allen beteiligten Parteien voll bewusst; so unterschätzte etwa Friedrich II. den Konflikt in Nordamerika – „die Bedeutung, die sowohl die Engländer als die Franzosen der Auseinandersetzung beimessen, bleibt ihm [...] verborgen“³³⁵ – und überschätzte die Feindschaft zwischen Frankreich und Österreich – er meinte etwa, Frankreichs „dauerndes Interesse besteht darin, das Haus Österreich zu erniedrigen“³³⁶ –, somit schloss er die zweite Bündnisvariante aus.

Russland droht in einer solchen Aufstellung unter den Tisch zu fallen, da es keine derart unüberwindlichen Konflikte mit einer der vier anderen Pentarchiemächte ausfocht, seine Interessenslage – Zurückdrängung des Einflusses Preußens, Außensteuerung Polens und Schwedens als „Vorfeldsicherung“, Expansion auf Kosten der Pforte – führte es aber tendenziell an die Seite Österreichs und in Konflikt mit Preußen. Die russische Armee war darüber hinaus zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf Subsidien ihrer Verbündeten angewiesen, wenn auch nicht vollkommen handlungsunfähig ohne diese.³³⁷

³³³ *Kaunitz*, Denkschrift 205.

³³⁴ *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 207.

³³⁵ *Strohmeyer*, Interaktion 195.

³³⁶ *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 209.

³³⁷ Friedrich II. meinte hingegen, loszuschlagen vermag Russland „freilich nur mit Hilfe englischer Subsidien“. *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 214.

Darüber hinaus gab es zwischen beinahe allen Akteuren je nach Zeitpunkt der Betrachtung kleinere oder größere Konflikte, von denen einige hier exemplarisch Erwähnung finden sollen. Zwischen Preußen und dem englischen König, seinem Thronfolger und dem hannoverschen Ministerium, die „gegen Preussen eine wahre, und personal-Feindschaft und Eifersucht tragen“³³⁸, zwischen England und Russland wegen der wirtschaftlichen Vorherrschaft im Ostseeraum, zwischen England und Österreich wegen der Hintanhaltung gemeinsamer allianzmäßig vereinbarter Aktionen (etwa der Eroberung Neapels oder Genuas), zwischen Österreich und Russland wegen der langen Zurückhaltung Österreichs den russischen Kaisertitel anzuerkennen, zwischen Frankreich und Russland wegen des französischen Versuchs der Errichtung einer *Barriere de l'Est* als Antwort auf die Bedrohung traditioneller französischer Alliierten (Schweden, die Pforte, Preußen) durch Russland, zwischen Frankreich und Preußen wegen des Zorns des französischen Hofes über die unbedachten Äußerungen Friedrichs II., zwischen Frankreich und den Habsburgern in Österreich schließlich die alte Feindschaft im Kampf um die Vormacht in Europa.

Keiner dieser Konflikte, am ehesten noch der letztgenannte, dessen schwindende Bedeutung ob seiner langen Tradition für Zeitgenossen nur schwer zu fassen war, bot allerdings das Potenzial, einen der beiden Hauptkonflikte zwischen England und Frankreich beziehungsweise zwischen Österreich und Preußen zu überdecken und somit neue Konstellationen an Allianzen zu ermöglichen. Darüber hinaus existierte keine andere Macht oder Mächtegruppe in Europa, die durch ihr Engagement Alternativen eröffnet hätte.

³³⁸ Kaunitz, Denkschrift 179.

2. Politischer Gestaltungswille als Streben nach Freiräumen

Da die Möglichkeiten zur Allianzbildung, wie gerade zu sehen war, in der Mitte des 18. Jahrhunderts für die beteiligten Akteure sehr eingeschränkt waren, da nur die Entscheidung zwischen zwei möglichen Partnern blieb und ein Wechsel nicht allein an ihnen lag, ging es den involvierten Personen vor allem darum, ihre eigenen Interessen in der eingegangenen Allianz stärker herauszustreichen und den oder die Bündnisgenossen nach Möglichkeit für die Durchsetzung eigener Wünsche vor den Karren zu spannen, sich aber aus Verwicklungen in Auseinandersetzungen des oder der Allianzpartner möglichst herauszuhalten. Kaunitz kritisierte dies etwa für das österreichisch-englische Bündnis, da sich England darauf verlassen könne, dass Österreich in alle zukünftigen Kriege zwischen England und Frankreich mit hineingezogen und zu vollem Einsatz genötigt werde, Österreich aber nicht auf eine gleichwertige Hilfe Englands für den Fall eines preußischen oder osmanischen Angriffes zählen könne.³³⁹

Sogar der Wunsch nach einem Bündniswechsel, wie ihn Kaunitz etwa in seiner Denkschrift von 1749 äußerte und den er als Botschafter in Paris umzusetzen versuchte, versprach, selbst im Rahmen der denkbaren Konstellationen und trotz eigener Anstrengungen, noch lange nicht die Möglichkeit zur Umsetzung, da es hierfür auch des Interesses des entsprechenden anderen Staates (im Falle Kaunitz der Frankreichs) für einen ebensolchen Wechsel bedurfte.

Neben der im letzten Abschnitt schon behandelten Möglichkeit seiner Allianz eine, den eigenen Ansprüchen stärker gerecht werdende, Ausrichtung zu geben, bot sich auch der Versuch an, mit dem Erzfeind des Allianzpartners, mit dem ja keine große Rivalität bestand und der auch den anderen möglichen Bündnispartner darstellte, eine Verständigung über die Neutralisierung neuralgischer Punkte zu erzielen, ohne dabei das jeweils eigene Bündnis aufs Spiel zu setzen. Dies bot den Vorteil, dass man sich stärker auf seine eigenen Hauptgegner konzentrieren konnte, während dessen Kräfte durch seine Allianzverpflichtungen zersplitterter waren. Einen ebensolchen Versuch starteten England und Preußen Anfang 1756, um aus Sicht Englands Kurhannover zu schützen und aus Sicht Preußens Österreich von seinen Allianzpartnern England und Russland, das durch ein Ende 1755 geschlossenes Subsidienabkommen an England gebunden war, zu trennen, um damit eine

³³⁹ Kaunitz, Vortrag 399.

Rückeroberung Schlesiens durch Österreich zu verhindern, da es diese nicht ohne Alliierte zuwege bringen würde. Um diese englisch-preußische Vorgehensweise besser verstehen zu können, die schlussendlich für Preußen genau zum Gegenteil dessen führte, was zu erreichen es gegolten hatte, muss zunächst ein Blick auf die Einschätzung der Lage durch Friedrich II. vor Abschluss jener Konvention von Westminster geworfen werden (hiezue dient im Folgenden sein politisches Testament von 1752³⁴⁰).

Den Gegensatz zwischen Frankreich und England hielt Friedrich II. für beständig und für den Kern des europäischen Staatensystems, denn bei „dem Gegensatz ihrer Interessen und ihrem alten Haß vertragen sich diese beiden Monarchien nur, wenn ihre beiden Länder menschenarm geworden und alles Geld in ihren Truhen vertan ist“; durch ihre Parteinahme bei Konflikten anderer Mächte „entsteht ein Gleichgewicht der Mächte, das zur Gleichheit der Kräfte zwischen Angreifer und Angegriffenen führt.“³⁴¹ Des unüberbrückbaren Gegensatzes zu Österreich – „unser Hauptfeind“³⁴² – war er sich voll bewusst,³⁴³ auch der Tatsache, dass Österreich ohne Alliierte nicht gegen Preußen kämpfen würde; die Auseinandersetzung Österreichs mit Frankreich überschätzte er allerdings, wenn er schrieb, Frankreichs „dauerndes Interesse besteht darin, das Haus Österreich zu erniedrigen“³⁴⁴ und es werde „nicht dulden, daß Österreich Schlesien zurückgewinnt“³⁴⁵. Russlands Feindschaft sah er vor allem begründet in „Bestushew, der Zar-Minister Rußlands, der im Solde des Wiener Hofes steht“³⁴⁶ und er nahm an, dass sich, sobald dieser in Ungnade gefallen war, „die beiderseitigen Interessen wieder nähern.“³⁴⁷ Darüber hinaus ging er davon aus, dass Russland einen Angriff auf Preußen „freilich nur mit Hilfe englischer Subsidien vermag“³⁴⁸. „Als er schließlich am 25. August 1755 Nachricht von dem bevorstehenden Abschluß eines Subsidienvertrags erhält, meint er, in eine fatale Lage zu geraten, da ein mit

³⁴⁰ *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 174-262.

³⁴¹ *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 212.

³⁴² *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 214.

³⁴³ „Von allen europäischen Mächten haben wir Österreich am meisten verletzt. Nie wird es den Verlust Schlesiens verschmerzen, nie vergessen, daß es sein Ansehen in Deutschland mit uns teilen muss.“ *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 207.

³⁴⁴ *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 209.

³⁴⁵ *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 213.

³⁴⁶ *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 214.

³⁴⁷ *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 216.

³⁴⁸ *Friedrich II.*, Das Politisches Testament von 1752. 214.

britischen Geldern finanzierter österreichisch-russischer Angriff in greifbare Nähe zu rücken scheint.“³⁴⁹

Die Preußen seien durch die „geographische Lage Nachbarn der größten Fürsten Europas [...]. Alle diese Nachbarn sind ebenso viele eifersüchtige oder ebenso viele geheime Feinde unserer Macht“³⁵⁰, daher „kann es Preußen nie an Bundesgenossen fehlen.“ Seit „der Erwerbung Schlesiens verlangt unser gegenwärtiges Interesse, daß wir im Bunde mit Frankreich und ebenso mit allen Feinden des Hauses Österreich bleiben. Schlesien und Lothringen sind zwei Schwestern, von denen die jüngere Frankreich, die ältere Preußen geheiratet hat. Dieser Bund zwingt sie zur gleichen Politik.“³⁵¹ Friedrich II. zeigte sich überzeugt, dass Frankreich es nicht dulden kann, dass „Österreich Schlesien zurückgewinnt; denn das wäre eine zu große Schwächung für einen Bundesgenossen Frankreichs, der ihm für die Verhältnisse im Norden und im Reich nützlich ist, und dessen Ablenkungsangriffe [...] Elsaß oder Lothringen im Fall einer großen unvermuteten Gefahr sicher retten.“ Auch in Bezug auf England sah er eine große Überlappung der Interessen: „Die Franzosen haben immer Misshelligkeiten mit den Engländern, wir desgleichen mit Hannover. Es geht also um dasselbe, und die Interessen beider Kronen befinden sich in Übereinstimmung.“ Daher folgerte er, „daß dies Bündnis natürlich ist, daß alle Interessen beider Höfe übereinstimmen und daß somit mehr die europäischen Konjunkturen als das Geschick der Unterhändler diese Bindungen hergestellt haben.“³⁵²

Friedrich II. hielt die Allianz mit Frankreich für vorteilhafter als eine mit England und Österreich, denn da dürfe man „im Kriegsfall auf Eroberungen hoffen, sofern das Glück die Anstrengungen unserer Waffen begünstigt.“ Ob der völligen Lethargie und schlechten Finanzwirtschaft Frankreichs und eingedenk der Tatsache, dass die Eroberung Schlesiens die Nachbarn Preußens aufgeschreckt habe, diese ihm nicht mehr trauten und Friedrich II. sein Leben als zu kurz ansah, „um sie wieder in Sicherheit zu wiegen“, beruhte sein „jetziges System [...] auf der Erhaltung des Friedens.“³⁵³

Wenn auch die Einschätzung des europäischen Machtsystems durch Friedrich II. in den meisten Punkten zutrifft, so überschätzt er doch den österreichisch-

³⁴⁹ *Strohmeyer*, Interaktion 195.

³⁵⁰ *Friedrich II.*, Das Politische Testament von 1752. 207.

³⁵¹ *Friedrich II.*, Das Politische Testament von 1752. 212.

³⁵² *Friedrich II.*, Das Politische Testament von 1752. 213.

³⁵³ *Friedrich II.*, Das Politische Testament von 1752. 213.

französischen Gegensatz, hält den russisch-preußischen Gegensatz für rein personell begründet und misst der Abhängigkeit Russlands von englischen Subsidien zu große Bedeutung zu. „Zu guter Letzt unterschätzt er noch die Bedeutung der Kolonien und ihr Gewicht in den englisch-französischen Auseinandersetzungen.“³⁵⁴

Der Konflikt in Nordamerika zwischen England und Frankreich spitzte sich im Laufe der Jahre 1754-1755 immer weiter zu³⁵⁵ und brachte die Verantwortlichen in England dazu, mit Russland „die sich hinschleppende Subsidienverhandlung zu einem raschen Abschluß zu bringen“, um Hannover gegen Preußen zu schützen. „Wegen der Deckung Hannovers gegen eine französische Invasion und wegen des Schutzes der Niederlande wandten sie sich gleichzeitig an den traditionellen Verbündeten Österreich. In der Voraussetzung, dieses kraft seines eigenen Interesses an der Verteidigung seiner gefährdeten Provinz ohne weiteres für sich gegen Frankreich einspannen zu können, verlangten sie die Zusammenziehung und Bereitstellung einer Armee“ in den österreichischen Niederlanden. „Die Antwort, welche ihnen auf ihr Ansinnen zuteil wurde, öffnete ihnen die Augen darüber, daß durch die altehrwürdige Allianz ein Spalt lief, den wenigstens Newcastle bisher nicht hatte sehen wollen, und der um so weiter auseinanderklaffte, je größer die Gefahr einer ernsten Belastungsprobe wurde.“³⁵⁶

„In diesem Augenblick hatten die Engländer bereits ihre Fühler nach Preußen ausgestreckt.“³⁵⁷ Dies erfolgte über den Herzog von Braunschweig, einen Schwager Friedrichs II., dem man die Vermählung einer seiner Töchter mit dem Prinzen von Wales (dem Enkel Georg II. und späteren Georg III.) in Aussicht gestellt hatte; die Reaktion war allerdings „äußerst zurückhaltend, da ein Eingehen auf die britischen Vorschläge – keine direkten oder indirekten Aktionen gegen Hannover, keine Hilfeleistung an Frankreich bei Unternehmungen in Deutschland, keine Störung der Verteidigungsmaßnahmen Georgs II. und Hinderung Frankreichs an einer Invasion in Hannover – mit Sicherheit eine schwere Verstimmung des französischen Verbündeten zur Folge gehabt hätte.“³⁵⁸ Friedrich II. „wollte Zeit gewinnen, [...] sich auf nichts einlassen, was ihn Frankreich entfremden konnte“³⁵⁹, den britischen Antrag allerdings auch nicht zurückweisen und sich die Tür zu weiteren

³⁵⁴ *Strohmeyer*, Interaktion 197.

³⁵⁵ *Higonnet*, Origin 58.

³⁵⁶ *Mediger*, Moskau 486.

³⁵⁷ *Mediger*, Moskau 500.

³⁵⁸ *Strohmeyer*, Interaktion 197.

³⁵⁹ *Mediger*, Moskau 566.

Verhandlungen offen halten; denn „in keeping abreast of British subsidy negotiations, especially those with Russia, he received information, that Williams [der britische Gesandte in St. Petersburg] was making continued progress at St. Petersburg and that the conclusions of the convention was only a matter of time.“³⁶⁰ Als Friedrich II. Ende August 1755 erfuhr, „daß die Konvention unmittelbar vor dem Abschluß stand, wenn sie nicht überhaupt schon unterzeichnet war“³⁶¹, ergriff er nun selbst die Initiative und ließ „seine Bereitschaft erkennen, die Neutralität Hannovers unter bestimmten Umständen zu akzeptieren“³⁶², meinte aber, „da England die Verhandlungen begonnen, so müsse es sich auch zuerst äußern“³⁶³. Nun hatte man es allerdings „in London gar nicht eilig“³⁶⁴. Für Friedrich II. spitzte sich die Lage hingegen zu, da für ihn angesichts „seiner Gewißheit über die Bedrohung durch Österreich und Rußland [...] die Vorstellung eines von England finanzierten Einfalls beider Länder in Schlesien und Ostpreußen konkrete Gestalt“³⁶⁵ annahm.

Da Friedrich II. von seinem Gesandten in Paris, dem Freiherren von Knyphausen, darüber informiert worden war, dass „die französische Regierung sich dafür entschieden habe, zunächst alle Kraft auf das eigentliche Kampfbjekt, die Kolonien, zu konzentrieren, und nur, wenn den französischen Waffen in Amerika und zur See der Erfolg versagt bliebe und die englische Marine unwiederbringlich die Oberhand gewinnen würde, den Gegner in Europa anzugreifen“, er nunmehr von „der englischen Regierung wußte [...], daß sie nicht, wie er im Frühjahr angenommen hatte, den Krieg nach Europa spielen, sondern ihn vielmehr auf die See und die Kolonien beschränken wollte, und daß ihre Subsidienpolitik nur den Zweck hatte, den Kontinent ruhig zu halten und die beiden verwundbaren Stellen Großbritanniens,“ Hannover und die österreichischen Niederlande, zu decken, auch Österreich zutage legte, dass „es nicht gewillt war, sich von seinem Verbündeten in einen Kampf gegen Frankreich zur Verteidigung der Niederlande treiben zu lassen“, er „Rußland für hilflos abhängig von der Finanzkraft Großbritanniens“ hielt, welches seinen Willen nur „mit Hilfe fremden Geldes in die Tat umsetzen konnte“, gewann Friedrich II. „den Eindruck, daß der Friede auf dem Kontinent im Augenblick von keiner Seite bedroht war, daß aber die Gefahr einer ernstlichen Ruhestörung innerhalb der nächsten

³⁶⁰ *Kaplan*, Russia 21.

³⁶¹ *Mediger*, Moskau 566.

³⁶² *Strohmeyer*, Interaktion 197.

³⁶³ Friedrich II. an den Herzog von Braunschweig, 13. Oktober 1755. In: Otto *Bardong* (Hg.), Friedrich der Große Nr. 173, 328f.

³⁶⁴ *Mediger*, Moskau 569.

³⁶⁵ *Strohmeyer*, Interaktion 198.

Zukunft bei Frankreich lag“, denn „er war überzeugt, daß dieses in Folge der Unterlegenheit seiner Flotte, früher oder später von seiner Landmacht werde Gebrauch machen müssen“³⁶⁶; daher lag Friedrich II. sehr daran, dass England „sein russisches Subsidiarkorps“ nicht in Deutschland zur Abwehr der Franzosen einsetzen konnte – England strebte in erster Linie einen Schutz Hannovers vor einem Angriff Preußens an –, und so schrieb er (an seinen Geschäftsträger in London) „ich glaube die Sache könnte sich machen, indem der König von England und ich für die Zeit der augenblicklich in Europa bestehenden Wirren einen Neutralitätsvertrag abschließen, ohne weder die Franzosen noch die Russen zu nennen, um niemand zu verstimmen“³⁶⁷ und welcher darauf hinauslief, sich „dem Einmarsch fremder Truppen nach Deutschland mit vereinten Kräften [...] zu widersetzen“, wobei Friedrich II. darauf bestand, die österreichischen Niederlande explizit auszuklammern – die Neutralität sollte „nur für Deutschland im eigentlichen Sinne gelte[n] und nicht auf das Reich bezogen“ werden – wodurch „einerseits die Franzosen und [...] Russen von Deutschland ausgesperrt“ wurden, andererseits in den österreichischen Niederlanden ein Raum geschaffen wurde, „auf den der Kampf zwischen England und Frankreich lokalisiert werden konnte, wenn letzteres durch seine Schwäche zur See dazu gezwungen wurde, ihn auf dem Festlande auszutragen.“³⁶⁸

Als Friedrich II. die Konvention von Westminster „unterschrieb, tat er es in der Hoffnung durch einen Federstrich die furchtbare Koalition gesprengt zu haben, der Preußen früher oder später hätte erliegen müssen“³⁶⁹ und in der „Meinung, durch seine Unterschrift das europäische Kräftegleichgewicht bewahrt zu haben.“³⁷⁰ Überzeugt vom Erfolg des Vertrags, schrieb er an seinen Bruder August Wilhelm, den Prinzen von Preußen: „Meine Lage war sehr heikel, und noch jetzt bin ich in Nöten, aus denen ich mich nur durch große Rücksichtnahme und zarte Behandlung der Dinge herausziehen kann. Nach bester Einsicht habe ich gehandelt ... Jetzt kommt es nur noch darauf an, die letzte Hand anzulegen, das Werk zu vervollkommen und die nötigen Verbesserungen anzubringen. Ich versichere Dir, daß ich alle Kraft daran setze und nichts verabsäume, um die furchtbare Liga zu

³⁶⁶ *Mediger*, Moskau 571-573.

³⁶⁷ Friedrich II. an den Geschäftsträger in London, Michell, 7. Dezember 1755. In: *Bardong* (Hg.), Friedrich der Große Nr. 175, 331.

³⁶⁸ *Mediger*, Moskau 572f.

³⁶⁹ *Mediger*, Moskau 573.

³⁷⁰ *Strohmeyer*, Interaktion 200.

sprengen, der der Staat früher oder später erlegen wäre. Mit der gleichen Politik haben die Römer ihre Feinde zu entzweien verstanden, und indem sie sie nacheinander bekämpften, haben sie alle besiegt.

Dieses Jahr glaube ich gewonnen zu haben, es ist mir ebenso wertvoll wie fünf der letzten Jahre, und wenn ich in der Folge als Vermittler zwischen den kriegführenden Mächten dienen kann, habe ich Preußen die größte Rolle verschafft, die es in Friedenszeiten spielen kann. Oder hältst Du es für nichts, der Königin von Ungarn Einhalt zu bieten, Sachsen zu demütigen oder, besser gesagt, in sein Nichts zurückzustoßen und Bestushew zur Verzweiflung zu bringen? Und das alles sind die Folgen eines kleinen Federstriches.³⁷¹

³⁷¹ Friedrich II. an August Wilhelm, 19. Februar 1756. In: *Bardong* (Hg.), Friedrich der Große Nr. 183, 339f.

3. Erfolge und Ernüchterungen

Ganz anders stellte sich die Lage für Kaunitz dar. In seiner außenpolitischen Konzeption – deren „erste, und haupt-Staats-maxime“ bestand in der Rückeroberung Schlesiens und der Reduktion Preußens „à son état primitif de petite puissance très secondaire“³⁷² – war er davon ausgegangen, dass eine Wiedergewinnung Schlesiens nur möglich war, wenn Frankreich den österreichischen Bemühungen „directè, oder wenigstens indirecte die Hände zu biethen, und andurch den Ausschlag zu geben“³⁷³ bereit wäre. Um Frankreich einen Vorteil zu verschaffen, der es auf die Seite Österreichs brächte, entwickelte Kaunitz große Pläne, von denen schon weiter oben die Rede war, deren Verwirklichung aber nie gelang. Nun lieferte ausgerechnet Friedrich II. – kalkulierend, dass Russland ohne englische Subsidien nicht Krieg führen und Österreich ohne Russland keinen Angriff wagen könne, darüber hinaus annehmend, dass sein Bündnis mit Frankreich nicht gefährdet sei – durch die Annäherung an England Kaunitz jene Möglichkeit, die er ein halbes Jahr zuvor noch nicht vermutet hätte³⁷⁴ und die er nun in den höchsten Tönen pries: „La Providence préparait, entre-temps, un événement décisif pour le bonheur de la maison d’Autriche.“³⁷⁵

Darum wurde die Konvention in Wien „als willkommener Vorwand herangezogen, um sich vom englischen Bündnispartner zu lösen, ohne selbst dafür die Schuld zu tragen“³⁷⁶, und so teilte Maria Theresia – welche der Meinung war, Friedrich II. habe „durch seinen Tractat mit Engeland den grössten Staatsfehler begangen“³⁷⁷ – dem britischen bevollmächtigten Minister in Wien mit: „Nicht ich habe das alte System aufgegeben; sondern Ihr Hof hat zu gleicher Zeit das System und mich verlassen, indem er den Vertrag mit dem Könige von Preußen schloß. Die Nachricht von diesem Vertrage hat mich so getroffen, als hätte mich der Schlag gerührt. Denn ob ich gleich von verschiedenen Orten mancherlei Nachrichten erhielt,

³⁷² „Opinion du Prince de Kaunitz-Rietberg sur l’état des circonstances militaires et politiques. Le 7 septembre 1788“ abgedruckt bei *Aretin*, Heiliges Römisches Reich 1776-1806. Teil II, 1f, hier 2.

³⁷³ *Kaunitz*, Denkschrift 209.

³⁷⁴ *Kaunitz*, Vortrag 409.

³⁷⁵ Wenzel Anton *Kaunitz*, „Mémoire du chancelier de cour et d’État comte Kaunitz, exposant et justifiant la manière dont le traité secret d’alliance avec la France a été négocié.“ Druck bei Gustav Berthold *Volz*, Georg *Küntzel* (Hg.), Preussische und Österreichische Acten zur Vorgeschichte des Siebenjährigen Krieges (Publicationen aus den k. preussischen Staatsarchiven 74, Leipzig 1899) 726-739, hier 733.

³⁷⁶ *Strohmeyer*, Interaktion 202.

³⁷⁷ Maria Theresia an Esterhazy. Wien, 17. Juli 1756. Druck bei *Volz*, *Küntzel*, Acten 473-475, hier 474.

daß solch ein Vertrag im Werke sey, konnte ich doch niemals dahin gebracht werden es zu glauben. Jetzt aber, nachdem es gewiß ist, betrachte ich das alte System als nicht mehr vorhanden, und deshalb muß ich auch entschuldigt seyn, wenn ich Maaßregeln ergreife, die zu meiner Sicherung nöthig erscheinen.“³⁷⁸

In St. Petersburg – wo zwei Tage zuvor der Subsidienvvertrag zwischen Russland und England unterzeichnet worden war – traf die Nachricht von der Westminsterkonvention „wie ein Blitz aus heiterem Himmel [...] den Kanzler und die Kaiserin.“ Empört „über das falsche Spiel, das man mit ihr getrieben habe“, bereute sie es „bitter, die Ratifikation bereits vollzogen zu haben“, denn „schwerer konnte sie gar nicht gekränkt werden als durch diese offenbare Nichtachtung.“ In London glaubten die Briten tatsächlich „in hochmütigem Vertrauen auf ihre Geldmacht, mit Rußland als ihrem Lohnempfänger nach Belieben umspringen zu können. ‚Da wir den Pfeifer bezahlen, ist es nicht unbillig, daß er die Melodie bläst, die wir haben wollen‘, ließ sich der Staatssekretär Holdernesse vernehmen.“³⁷⁹ Als Reaktion auf die Westminsterkonvention ließ man in St. Petersburg „verlauten, das Abkommen verstoße gegen den Geist des Subsidienvtrags und mache diesen hinfällig.“³⁸⁰ Darüber hinaus wurde „einmütig beschlossen, die günstige Gelegenheit des anhebenden Krieges zwischen Frankreich und England auszunutzen, um den langgehegten Plan in die Tat umzusetzen und den Angriff auf Preußen zu eröffnen, und zwar gemeinsam mit Österreich.“ Um Österreich „auf jeden Fall für das Unternehmen zu gewinnen, sollten alle mit der Würde der Kaiserin zu vereinbarenden Bemühungen angewandt werden, um Frankreich dahin zu bringen, daß es die Zerstückelung Preußens ruhig geschehen ließ und Österreich dabei nicht in den Arm fiel.“³⁸¹

In Paris zeigte man sich „betroffen und empört“ und erging „sich vor allem in scharfen Ausfällen gegen Friedrichs unangemessenen, gefährlichen Ehrgeiz und seine Treulosigkeit“ und beschloss „als Antwort auf die Westminsterkonvention die Nichterneuerung des eigenen Bündnisses mit Preußen“³⁸². Trotz Widerstands, vor allem von Seiten des Außenministeriums, das „an die 250jährige Erbfeindschaft

³⁷⁸ Friedrich von *Raumer*, Beiträge zur neueren Geschichte aus dem britischen Museum und Reichsarchive (Leipzig 1836-39) II, 330.

³⁷⁹ *Mediger*, Moskau 618.

³⁸⁰ *Strohmeyer*, Interaktion 202.

³⁸¹ *Mediger*, Moskau 622.

³⁸² *Braubach*, Versailles und Wien 438f.

zwischen Bourbon und Habsburg als Axiom der französischen Politik gewöhnt“³⁸³ war, erklärte sich Ludwig XV. bereit, in nähere Beratungen mit Österreich einzutreten, wenngleich Frankreich „noch viele Skrupel und Anstände hat oder wenigstens zu haben behauptet, den König von Preußen zu opfern“³⁸⁴, wie Graf Georg Adam Starhemberg, österreichischer bevollmächtigter Minister in Paris, berichtete. Dennoch konnte er am 27. Februar 1756 Folgendes nach Wien melden: „Quant à la substance, il est certain que l'on entre non seulement, au moins en partie, dans nos vues contre le roi de Prusse, et que l'on consent à ce que nous lui reprenions avec le secours de Russie les États qu'il nous a enlevés, mais que même on ne fera pas difficulté de concourir efficacement à l'exécution de ces vues en nous fournissant des secours en argent, dont nous pourrions avoir besoin.“³⁸⁵

Aus Wien erhielt er daraufhin die Instruktion, zuerst zur Sicherstellung der eigenen Position einen Neutralitätsvertrag mit Frankreich abzuschließen, da „Österreich ohne Verlass auf seine Alliierte, rings von Feinden umgeben, und der König in Preussen im Besitz einer ‚Fickmühle‘ sei, indem er sich beliebig auf die Seite Englands oder Frankreichs hinüberschlagen könne“³⁸⁶. Der Neutralitätsvertrag sollte aber auch als Vorbereitung einer offensiven Allianz dienen können, welche Russland und eine „dritte Armee“³⁸⁷, gebildet aus anderen, Preußen benachbarten „Staaten, etwa Schweden, Pfalz, Sachsen“³⁸⁸ beinhalten könne.³⁸⁹

Längere Verhandlungen, in denen sich der sofortige Abschluss eines Offensivvertrags als undurchführbar herausgestellt hatte und von französischer Seite von Anhängern der „alten Richtung“ eine Abwendung von Preußen noch zu verhindern versucht worden war, fanden in einem Neutralitäts- und Defensivabkommen, das am 1. Mai 1756 in der Nähe von Versailles unterzeichnet wurde und das unter dem Namen des ersten Vertrags von Versailles in die Geschichte eingegangen ist, ihren Abschluss. Der „traité d'amitié et d'union purement défensif“ [...] enthielt die Zusicherung gegenseitiger aufrichtiger Freundschaft, die Bestätigung des Westfälischen Friedens und aller seitdem

³⁸³ Weis, Frankreich 233.

³⁸⁴ Zitat Braubach, Versailles und Wien 440.

³⁸⁵ Starhemberg an Kaunitz. Paris, 27. Februar 1756. Druck bei Volz, Küntzel, Acten 245-249, hier 247.

³⁸⁶ Maria Theresia an Starhemberg. Wien, 22. Februar 1756. Druck bei Volz, Küntzel, Acten 230-232, hier 230.

³⁸⁷ Kaunitz an Starhemberg. Wien, 7. März 1756. Druck bei Volz, Küntzel, Acten 253f, hier 254.

³⁸⁸ Starhemberg an Kaunitz. Paris, 27. Februar 1756. Druck bei Volz, Küntzel, Acten 245-249, hier 247.

³⁸⁹ Volz, Küntzel, Acten 249-252.

miteinander geschlossener Verträge, die Garantie aller Besitzungen, wobei nur für den in Gang befindlichen englisch-französischen Krieg gemäß der Neutralitätskonvention verfahren werden sollte, und für den Fall eines Angriffs von dritter Seite die Fixierung der zu leistenden Hilfe auf ein Korps von 24.000 Mann. Weiter war in Geheimartikeln verabredet, daß bei Angriff einer mit England verbündeten Macht auf europäische Besitzungen Frankreichs die österreichische Unterstützungspflicht in Kraft trat, wie umgekehrt die französische bei Bedrohung kaiserlichen Gebiets aus Anlaß des derzeitigen Krieges“³⁹⁰.

Der Vertrag wurde vor allem von österreichischer Seite – trotz seiner Unvollständigkeit, die keine Offensivunternehmungen erlaubte – mit großer Genugtuung aufgenommen; Khevenhüller berichtet, Maria Theresia habe den „Acte de neutralité und Traité défensif [...] unterschrieben, welches sie mit ungemainen Vergnügen gethan und sich hierbei der Expression bedienet, daß gegenwärtiger der erste Tractat wäre, welchen sie in Zeit ihrer Regierung gern und de bon coeur unterzeichnet hätte“³⁹¹. Die Verhandlungen über eine weitergehende Allianz zogen sich, ohne dass sich eine rasche Einigung abgezeichnet hätte, die nächsten Monaten dahin, wurden allerdings durch den am 29. August 1756 durch Friedrich II. – welcher seine in die Konvention von Westminster gesetzten Hoffnungen enttäuscht und eine überlegene Koalition der Kontinentalmächte gegen sich im Entstehen sah und daher meinte, einem sich daraus ergebenden Angriff zuvorkommen zu müssen – veranlassten preußischen Einmarsch in Sachsen auf eine ganz neue Grundlage gestellt.³⁹² Da nun Frankreich aufgrund des Defensivvertrags seinen neuen Bündnispartner mit 24.000 Mann unterstützen und damit in einen Krieg mit Preußen eintreten musste, gewann in Frankreich die Sorge Oberhand, dass Österreich mit der Unterstützung Russlands und der von Frankreich aufgrund des Defensivtraktats zu leistenden Hilfe Schlesien quasi alleine zurückerobern und Frankreich aus dem Bruch mit Preußen gar keinen Nutzen ziehen könnte. Da man nun in Wien die eigene Position als recht günstig ansah und meinte, dass „die Verlegenheit der französischen Regierung über ein Scheitern der Verhandlungen viel größer sein müßte, als die Oesterreichs“³⁹³, wollte man nichts übereilen und stellte eine Reihe an Forderungen, vor allem was die die französische Hilfeleistung militärischer und

³⁹⁰ Braubach, Versailles und Wien 444.

³⁹¹ Khevenhüller-Metsch, Tagebuch, Bd. 1756-57, 22.

³⁹² Braubach, Versailles und Wien 449.

³⁹³ Braubach, Versailles und Wien 451.

finanzieller Natur als auch weitere territoriale Zugewinne auf Kosten Preußens betraf. Bis zum April 1757 konnten „nach einer allerdings noch ‚sehr mühsamen und höchst beschwerlichen Discussion‘ nunmehr alle Hauptanstände, die den Abschluß der Verhandlung gehemmt hatten, aus dem Wege geräumt“³⁹⁴ werden und somit am Jahrestag des ersten Versailler Vertrags, am 1. Mai 1757, der zweite Versailler Vertrag unterschrieben werden, mit dem der bereits mit dem ersten Versailler Vertrag vollzogene Bündniswechsel und der Übergang zu einem neuen Bündnissystem gefestigt werden konnte.

Dieser Bündniswechsel ist zweifelsohne ein Erfolg für Kaunitz und Maria Theresia, die ebendiesen seit Jahren zu erstreben versuchten, da sie den einzigen Weg, ihr vorrangiges Ziel – die Rückeroberung Schlesiens und die Schwächung Preußens – zu erreichen, darin sahen, das französisch-preußische Bündnis zu sprengen und Frankreich zumindest zu einer Duldung, wenn nicht sogar einer Mithilfe der österreichischen Pläne zu bewegen. Allerdings zeigte die Entwicklung der vorangegangenen Jahre, dass dazu ein Interesse französischerseits vorhanden sein musste, das die österreichische Politik trotz mehrfacher Versuche – vor allem in Kaunitz’ Botschafterzeit in Paris – nicht zu wecken vermochte; dazu bedurfte es schon einer „conjoncture favorable“.

Diese lieferte nun ausgerechnet der Gegner Preußen, indem Friedrich II. in einer Missinterpretation des Machtsystems sich mit England zur Konvention von Westminster fand – „er war es damit selbst, der seinem diplomatisch überlegenen Gegner Kaunitz das Spiel ermöglichte“³⁹⁵ – und dadurch unfreiwilligerweise Österreich die Tür zu einem Bündnis mit Frankreich öffnete. „Ob man ohne Westminster, ohne den ‚faux pas‘ Preußens, den die kaiserlichen Politiker schon immer erhofft hatten, zu dieser positiven Annahme [...] der österreichischen Bestrebungen jemals gelangt wäre?“³⁹⁶

Die außenpolitischen Aktionsmöglichkeiten der einzelnen Staaten, beziehungsweise ihrer handelnden Personen, waren eingedenk ihrer gesetzten Ziele zumeist stark eingeschränkt. Die Politik Kaunitz und Maria Theresias war voll auf die Rückgewinnung Schlesiens fokussiert, ohne jedoch große Möglichkeiten vorzufinden, diese auszuführen. Demgegenüber war durch die Eroberung des Herzogtums

³⁹⁴ *Armeth*, Geschichte Maria Theresia’s V 144.

³⁹⁵ Theodor *Schieder*, Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche (Berlin 1996) 176.

³⁹⁶ *Braubach*, Versailles und Wien 440.

Schlesien „Friedrichs Regierungszeit bis zu ihrem Ende unter die harte Notwendigkeit gestellt, das Gewonnene zu behaupten und den Friedens- und Rechtsbruch von 1740 politisch zu legitimieren.“³⁹⁷ Die Gefahr, der jeder der handelnden Personen und Staaten unterlag, war, dass sie den ihnen objektiv zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum subjektiv falsch einschätzten und dadurch, trotz guter Planung, Folgeentwicklungen auslösten, die der eigentlichen eigenen Zielsetzung diametral entgegenstanden.

So hatte sich Friedrich II. „in dem Bestreben, zwischen England und Frankreich eine Mittelstellung einzunehmen und bei den europäischen Verwicklungen, die sich aus dem zu erwartenden Kampf um die Vorherrschaft in der außereuropäischen Welt ergeben mussten, das Zünglein an der Waage zu bilden, [...] zwischen sämtliche Stühle gesetzt und sah sich nun in einen Existenzkampf verstrickt, der – wie der österreichische Staatskanzler mit ruhigem Gewissen behaupten durfte – schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten diplomatisch so gut wie verloren war.“³⁹⁸ Denn „his signature of the convention with Britain had produced an alarming sequence of events which he could never have imagined: he had lost his alliance with France, Russian hostility had been increased and his only friend was Britain, a non-continental power, with which he had concluded no formal alliance. Over him loomed the threat of an Austro-Russian attack, which France seemed willing to condone, although not, as yet, to help. His diplomatic efforts had rebounded on him and only desperate measures seemed to offer a chance of escape.“³⁹⁹ Diese Auswirkungen seiner Politik hatte Friedrich II. wohl kaum beabsichtigt und „daß er damit einen Systemwechsel einleiten wollte, ist unwahrscheinlich,“⁴⁰⁰ denn „the consequence of this arrangement seems to have come as a shock to both Frederick II and the English ministers.“⁴⁰¹

Friedrich II. schätzte seinen Handlungsspielraum falsch ein, da seine Überlegungen auf irrigen Tatsachen fußten, er „hielt die europäische diplomatische Revolution von 1756, das ‚renversement des alliances‘, bis zum letzten Moment für unmöglich“ und „sah im französisch-österreichischen Gegensatz eine unwandelbare

³⁹⁷ Rudolf *Vierhaus*, Handlungsspielräume. Zur Rekonstruktion historischer Prozesse. In: *Historische Zeitschrift* 237 (1983) 289-309, 290.

³⁹⁸ Peter Richard *Rohden*, Die klassische Diplomatie. Von Kaunitz bis Metternich (Leipzig 1939) 20.

³⁹⁹ *McKay, Scott*, Rise 191.

⁴⁰⁰ *Schieder*, Friedrich 175.

⁴⁰¹ *Dorothy Marshall*, Eighteenth Century England (London 1962) 280.

Größe europäischer Politik“⁴⁰²; wohingegen Kaunitz erkennen musste, dass sein Handlungsspielraum, trotz großer diplomatischer Anstrengungen, nicht die Möglichkeit beinhaltete, von sich aus Frankreich für ein Bündnis mit Österreich zu gewinnen, sondern dass es hierfür eines Anstoßes von außen bedurfte, nämlich der Konvention von Westminster, „das entscheidende Ereignis zu Österreichs Heil.“⁴⁰³

⁴⁰² Eberhard *Weis*, Das Konzert der europäischen Mächte in der Sicht Friedrichs des Großen seit 1740. In: Ralph *Melville* (Hg.), Deutschland und Europa in der Neuzeit: Festschrift für Karl Otmar Freiherr von Aretin zum 65. Geburtstag (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Band 134, Stuttgart 1988) 315-324, hier 320.

⁴⁰³ Zitat Max *Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems vom 1660 bis 1789 (Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte, Abteilung II: Politische Geschichte, München u.a. 1905) 347, ebenso zitiert bei *Weis*, Konzert 320.

Schlussgedanken

Wie wir sehen konnten, waren die Handlungsspielräume der einzelnen Staaten und ihrer Repräsentanten im europäischen Gleichgewichtssystem zum Teil erheblich eingeschränkt. Die Bestrebungen jeder europäischen Pentarchiemacht, keiner anderen – vor allem nicht dem jeweiligen Erzfeind – nennenswerte Gewinne zu überlassen, ohne zumindest den Versuch eines Gegensteuerns oder der Kompensation zu unternehmen, lassen sich durch (vor allem mehrpolige) Gleichgewichtsmodelle recht anschaulich beschreiben. Darüber hinaus muss allerdings noch den länderspezifischen Gegebenheiten – Finanzen, Wirtschaft, Militär, territoriale Gegebenheiten, demographische Entwicklung, Strukturen der Außenpolitik, diplomatischer Dienst – Rechnung getragen werden, was zumindest in der Mitte des 18. Jahrhunderts für die einzelnen „großen Männer“ an den Schaltstellen der Außenpolitik eine deutliche Einschränkung ihres Handlungsspielraums durch das Gleichgewichtssystem bedeutete. Von der theoretischen Ausgangslage, dass jede Nation aus vier potentiellen Bündnispartnern aussuchen konnte, blieb zumeist kaum eine Alternative zur Wahl. Freilich mühten sich die für die Außenpolitik verantwortlichen Personen, nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten den ihnen zur Verfügung stehenden Freiraum beständig auszubauen, indem sie danach trachteten, neue, größeren Erfolg versprechende Allianzen auf die Beine zu stellen oder ihren jeweiligen Bündnissen eine stärkere eigene Akzentuierung zu geben, um somit ihre militärische und politische Stärke auf die eigenen Konfliktfelder konzentrieren zu können und sich nicht zu sehr für die Interessen des Allianzpartners von diesem vor seinen Karren spannen zu lassen.

Wie sich gezeigt hat, lagen die handelnden Personen mit den meisten ihrer Informationen und Schlüsse über das europäische Mächtesystem richtig, allerdings eröffneten sich genau an den Stellen, wo sie mit ihrer Lageanalyse daneben lagen und ihre weiterführenden strategischen Schlüsse somit auf falschen Grundlagen fußten, die neuen, unerwarteten Möglichkeiten für die anderen beteiligten Personen, zu handeln. So versuchte etwa Friedrich II. nach der Eroberung Schlesiens nach Möglichkeit den Status quo im europäischen Gleichgewichtssystem zu erhalten, um seine Akquisition erhalten und sichern zu können, und seine größte Sorge galt einem Einfall der durch englische Subsidien gestärkten russischen Truppen im Osten seines Reiches. Bei dem Versuch, sich vor dieser Gefahr zu schützen, unterlief ihm

eine folgenschwere Missdeutung des europäischen Gleichgewichtssystems und seines Handlungsspielraums und so ermöglichte sein Versuch, das Gleichgewicht der Kräfte in Europa aufrecht zu erhalten, erst dessen Veränderung.

Für Kaunitz, der uns als Beispiel einer zentralen handelnden Person diene, stand das vorrangige Ziel seiner außenpolitischen Bemühungen – die Rückeroberung Schlesiens – schon früh fest, und seine außenpolitische Konzeption war ganz darauf fokussiert. Nachdem er zu dem Schluss gekommen war, dass dies nur mit französischer Hilfe realisierbar sein würde, bestimmte der Versuch, den bisherigen Widersacher Frankreich als Verbündeten für Österreich zu gewinnen, sein außenpolitisches Handeln über Jahre hinweg. Dieses Bemühen war die ersten Jahre, trotz Kaunitz' energischen Bemühungen als Botschafter in Versailles, nicht von Erfolg gekrönt. Zeitweise blieb es für ihn „doch einem sehr grossen Zweifel unterworfen,“ ob Frankreich „jemahlen zu vermögen seyn würde, dem Durchlauchtigsten Ertzhauss zur Wieder Eroberung Schlesiens Hülffliche Hand zu biethen“⁴⁰⁴. Schlussendlich gelang es dann doch, war aber keineswegs allein dem Kaunitz'schen Anstrengungen geschuldet. Obwohl Kaunitz das europäische Staatensystem seiner Zeit relativ gut durchschaute, er „von der dermahligen Beschaffenheit, und Gedenckens-Art der grösten Mächten in Europa“ einen ziemlich wahren „Begriff gefaßet“⁴⁰⁵ hatte, gelang es ihm nicht, diese von ihm so sehr erstrebte Wandlung herbeizuführen, erst die Annäherung zwischen Preußen und England brachte ihn seinem Ziel den entscheidenden Schritt näher. Kaunitz bemühte sich also nach Kräften, um eine Veränderung in den Bündnissen der europäischen Großmächte herbeizuführen, scheiterte aber an den Zwängen des europäischen Gleichgewichtssystems, das es ihm unmöglich machte, ohne Mithilfe anderer Gleichgewichtsakteure einen solchen Bündniswechsel herbeizuführen.

Die Gefahr, die bei der Einschätzung des Handlungsspielraums der beteiligten Akteure bleibt, ist, dass es im Rückblick und mit einem allumfassenden Kenntnisstand immer bedeutend einfacher ist, zu beurteilen, welche Möglichkeiten sich für die einzelnen Beteiligten noch eröffnet hätten oder welche außenpolitischen Versuche von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. Auch sollte es im Rahmen dieser Arbeit keineswegs um kontrafaktische Überlegungen⁴⁰⁶ à la „Was wäre

⁴⁰⁴ Kaunitz, *Vortrag* 402.

⁴⁰⁵ Kaunitz, *Denkschrift* 169.

⁴⁰⁶ Am ehesten könnte man hier noch die von Peter Burg, *Die Funktion kontrafaktischer Urteile am Beispiel der Bauernkriegsforschung*. In: K. D. Erdmann, J. Rohlfes (Hg.), *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 34 (Stuttgart 1983) 768-779, hier 777 angebotene zweite Urteilsform – „Kontrafaktische

wenn?“ gehen, sondern lediglich der Versuch unternommen werden, dem Spannungsfeld nachzuspüren, in dem sich das außenpolitische Handeln manifestierte. Weder kann dem personenzentrierten Ansatz, im Sinne eines „Große Männer machen Geschichte“ (oder im Falle Maria-Theresias auch „Große Frauen machen Geschichte“), der die komplexen inner- und zwischenstaatlichen Strukturen und Entscheidungsabläufe nur unzureichend abbilden kann, noch den reinen Gleichgewichtsmodellen, welche die Handlungsspielräume der entscheidenden Personen unzulässig verengen, unumschränkt Recht gegeben werden. Internationale Beziehungen präsentieren sich in der Mitte des 18. Jahrhunderts als ein ständiges Ringen der Staaten und ihrer Repräsentanten um die Möglichkeiten, die ihnen vom europäischen Gleichgewichtssystem eingeräumt werden, und ein Ausloten neuer Chancen, um ihren außenpolitischen Zielsetzungen näher zu kommen.

Quellen und Literatur

Gedruckte Quellen

Karl Otmar Freiherr von *Aretin*, Heiliges Römisches Reich 1776-1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz 38, Wiesbaden 1967), Teil II.

Otto *Bardong* (Hg.), Friedrich der Große (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit 22, Darmstadt 1982).

Adolf *Beer* (Hg.), Denkschriften des Fürst Wenzel Kaunitz-Rittberg (Archiv für österreichische Geschichte 48, 1872).

Andrew *Bisset*, Memoirs and Papers of Sir Andrew Mitchell, K.B., envoy extraordinary and minister plenipotentiary from the court of Great Britain to the court of Prussia, from 1756 to 1771 (London 1850), Vol. I.

William *Camden*, The History of the Most Renowned and Victorious Princess Elizabeth, Late Queen of England; containing All the most Important and Remarkable Passages of State, both at Home and Abroad (so far as they were linked with English Affairs) during her Long and Prosperous Reign (London 1688).

Friedrich II., Das Politisches Testament von 1752. In: Otto *Bardong* (Hg.), Friedrich der Große (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit 22, Darmstadt 1982) 174-262.

Adam Christian *Gaspari*, Der Deputations-Receß. mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen und einer Vergleichungs-Tafel (Nachdruck der Ausgabe Hamburg 1803, Hans-Jürgen *Becker* (Hg.), historia scientiarum: Fachgebiet Geschichte und Politik, Hildesheim 2003).

Friedrich von *Gentz*, Fragmente aus der neusten Geschichte des Politischen Gleichgewichts in Europa (St. Petersburg 1806).

... *Goldmann*, Die europäische Pentarchie (Leipzig 1839).

Simon *Goulart*, Memoires de la Ligue contenant les événements les plus remarquables depuis 1576, jusqu'à la Paix accordée entre le Roi de France & le Roi d'Espagne, en 1598. Nouvelle édition (Amsterdam 1758).

Johann Heinrich Gottlob von *Justi*, Die Chimäre des Gleichgewichts von Europa, eine Abhandlung, worinnen die Nichtigkeit und Ungerechtigkeit dieses zeitherigen Lehrgebäudes der Staatskunst deutlich vor Augen gelegt, und dabey allenthalben

neue und rührende Betrachtungen über die Ursachen der Kriege und dem wesentlichen Grunde, worauf die Macht eines Staats ankommt, beygebracht werden (Altona 1758).

James Harris Earl of *Malmesbury*, Diaries and correspondence of James Harris, first Earl of Malmesbury; containing an account of his missions to the courts of Madrid, Frederick the Great, Catherine the second, and the Hague; and of his special missions to Berlin, Brunswick, and the French Republic (London 1844).

Wenzel Anton *Kaunitz*, „Mémoire du chancelier de cour et d'État comte Kaunitz, exposant et justifiant la manière dont le traité secret d'alliance avec la France a été négocié.“ Druck bei Gustav Berthold *Volz*, Georg *Küntzel* (Hg.), Preussische und Österreichische Acten zur Vorgeschichte des Siebenjährigen Krieges (Publicationen aus den k. preussischen Staatsarchiven 74, Leipzig 1899) 726-739.

Wenzel Anton *Kaunitz*, Vortrag vom 27. Juni 1755. Des Hof- und Staatskanzlers Abschilderung des eigentlichen General-Systems, wornach bisher seine Staats-Amts-Verrichtungen abgemessen worden. Druck bei Tibor *Simányi*, Kaunitz. Staatskanzler Maria Theresias (Wien/München 1984) 393-412.

Johann Josef *Khevenhüller-Metsch*, Aus der Zeit Maria Theresias. Tagebuch des Fürsten Johann Josef *Khevenhüller-Metsch* 1742-1776. Hg. von Rudolf Graf *Khevenhüller-Metsch* und Hanns *Schlitter*. Bde. 1742-1744, 1745-1749, 1752-1755, 1756-1757 (Wien, Leipzig 1907-1914).

Carl Friedrich von dem *Knesebeck*, Denkschrift, betreffend die Gleichgewichts-Lage Europa's, beim Zusammentritte des Wiener Congresses (Berlin 1854).

Reiner *Pommerin*, Lothar *Schilling* (Bearb.), Denkschrift des Grafen Kaunitz zur mächtropolitischen Konstellation nach dem Aachener Frieden von 1748. Bearbeitet von Reiner Pommerin und Lothar Schilling. In: Johannes *Kunisch* (Hg.), Expansion und Gleichgewicht. Studien zur europäischen Mächtropolitik des Ancien régime (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 2, Berlin 1986) 165-239.

Friedrich von *Raumer*, Beiträge zur neueren Geschichte aus dem britischen Museum und Reichsarchive (Leipzig 1836-39).

William *Robertson*, The history of the reign of the emperor Charles V. with a view of the progress of society in Europe, From the Subversion of the Roman empire, to the Beginning of the Sixteenth Century (London 1769).

Hanns *Schlitter* (Hg.), Correspondance secrète entre le comte A. W. Kaunitz-Rietberg, ambassadeur impérial à Paris et le baron Ignaz de Koch, secrétaire de l'impératrice Marie-Thérèse 1750-1752 (Paris 1899).

Hanns *Schlitter*, Kaunitz, Philipp Cobenzl und Spielmann. Ihr Briefwechsel (1779-1792) (Wien 1899).

James *Spedding*, Robert Leslie *Ellis*, Douglas Denon *Heath* (Hg.), The Works of Francis Bacon (London 1857-74).

Christian Friedrich *Stisser*, Fortsetzung der freimütigen und bescheidenen Erinnerungen wider des berühmten Göttingischen Professors, Herrn Doctor Kahle, Abhandlung von der Balance Europens, als der vornehmsten Richtschnur des Krieges und des Friedens (Leipzig 1746).

M. E. Tozen, Einleitung zur allgemeinen und besondern Europäischen Staatskunde (Bützow und Weimar 1779).

Sylvanus *Urban* (pseud.), The Gentleman's Magazine, and Historical Chronicle (London 1736-1833).

Gustav Berthold *Volz*, Georg *Küntzel* (Hg.), Preussische und Österreichische Acten zur Vorgeschichte des Siebenjährigen Krieges (Publicationen aus den k. preussischen Staatsarchiven 74, Leipzig 1899).

Friedrich *Walter*, Die österreichische Zentralverwaltung. II. Abteilung. Von der Vereinigung der österreichischen und böhmischen Hofkanzlei bis zur Einrichtung der Ministerialverfassung (1749-1848) (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 29, Wien 1934).

Literatur

Frank *Althoff*, Untersuchungen zum Gleichgewicht der Mächte in der Außenpolitik Friedrichs des Großen nach dem Siebenjährigen Krieg (1763 - 1786) (Berlin 1995).

Matthew S. *Anderson*, The Rise of Modern Diplomacy 1450-1919 (London u.a. 1993).

Karl Otmar von *Aretin*, Das Reich. Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht 1648-1806 (Stuttgart 1986).

Alfred von *Arneth*, Biographie des Fürsten Kaunitz. Ein Fragment (Archiv für österreichische Geschichte 88, Wien 1899).

Alfred von *Arneht*, Geschichte Maria Theresia's (Wien 1863-1879).

Winfried *Baumgart*, Der Ausbruch des Siebenjährigen Krieges. Zum gegenwärtigen Forschungsstand. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 11 (München 1972) 157-165.

Jeremy *Black*, Britain as a military power, 1688-1815 (London 1999).

Jeremy *Black*, Mid-eighteenth Century Conflict with Particular References to the Wars of the Polish and Austrian Successions. In: Jeremy *Black*, The Origins of War in Early Modern Europe (Edinburgh 1987) 210-241.

Jeremy *Black*, Natural and necessary enemies. Anglo-French relations in the eighteenth century (London 1986).

Jeremy *Black*, The rise of the European powers 1679-1793 (London 1990).

Erika *Bosbach*, Die "Rêveries politiques" in Friedrichs des Großen politischem Testament von 1752. Historisch-politische Erläuterung (Köln 1960).

Max *Braubach*, Versailles und Wien von Ludwig XIV. bis Kaunitz. Die Vorstadien der diplomatischen Revolution im 18. Jahrhundert (Bonn 1952).

Peter *Burg*, Die Funktion kontrafaktischer Urteile am Beispiel der Bauernkriegsforschung. In: K. D. *Erdmann*, J. *Rohlefs* (Hg.), Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 34 (Stuttgart 1983) 768-779.

Johannes *Burkhardt*, Konfession als Argument in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Friedenschancen und Religionskriegsgefahren in der Entspannungspolitik zwischen Ludwig XIV. und dem Kaiserhof. In: Heinz *Duchhardt* (Hg.), Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume europäischer Außenpolitik im Zeitalter Ludwigs XIV. (Zeitschrift für Historische Forschung Beiheft 11, Berlin 1991) 135-154.

Ludwig *Dehio*, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte (Zürich 1996).

Erich *Donnert*, Das russische Zarenreich. Aufstieg und Untergang einer Weltmacht (München 1992).

Heinz *Duchhardt*, Altes Reich und europäische Staatenwelt. 1648-1806 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 4, München 1990).

Heinz *Duchhardt*, Balance of Power und Pentarchie, Internationale Beziehungen 1700-1785 (Paderborn/Wien u.a. 1997).

- Heinz *Duchhardt*, England-Hannover und der europäische Friede 1714 – 1748. In: Adolf M. *Birke*, Kurt *Kluxen* (Hg.), England und Hannover (Prinz-Albert-Studien 4, München 1986).
- Heinz *Duchhardt*, Gleichgewicht der Kräfte, Convenience, europäisches Konzert. Friedenskongresse und Friedensschlüsse vom Zeitalter Ludwigs XIV. bis zum Wiener Kongreß (Erträge der Forschung 56, Darmstadt 1976).
- Heinz *Duchhardt*, In Quest of Order and Balance of Power: Emergence and Development of a European States System, 1618-1763. Introduction. In: Peter *Krüger* (Hg.), "The transformation of European politics, 1763 – 1848". episode or model in modern history? (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit 5, Hamburg 2002) 25-28.
- Peter *Frank*, Karl *Pörnbacher* (Hg.), Franz *Grillparzer*, Sämtliche Werke: ausgewählte Briefe, Gespräche, Berichte. Gedichte – Epigramme – Dramen 1 (München 1960).
- Wolf D. *Gruner*, Deutschland und das europäische Gleichgewicht seit dem 18. Jahrhundert. In: Wolf D. *Gruner* (Hg.), Gleichgewicht in Geschichte und Gegenwart (Hamburg 1989) 60-133.
- Hugo *Hantsch*, Reichsvizekanzler Friedrich Karl Graf von Schönborn (1674-1746). Einige Kapitel zur Politischen Geschichte Kaiser Josef I. und Karls VI. (Augsburg 1929).
- Patrice Louise-René *Higonnet*, The Origin of the Seven Years' War. In: The Journal of Modern History 40 (Chicago 1968) 57-90.
- Jörg K. *Hoensch*, Königtum und Adelsnation in Polen. In: Johannes *Kunisch* (Hg.), Der dynastische Fürstenstaat. Zur Bedeutung von Sukzessionsordnungen für die Entstehung des frühmodernen Staates (Historische Forschungen 21, Berlin 1982) 315-343.
- David B. *Horn*, The British Diplomatic Service 1689-1789 (Oxford 1961).
- David B. *Horn*, The Diplomatic Revolution. In: The New Cambridge Modern History 7, The Old Regime 1713-63 (Cambridge 1957) 440-464.
- Max *Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems vom 1660 bis 1789 (Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte, Abteilung II: Politische Geschichte, München u.a. 1905).
- Charles *Ingrao*, In Quest of Order and Balance of Power: Emergence and Development of a European States System, 1618-1763. Conclusion: The Balance of Power: From Paradigm to Practice. In: Peter *Krüger* (Hg.), "The transformation

- of European politics, 1763 – 1848". episode or model in modern history? (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit 5, Hamburg 2002) 77-82.
- Rudolf *Jaworski*, Christian *Lübke*, Michael G. *Müller*, Eine kleine Geschichte Polens (Frankfurt am Main 2000).
- Ernst *Kaeber*, Die Idee des europäischen Gleichgewichts in der publizistischen Literatur vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts (Berlin 1907).
- Herbert H. *Kaplan*, Russia and the Outbreak of the Seven Years' War (Berkley/Los Angeles/London 1968).
- Morton A. *Kaplan*, Systemtheoretische Modelle des internationalen Systems. In: Helga *Haftendorn* (Hg.), Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen (Hamburg 1975) 297-317.
- Andreas *Kappeler*, Russische Geschichte (Beck'sche Reihe/Wissen 2076, München 2002).
- Hermann *Kinder*, Werner *Hilgmann*, dtv-Atlas Weltgeschichte (München 2004).
- Harald *Kleinschmidt*, Vom „Gleichgewicht“ zum „Äquilibrium“. Paul W. Schroeders „Transformation of European Politics“ – eine Systemgeschichte der internationalen Beziehungen? In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (Berlin 1997) 520-528.
- Grete *Klingenstein*, Der Aufstieg des Hauses Kaunitz. Studien zur Herkunft und Bildung des Staatskanzlers Wenzel Anton (Schriftenreihe der historischen Kommission bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften 12, Göttingen 1975).
- Grete *Klingenstein*, Institutionelle Aspekte der österreichischen Außenpolitik im 18. Jahrhundert. In: Erich *Zöllner* (Hg.), Diplomatie und Außenpolitik Österreichs (Wien 1977) 74-93.
- Grete *Klingenstein*, Kaunitz kontra Bartenstein. Zur Geschichte der Staatskanzlei 1749-1753. In: Heinrich *Fichtenau*, Erich *Zöllner* (Hg.), Beiträge zur neueren Geschichte Österreichs (Graz 1974) 243-263.
- Grete *Klingenstein*, Staatsverwaltung und kirchliche Autorität im 18. Jahrhundert. Das Problem der Zensur in der theresianischen Reform (Österreich Archiv, Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde, Wien 1970).
- Harm *Klueting*, Die Lehre von der Macht der Staaten. Das außenpolitische Machtproblem in der „politischen Wissenschaft“ und in der praktischen Politik im 18. Jahrhundert (Historische Forschungen 29, Berlin 1986).

- Meta *Kohnke*, Das preußische Kabinettsministerium. Ein Beitrag zur Geschichte des Staatsapparates im Spätféudalismus. In: Jahrbuch für Geschichte des Féudalismus 2 (Berlin 1978) 313-356.
- Bernhard R. *Kroener*, Die materiellen Grundlagen österreicherischer und preußischer Kriegsanstrengungen 1756-1763. In: Bernhard R. *Kroener* (Hg.), Europa im Zeitalter Friedrich des Großen. Wirtschaft, Gesellschaft, Kriege (Beiträge zur Militärgeschichte 26, München 1989) 47-78.
- Johannes *Kunisch*, Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettspolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges (München 1978).
- Johannes *Kunisch*, Der Aufstieg neuer Großmächte im 18. Jahrhundert und die Aufteilung der Machtsphären in Ostmitteleuropa. In: Peter *Krüger* (Hg.), Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit (Schriften des historischen Kollegs, Kolloquien 35, München 1996) 89-105.
- Georg *Küntzel*, Fürst Kaunitz-Rittberg als Staatsmann (Frankfurt am Main 1923).
- Milena *Lenderova*, Wenzel Anton Kaunitz, ambassadeur d'Autriche en France. In: Grete *Klingenstein*, Franz A. J. *Szabo* (Hg.), Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg 1711 – 1794. Neue Perspektiven zu Politik und Kultur der europäischen Aufklärung (Graz u.a. 1996) 47-56.
- Wolfgang *Mager*, Frankreich vom Ancien Régime zur Moderne. Wirtschafts-, Gesellschafts- und politische Institutionengeschichte 1630-1830 (Stuttgart 1980).
- Klaus *Malettke*, Grundlegung und Infragestellung eines Staatensystems: Frankreich als dynamisches Element in Europa. In: Peter *Krüger* (Hg.), Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit (Schriften des historischen Kollegs, Kolloquien 35, München 1996) 27-62.
- Walter *Markov*, Ernst *Werner*, Geschichte der Türken von den Anfängen bis zur Gegenwart (Berlin 1978).
- Dorothy *Marshall*, Eighteenth Century England (London 1962).
- Erwin *Matsch*, Geschichte des Auswärtigen Dienstes von Österreich(-Ungarn) 1720-1920 (Wien u.a. 1980).
- Otto *Mayr*, Uhrwerk und Waage. Autorität, Freiheit und technische Systeme in der frühen Neuzeit (München 1987).

- William J. *McGill*, The Roots of Policy: Kaunitz in Vienna and Versailles, 1749-1753. In: The Journal of Modern History 43 (Chicago 1971) 228-244.
- Derek *McKay*, Hamish M. *Scott*, The rise of the great powers 1648-1815 (London 1997).
- Walther *Mediger*, Moskaus Weg nach Europa. Der Aufstieg Russlands zum europäischen Machtstaat im Zeitalter Friedrichs des Grossen (Braunschweig 1952).
- Martin *Mendler*, Wolfgang *Schwegler-Rohmeis*, Strategie des Gleichgewichts: Bedingung des Friedens oder Schritt zum Krieg? Zur Ideengeschichte von Machtpolitik. In: Reiner *Steinweg* (Hg.), Kriegsursachen (Frankfurt am Main 1987) 151-190.
- Klaus *Müller*, Das kaiserliche Gesandtschaftswesen im Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden (1648-1740) (Bonner historische Forschungen 42, Bonn 1976).
- Michael G. *Müller*, Polen zwischen Preußen und Rußland. Souveränitätskrise und Reformpolitik 1736-1752 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 40, Publikationen zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen 3, Berlin 1983).
- Michael G. *Müller*, Staat und Heer in der Adelsrepublik Polen im 18. Jahrhundert. In: Johannes *Kunisch* (Hg.), Staatsverfassung und Heeresverfassung in der europäischen Geschichte der frühen Neuzeit (Historische Forschungen 28, Berlin 1986) 279-295.
- Ulrike *Müller-Weil*, Absolutismus und Außenpolitik in Preußen. Ein Beitrag zur Strukturgeschichte des preußischen Absolutismus (Frankfurter historische Abhandlungen 34, Stuttgart 1992).
- Gottfried *Niedhart*, Handel und Krieg in der Britischen Weltpolitik 1738-1763 (München 1979).
- A. F. *Pollard*, The Balance of Power. In: Journal of the British Institute of International Affairs 2 (London 1923) 51-64.
- Reiner *Pommerin*, Bündnispolitik und Mächtesystem. Österreich und der Aufstieg Rußlands im 18. Jahrhundert. In: Johannes *Kunisch* (Hg.), Expansion und Gleichgewicht. Studien zur europäischen Mächtepolitik des Ancien régime (Berlin 1986) 113-164.

- Reiner *Pommerin*, Das europäische Staatensystem zwischen Kooperation und Konfrontation 1739-1856. In: Helmut *Neuhaus* (Hg.), Aufbruch aus dem Ancien Régime. Beiträge zur Geschichte des 18. Jahrhunderts (Köln/Weimar/Wien 1993) 79-99.
- Wolfgang *Reinhard*, Geschichte der europäischen Expansion. Band 1 Die Alte Welt bis 1818 (Stuttgart 1983).
- Walter G. *Rödel*, Eine geheime französische Initiative als Auslöser für das Renversement des Alliances? In: Johannes *Kunisch* (Hg.), Expansion und Gleichgewicht. Studien zur europäischen Mächtepolitik des Ancien régime (Berlin 1986) 97-112.
- Peter Richard *Rohden*, Die klassische Diplomatie. Von Kaunitz bis Metternich (Leipzig 1939).
- Theodor *Schieder*, Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche (Berlin 1996).
- Heinz *Schilling*, Formung und Gestalt des internationalen Systems in der werdenden Neuzeit – Phasen und bewegende Kräfte. In: Peter *Krüger* (Hg.), Kontinuität und Wandel in der Staatenordnung der Neuzeit (Marburger Studien zur neueren Geschichte 1, Marburg 1991) 19-46.
- Lothar *Schilling*, Kaunitz und das Renversement des alliances. Studien zur außenpolitischen Konzeption Wenzel Antons von Kaunitz (Berlin 1994).
- Lothar *Schilling*, Ohne Leidenschaft und Vorurteil? Prämissen außenpolitischer Urteilsbildung bei Kaunitz. In: Grete *Klingenstein*, Franz A. J. *Szabo* (Hg.), Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg 1711 – 1794. Neue Perspektiven zu Politik und Kultur der europäischen Aufklärung (Graz u.a. 1996) 142-167.
- Paul *Schroeder*, The transformation of European politics. 1763-1848 (Oxford u.a. 1994).
- Ernst *Schulin*, Handelsstaat England. Das politische Interesse der Nation am Außenhandel vom 16. bis ins frühe 18. Jahrhundert (Wiesbaden 1969).
- Martin *Schulze Wessel*, Russlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697 - 1947 (Stuttgart 1995).
- Karl *Schweizer*, The Seven Years' War: A System Perspective. In: Jeremy *Black*, The Origins of War in Early Modern Europe (Edinburgh 1987) 242-260.

- Tibor *Simányi*, Kaunitz. Staatskanzler Maria Theresias (Wien/München 1984).
- Adelheid *Simsch*, Armee, Wirtschaft und Gesellschaft. Preußens Kampf auf der „inneren Linie“. In: Bernhard R. *Kroener* (Hg.), Europa im Zeitalter Friedrich des Großen. Wirtschaft, Gesellschaft, Kriege (Beiträge zur Militärgeschichte 26, München 1989) 35-46.
- Paul *Sonnino*, In Quest of Order and Balance of Power: Emergence and Development of a European States System, 1618-1763. What Kind of Idea is the Idea of “Balance of Power”? In: Peter *Krüger* (Hg.), “The transformation of European politics, 1763 – 1848”. episode or model in modern history? (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit 5, Hamburg 2002) 63-76.
- Jacob *Strieder*, Kritische Forschungen zur österreichischen Politik. Vom Aachener Frieden bis zum Beginne des siebenjährigen Krieges (Leipzig 1906).
- Jacob *Strieder*, Maria Theresia, Kaunitz und die österreichische Politik von 1748-1755. In: Historische Vierteljahrschrift 13 (Leipzig 1910) 494-509.
- Arno *Strohmeyer*, Eine „Revolution“ zwischen Bündnislabilität und Systemstabilität: Das Renversement des alliances von 1756. In: *Historicum* (Winter 1999/2000) 12-19.
- Arno *Strohmeyer*, Theorie der Interaktion. Das europäische Gleichgewicht der Kräfte in der frühen Neuzeit (Wien/Köln/Weimar 1994).
- Ernst *Stürmer*, Renversement des alliances (ungedr. geisteswiss. Diss. Wien 1958).
- Stefan *Taxacher*, Kaunitz, Österreich und Europa. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik in der Zeit von 1740 bis 1789 unter besonderer Berücksichtigung des "Renversement des Alliances" (ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. Innsbruck 2000).
- Thucydides*, Der Peloponnesische Krieg (Stuttgart 2004).
- Heinrich von *Treitschke*, Politik. Vorlesungen gehalten an der Universität zu Berlin. Hg. von Max *Cornicelius* (Leipzig 1922).
- Rudolf *Vierhaus*, Handlungsspielräume. Zur Rekonstruktion historischer Prozesse. In: *Historische Zeitschrift* 237 (1983) 289-309.
- Karl *Vocelka*, Österreichische Geschichte 1699-1815. Glanz und Untergang der höfischen Welt. Repräsentation, Reform und Reaktion im habsburgischen Vielvölkerstaat (Österreichische Geschichte 7, Wien 2001).
- Richard *Waddington*, Louis XV et le renversement des alliances. Preliminaires de la Guerre de Sept Ans 1740-1756 (Paris 1896).

- Fritz *Wagner*, England und das europäische Gleichgewicht 1500-1914 (München 1947).
- Martina *Waldburger*, Das Gleichgewicht der Großmächte. Geschichte einer Idee (ungedr. geisteswiss. Dipl.-Arb. Salzburg 1999).
- Friedrich *Walter*, Männer um Maria Theresia (Wien 1951).
- Eberhard *Weis*, Das Konzert der europäischen Mächte in der Sicht Friedrichs des Großen seit 1740. In: Ralph *Melville* (Hg.), Deutschland und Europa in der Neuzeit: Festschrift für Karl Otmar Freiherr von Aretin zum 65. Geburtstag (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Band 134, Stuttgart 1988) 315-324.
- Eberhard *Weis*, Frankreich von 1661-1789. In: Fritz *Wagner* (Hg.), Europa im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung (Handbuch der europäischen Geschichte 4, Stuttgart 1968) 164-303.
- Hermann *Wellenreuther*, Die Bedeutung des Siebenjährigen Krieges für die englisch-hannoveranischen Beziehungen. In: Adolf M. *Birke*, Kurt *Kluxen* (Hg.), England und Hannover (Prinz-Albert-Studien 4, München 1986) 145-175.
- Martin *Wight*, Machtpolitik (Power Politics, übersetzt von Alfred Weber, Bayreuth 1948).
- Klaus *Zernack* (Hg.), Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. II (1613-1856). vom Randstaat zur Hegemonialmacht (Stuttgart 1986).
- Klaus *Zernack*, Negative Polenpolitik als Grundlage deutsch-russischer Diplomatie in der Mächtepolitik des 18. Jahrhunderts. In: Uwe *Liszkowski* (Hg.), Rußland und Deutschland (Stuttgart 1974) 144-159.
- Jürgen *Ziechmann* (Hg.), Panorama der Fridericianischen Zeit. Friedrich der Große und seine Epoche – Ein Handbuch. (Forschungen und Studien zur Fridericianischen Zeit 1, Bremen 1985).
- Erich *Zöllner*, Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Wien/München 1990).

Abbildungsverzeichnis:

- Abb. 1 und Abb. 2: Wolfgang *Mager*, Frankreich vom Ancien Régime zur Moderne. Wirtschafts-, Gesellschafts- und politische Institutionengeschichte 1630-1830 (Stuttgart 1980) 176 und 115.
- Abb. 3: Wolfgang *Reinhard*, Geschichte der europäischen Expansion. Band 1 Die Alte Welt bis 1818 (Stuttgart 1983) 163.
- Abb. 4: Sebastian *Haffner*, Preußen ohne Legende (Hamburg 1978) 101.
- Abb. 5: Heinz *Duchhardt*, Balance of Power und Pentarchie, Internationale Beziehungen 1700-1785 (Paderborn/Wien u.a. 1997) 70.
- Abb. 6: Jürgen *Ziechmann* (Hg.), Panorama der Fridericianischen Zeit. Friedrich der Große und seine Epoche – Ein Handbuch. (Forschungen und Studien zur Fridericianischen Zeit 1, Bremen 1985) 397.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Christoph Schramm

Anschrift: Geblergasse 78/11
1170 Wien
Tel: 0650 / 724 72 66
christoph.schramm@gmx.at

Geburtsdatum: 31. Juli 1984

Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung

1990 – 1994 Private Volksschule der Barmherzigen Schwestern vom
Hl. Vinzenz von Paul
Antonigasse 72
1180 Wien

1994 – 2002 Bundesgymnasium Wien IX
Wasagasse 10
1090 Wien

2002 – 2010 Lehramtsstudium aus den Fächern Geschichte,
Sozialkunde, Politische Bildung sowie Mathematik
Universität Wien
Dr.-Karl-Lueger-Ring 1
1010 Wien

Zusammenfassung

Die hier vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit den Handlungsspielräumen im europäischen Gleichgewichtssystem in der Mitte des 18. Jahrhunderts und stellt dabei Kaunitz und das Renversement des alliances in den Mittelpunkt.

Im ersten Teil dieser Arbeit geht es darum, die Ursprünge des europäischen Gleichgewichtssystems nachzuzeichnen, es in seinen unterschiedlichen Varianten im Laufe der Jahrhunderte zu skizzieren und es in seiner Ausgestaltung im 18. Jahrhundert zu charakterisieren. Nach den eher theoretischen Ausführungen über mögliche Gleichgewichtsmodelle und deren Entwicklung werden die einzelnen Akteure, also Staaten, vorgestellt, die einen bedeutenden Einfluss auf das europäische Gleichgewicht im 18. Jahrhundert hatten. Dazu bedarf es einer eingehenden Analyse der beteiligten Staaten, die der demographischen Entwicklung, den territorialen Gegebenheiten, der Finanzgebarung, der Wirtschaft, den militärischen Kapazitäten sowie spezifischen Besonderheiten jedes einzelnen Staates Platz einräumt. Anschließend werden deren jeweilige außenpolitische Strukturen unter die Lupe genommen und ein Einblick in die Entscheidungsabläufe, die wichtigsten handelnden Personen, diplomatische Entwicklungen und ihre außenpolitischen Zielsetzungen gewährt. Ambitionierte Außenpolitik führte zumeist zu Konflikten mit anderen europäischen Großmächten, daher dürfen die wichtigsten Konfliktfelder hier nicht außer Acht gelassen werden.

Ein zweiter Teil beschäftigt sich mit der Person des österreichischen Staatskanzlers Wenzel Anton von Kaunitz, um einen der Hauptprotagonisten des europäischen Gleichgewichtssystems in den Mittelpunkt zu rücken. Der Beschäftigung mit seiner Person und der Betrachtung seines politischen Werdegangs folgt eine Analyse seiner Sicht auf jede einzelne der europäischen Großmächte, „die Gesinnung, und Absichten der auswärtigen Höfen“, um zu zeigen, was man sich „von einem jeden Hof zu hoffen, oder zu befürchten haben dürfften.“ Kaunitz selbst begründete seine detaillierten Betrachtungen damit, dass nicht verborgen bliebe, ob er von der „Beschaffenheit, und Gedenckens-Art der größten Mächten in Europa, einen wahren oder falschen Begrieff“ gefasst habe, und damit man beurteilen könne, ob seine Vorschläge für „das künfftige Staats-Systema [...]“

aus irrigen, oder gegründeten Suppositis herfließe“⁴⁰⁷. An diese Kaunitz'sche Beurteilung Frankreichs, Preußens, Russlands und der Seemächte schließt sich eine Untersuchung seiner außenpolitischen Ziele an, um in dieser Gesamtheit der Überlegungen das europäische Gleichgewichtssystem aus der Sicht der Zeit zeigen und darüber hinaus einen Blick aus der Innenperspektive einer der handelnden Personen ermöglichen zu können.

Den Handlungsspielräumen ist ein dritter und abschließender Teil gewidmet, um einerseits die Einschränkung der Handlungsspielräume der einzelnen Akteure durch das Gleichgewichtssystem darzustellen, andererseits die Freiräume aufzuzeigen, die sich für die handelnden Personen ergeben konnten und anhand des Beispiels des „Renversement des alliances“ sowohl Erfolge als auch Ernüchterungen in den internationalen Beziehungen des 18. Jahrhunderts nachzeichnen zu können.

⁴⁰⁷ Kaunitz, Denkschrift 169.